

DOSSIER NR. 60

Wirtschaftspolitik in der Schweiz:

60 Beiträge zu Lohn, Beschäftigung und Sozialstaat

Daniel Lampart und Daniel Oesch (Herausgeber)
Juli 2008

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Löhne	5
2. Gesamtarbeitsverträge	19
3. Arbeitszeit	23
4. Arbeitslosigkeit	28
5. Beschäftigungsstruktur	34
6. Wirtschaftspolitik	39
7. Preise	44
8. Globalisierung	51
9. Steuern	55
10. Sozialversicherungen und öffentliche Finanzen	66

Vorwort

Seit Beginn der neunziger Jahre wird die Schweizer Wirtschaftspresse von Artikeln dominiert, die der Leserschaft darlegen, weshalb viele sozial unangenehme Entwicklungen ökonomisch leider unausweichlich sind. So sei es unvermeidbar, dass die Schweizer Beschäftigten im Zeitalter der Globalisierung den Gürtel enger schnallen müssten; Wettbewerbsfähigkeit mit China und höhere Löhne schliessen sich aus. Ebenso wenig käme die Schweizer Wirtschaft umhin, zwischen höherer Lohnungleichheit und höherer Arbeitslosigkeit zu wählen; Vollbeschäftigung sei nur mehr zum Preis einer grosseren Lohnspreizung zu haben. Schliesslich hämmern sie uns ein, dass tiefere Steuern für Unternehmen und Topverdiener im globalen Standortwettbewerb unerlässlich seien; eine geringe Steuerbelastung sei Voraussetzung für die Neuan siedlung von Unternehmen und wirtschaftlichem Wachstum. Diese Thesen sind nicht nur unerfreulich, sie sind zum Glück auch falsch.

In den 60 Beiträgen dieses Dossiers gehen wir diesen (auf den Seiten 29, 51, 52 sowie 61) und anderen ökonomischen Fragen auf den Grund. Anhand der Daten zeigen wir, dass sich soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Effizienz keinesfalls ausschliessen. Im Gegenteil: Unsere Analysen fördern eine Reihe von sozialen Missständen zutage, für die es keinerlei ökonomische Legitimation gibt. Darunter fällt ebenso die Lohndiskriminierung der Frauen (S. 17) wie die unverhältnismässige Besteuerung des Existenzminimums (S. 56) oder die Explosion der Managergehälter in den letzten fünfzehn Jahren (S. 9).

Alle diese Beiträge sind im Laufe der letzten fünf Jahre in der Wochenzeitung work unter dem Titel „Das 1x1 der Wirtschaft“ erschienen. Sie wenden sich an eine Leserschaft, die sich für wirtschaftliche Fakten interessiert, ohne auf den Fachjargon der Ökonomie Wert zu legen. Zum einen geben unsere Kurztitel Aufschluss über die Entwicklung der Löhne und der Arbeitszeit, der Beschäftigung und der Preise, der Steuern und öffentlichen Finanzen. Zum anderen kommentieren sie die Wirtschaftspolitik der Schweiz und schätzen die Situation der Sozialversicherungen ein. Ebenfalls beigetragen zu dieser Sammlung von Beiträgen haben Marc Blatter, Manuela Bruderer, Claudia Denss, Serge Gaillard und Florian Keller. Wir danken ihnen herzlich.

Bern, August 2008

Daniel Oesch und Daniel Lampart

1. Löhne

1.1 Starke Gewerkschaften schliessen die Lohnschere

Das Ausmass der Lohnungleichheit in einem Land hängt entscheidend von der Stärke der Gewerkschaften ab. Ist ein grosser Anteil der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, klaffen tiefe und hohe Löhne weniger weit auseinander als in Ländern mit schwachen Gewerkschaften. Dänemark oder Schweden haben deshalb geringere Lohnunterschiede als Polen oder die USA.

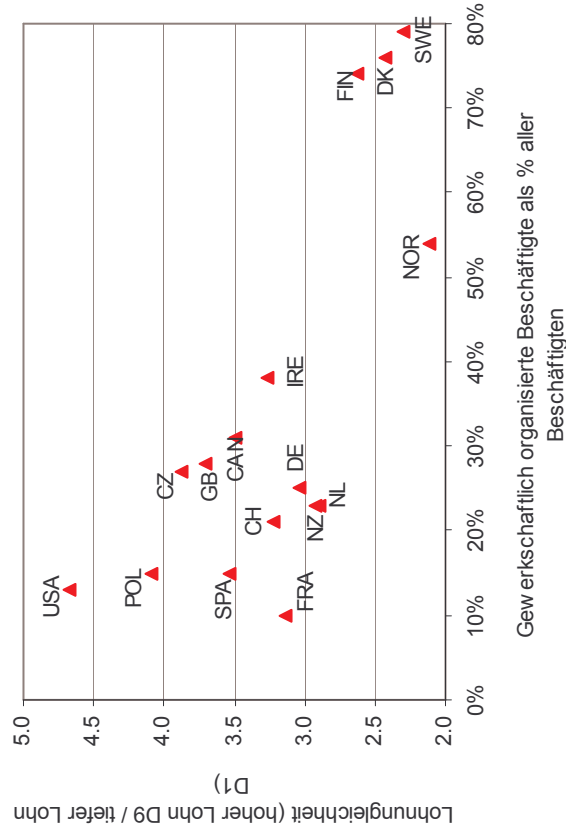
Der gewerkschaftliche Einfluss auf die Löhne erfolgt über zwei Kanäle: Erstens setzen die Gewerkschaften in den Branchen und Betrieben kollektive Verhandlungen und generelle Lohnerhöhungen durch. Das führt dazu, dass alle Berufsgruppen – und nicht nur das obere Management – vom Wirtschaftswachstum profitieren. Zweitens setzen sie sich für einen ausgebauten Sozialstaat und ein griffiges Arbeitsrecht ein. Dadurch werden dem Wettbewerb Grenzen gesetzt. Auch wenig qualifizierte Beschäftigte müssen nicht jede Ausbeuterei mitmachen. Starke Gewerkschaften stellen folglich ein unverzichtbares Gegengewicht zu Unternehmensinteressen und Arbeitgebermacht dar.

Dass eine funktionierende Demokratie auf Gewerkschaften angewiesen ist, war nach dem Zweiten Weltkrieg selbst den liberalen Briten und Amerikanern klar. Beim Wiederaufbau in Deutschland nach 1945 bestanden sie darauf, dass starke Einheitsgewerkschaften aufgebaut wurden – als Versicherung gegen einen Rückfall in den Faschismus. Der Schweiz von morgen droht weniger der Faschismus als eine nicht mehr zu überbrückende Spaltung der Gesellschaft. Ein kleiner Teil der Bevölkerung reisst in bisher nicht

bekanntem Ausmass den produzierten Reichtum an sich. So entspricht der Jahreslohn von Novartis-Boss Vasella dem gesamten jährlichen Personalaufwand eines 250-köpfigen mittelständischen Betriebs. Die Humers, Bra-becks oder Kindles verdienen als Chefs von Roche, Nestlé oder ABB in einer einzigen Arbeitsstunde mehr, als eine Laborantin, ein Lebensmitteltechniker oder ein Mechaniker in ihrem Betrieb in einem ganzen Monat. Dieses neue Kartell der Lohnhaie untergräbt damit die Grundfesten der Gesellschaft. Dagegen helfen nur starke Gewerkschaften.

(Daniel Oesch, 4. Juli 2008)

Länder mit höherem gewerkschaftlichen Organisationsgrad haben weniger Lohnungleichheit



Quelle: OECD

1.2 Auslagerung der Reinigung: Lohnrückerei

Ende Januar hat die Post bekannt gegeben, dass sie Gebäudereinigung und -unterhalt in externe Firmen auslagern will. Davon betroffen sind fast 2500 Beschäftigte. Die Post verspricht sich davon Kosteneinsparungen. Aber das geht nur auf, wenn die Löhne durch die Auslagerung massiv sinken. Denn in Zukunft wird die Post den Reinigungsfirmen Mehrwertsteuer zahlen müssen. Das macht die Auslagerung teurer, als wenn die Post selber putzen würde. Und die Reinigungsfirmen haben Chefs und Aktionäre, die ebenfalls etwas am Geschäft verdienen wollen. Also nochmals Mehrausgaben für die Post. Dass die Auslagerung trotz diesen Mehrkosten unter dem Strich nicht teurer kommt als selber putzen, ist einzig und allein wegen den tiefen Löhnen bei den Reinigungsfirmen. Der Mindestlohn liegt dort bei 16.65 Franken pro Stunde. Bei der Post würde dieselbe Person im Durchschnitt rund 23 Franken verdienen. Die Auslagerung der Reinigung ist daher in Tat und Wahrheit nichts anderes als eine Lohnrückerei. Darum ist auch die Aussage der Grossbanken, bei ihnen würde niemand weniger als 4000 Franken im Monat verdienen, ein Hohn. Denn UBS und Crédit Suisse haben ihr Reinigungspersonal schon vor Jahren ausgelagert.

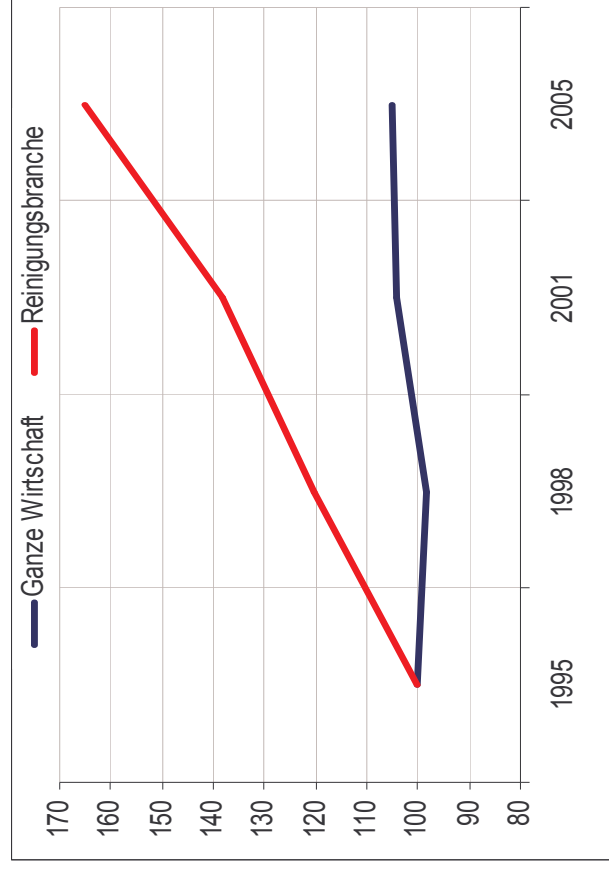
Wegen diesen Auslagerungen hat die Zahl der Beschäftigten in den Reinigungsfirmen stark zugenommen. Während zwischen 1995 und 2005 in der ganzen Schweizer Wirtschaft die Zahl der Beschäftigten um 5 Prozent gestiegen ist, hat die Beschäftigung in den Reinigungsfirmen um fast 65 Prozent zugenommen. Gleichzeitig sind die tiefen Löhne von Leuten, die in den Unternehmen putzen, real gesunken (1998 bis 2006 unteres Quartil -5 Prozent). Dass die Beschäftigung in der Reinigungsbranche so stark zugenom-

men hat, kommt also nicht von daher, dass in den Schweizer Unternehmen mehr geputzt wird als vor 10 Jahren, sondern sie ist eine Folge der Auslagerungen und somit von einem deutlich gestiegenen Druck auf die tiefen Löhne. Und dies ausgerechnet von Unternehmen wie den Banken oder der Post, die in der Lage wären, das Reinigungspersonal selber anzustellen und das zu anständigen Löhnen.

(Daniel Lampart, 22.2.2008)

Beschäftigung

(1995=100)



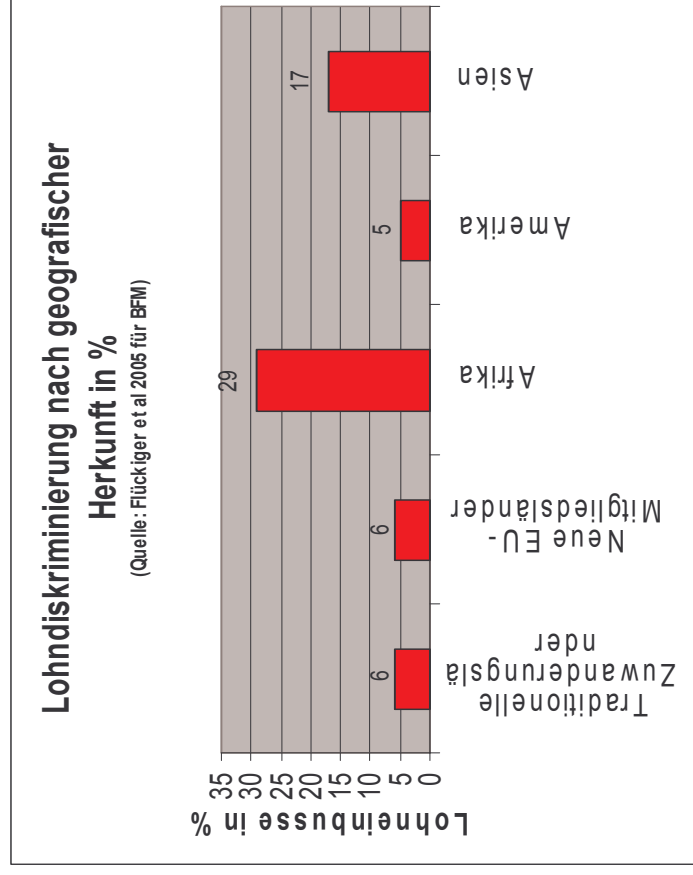
1.3 Ausländische Arbeitskräfte verdienen weniger als ihre Schweizer Kollegen

Noch immer bestehen erhebliche Lohnunterschied zwischen schweizerischen und ausländischen Erwerbstätigen. Zu diesem Schluss kommt eine im Auftrag des Bundesamtes für Migration erstellte Studie der Universität Genf. Nur teilweise sind diese Lohnunterschiede auf individuelle Merkmale wie Qualifikation, Berufserfahrung oder Dienstalter zurückzuführen. Darüber hinaus bestehende Lohnunterschiede unter sonst gleichen Voraussetzungen sind eindeutig als Diskriminierung von ausländischen Arbeitskräften zu verstehen. So wurde festgestellt, dass bereits ein unsicherer Aufenthaltsstatus Schuld für eine Lohnsenkung sein kann. Dies ist umso bedenklicher, wenn man sich vor Augen führt, dass gerade Personen mit Kurzaufenthaltsbewilligungen oft unter prekären Arbeitsbedingungen zu leiden haben.

Eine weitere zentrale Rolle bei der Lohndiskriminierung spielt gemäss der zitierten Studie zudem die geringe Wertschätzung der ausländischen Ausbildung sowie die geographische Herkunft. Die Arbeitgeber tun sich schwer mit der Anerkennung von ausländischen Diplomen und Titeln, dies umso mehr, je fremder Ihnen die Kultur oder Herkunft erscheint. So müssen Erwerbstätige aus traditionellen Zuwanderungsländern wie beispielsweise Portugal oder Ex-Jugoslawien gegenüber ihren Schweizer Kollegen Lohnunterschiede von 6 Prozent in Kauf nehmen. Noch viel schlechter geht es Arbeitskräften aus afrikanischen oder asiatischen Ländern. Sie erhalten bis zu 29 Prozent tiefere Löhne.

Diese teilweise existenzbedrohende Lohndiskriminierung ist nicht nur beschämend, sondern stellt gleichsam ein erhebliches Integrationshindernis dar. Sichere Aufenthaltserlaubnis, Anerkennung von ausländischen Diplomen, faire Löhne und ein Portion Offenheit stellen minimale Voraussetzungen für eine funktionierende Integration dar.

(Manuela Bruderer, 6.9.2007)



Lesebeispiel: Im Vergleich mit Schweizerischen Arbeitskräften, verdienen ausländische Erwerbstätige aus afrikanischen Ländern 28% weniger.

1.4 Mindestlöhne in neuem Glanz

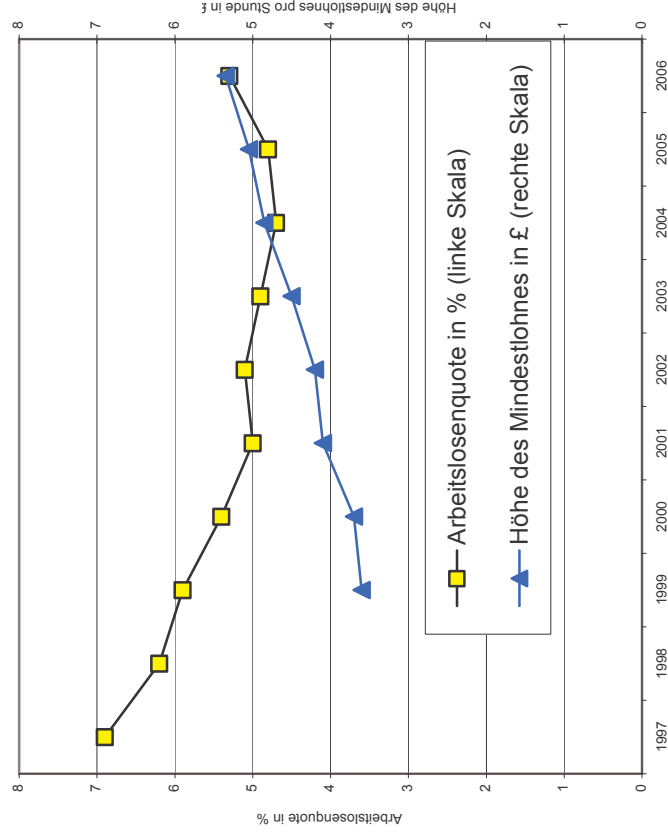
Seit einigen Jahren erleben Mindestlöhne in Westeuropa einen zweiten Frühling. Den Aufakt machten Grossbritannien 1999 und Irland 2000 mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. In diesem Sommer hat sich auch Österreich für einen nationalen Mindestlohn entschieden. Interessant ist dessen Umsetzung: 2009 muss er in allen Gesamtarbeitsverträgen (GAV) als Untergrenze festgeschrieben werden. Fehlt er in einer Branche, muss ein General-GAV für die gesamte Wirtschaft abgeschlossen werden. In Deutschland bewegt sich die grosse Koalition in kleinen Schritten auf einen Mindestlohn zu. Bislang wurde das Entsendegesetz, das die Festlegung von Mindestlöhnen erleichtert und nur für den Bau galt, auf ein Dutzend zusätzlicher Branchen ausgeweitet. Selbst die USA entdecken ihren Mindestlohn wieder. Vor den Sommerferien hat George Bush dessen Anhebung um 24 Prozent bis 2009 bekannt gegeben.

Die plötzliche Beliebtheit von Mindestlöhnen hat zweierlei Ursachen. Erstens hat sich in der Wissenschaft der Konsens durchgesetzt, dass die in Europa geltenden Mindestlöhne keine negativen Beschäftigungsfolgen haben. Dies wird auch aus den Erfahrungen in Grossbritannien ersichtlich: Seit seiner Einführung 1999 wurde der Mindestlohn bis 2006 gesamthaf um 49 Prozent erhöht. Dennoch sank die Britische Arbeitslosenquote bis 2004 auf das tiefste Niveau seit den 1960er Jahren. Zweitens haben Gewerkschaften und Regierungen erkannt, dass mit Gesamtarbeitsverträgen alleine dem Problem der Tieflohne nur schwer beizukommen ist. Denn besonders tiefe Löhne werden in Berufen gezahlt, die traditionell schlecht organisiert und mit GAV abgedeckt sind: bei Raumpflegerinnen und Coiffeusen, Angestellten in Call

Zentren und Bäckern, Pflegehilfskräften und Pharmaassistentinnen. Insbesondere für diese Beschäftigten sind gesetzliche Mindestlöhne eine notwendige Ergänzung zu Branchenlösungen.

(Daniel Oesch, 24. 8. 2007)

Entwicklung des Mindestlohnes und der Arbeitslosigkeit in Grossbritannien



Quelle: Arbeitslosenquote: OECD; Mindestlohn: www.dti.gov.uk

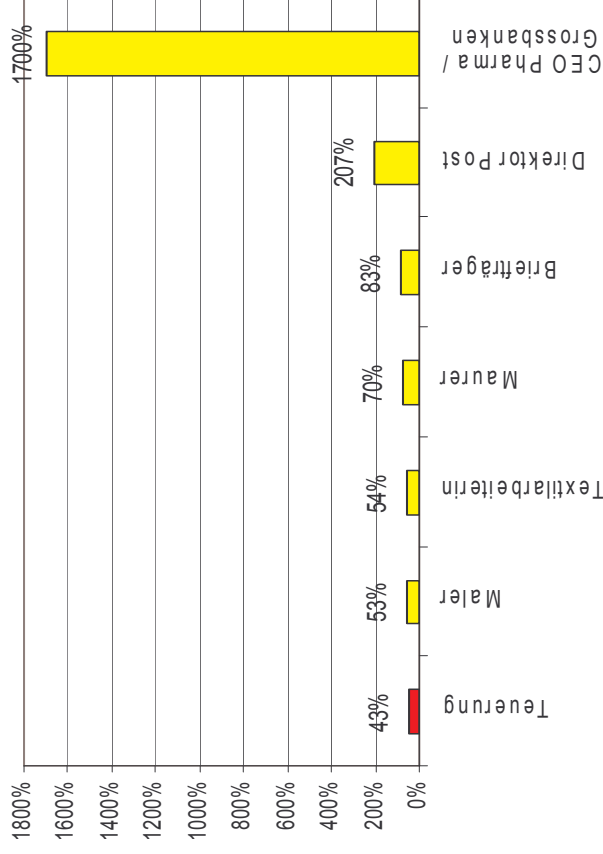
1.5 Lohnentwicklung: Stagnation unten, Explosion oben

In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Löhne in der Schweiz je nach Berufsgruppe sehr unterschiedlich entwickelt. Den Malern und Textilarbeiterinnen haben die Jahre seit 1986 nur mageren Fortschritt gebracht. Deren gesamtarbeitsvertragliche Löhne sind zwar um rund 50 Prozent gestiegen. Bereinigt um die Teuerung schaute jedoch nur noch ein Reallohnanstieg von 10 Prozent heraus. Das entspricht einem mickrigen halben Prozent Realloohnerhöhung pro Jahr. Etwas besser sieht die Bilanz der Maurer und Briefträger aus. Ihre Reallöhne stiegen seit 1986 immerhin um 30 bis 40 Prozent. Auch das ist kümmerlich im Vergleich zu den Lohnerhöhungen in den Chefetagen. So verdient der Postchef heute – bereinigt um die Teuerung – 160 Prozent mehr als sein Vorgänger Mitte der achtziger Jahre (689'000 Franken statt 225'000 Franken). Und selbst dieser Sprung verblasst angesichts der Lohnsteigerungen einiger Chefs der Privatwirtschaft. Förmlich explodiert sind die Managergehälter in den Grossbetrieben der Pharma- und Bankenbranche. Mitte der achtziger Jahre wurden die Löhne der Handvoll Topmanager auf eine Million geschätzt. Heute gewähren sich die Chefs derselben Unternehmen jährlich Entgelte zwischen 15 und 30 Millionen Franken. Das entspricht einer Realloohnerhöhung von mindestens 1650 Prozent. Wie erklärt sich dieses riesige Auseinanderklaffen der Lohnschere? Eine erste Begründung liegt in der langen Krise der neunziger Jahre: Die hohe Arbeitslosigkeit hat zu stagnierenden Arbeiterlöhnen und einer wachsenden Individualisierung der Lohnpolitik geführt. Während in den unteren Schichten die Kaufkraft sank, feierten die Chefetagen ihre Fusionsgewinne. Zugleich haben sich die Schweizer Grossbetriebe zunehmend international-

siert. So bildete sich eine zwischen New York und Frankfurt hin- und herjetzende Managerkaste, die zunehmend die Bodenhaftung verloren hat. Diese Kaste ist stark von der vorherrschenden neoliberalen Ideologie geprägt, wonach individuelle Leistung alles, sozialer Ausgleich hingegen nichts sei. Einiges deutet nun jedoch darauf hin, dass angesichts dieses Auswuchses an Gier einem wachsenden Teil der Gesellschaft der Geduldsfaden gerissen ist.

(Daniel Oesch, 11.5.2007)

Entwicklung des Nominallohnes zwischen 1986 und 2006



Lesebeispiel: Zwischen 1986 und 2006 ist der Nominallohn für gelernte Maler um 53% gestiegen.

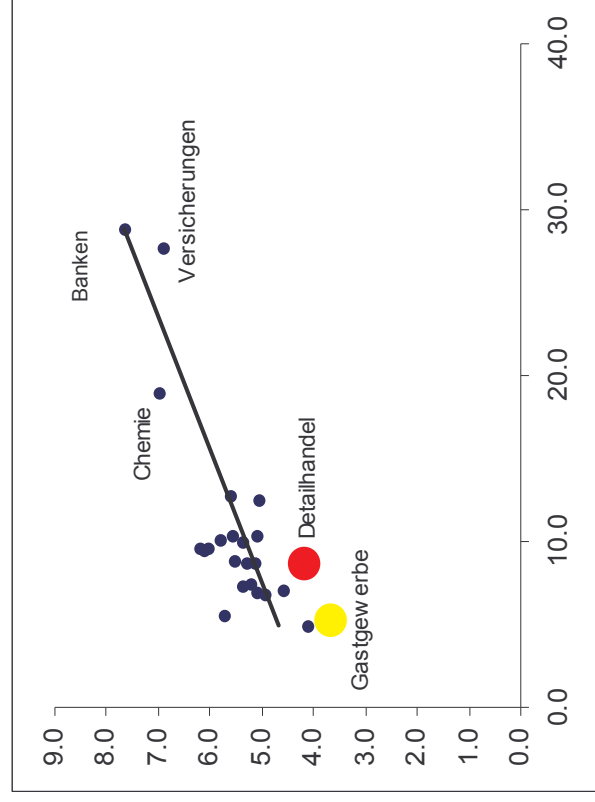
1.6 Deutlich zu tiefe Löhne in Gastgewerbe und Detailhandel

Wie viel jemand bei seiner Arbeit verdient, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Einige, wie Ospel und Vasella kassieren Phantasiegehälter, weil sie zur richtigen Zeit am richtigen Ort sind, sich gut verkaufen können und mächtig sind. Andere hingegen krampfen und können vom Lohn dennoch kaum leben. In der volkswirtschaftlichen Theorie hängt der Lohn einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers mit ihrer Produktivität zusammen: Je mehr jemand pro Stunde produziert, desto höher ist der Lohn. Die Produktivität wird durch die Ausbildung der ArbeitnehmerInnen und dem Werkzeug oder den Maschinen, welche ihr am Arbeitsplatz zur Verfügung stehen, beeinflusst. Ein ausgebildeter und gut ausgerüsteter Elektriker beispielsweise kann in einer Stunde viel mehr leisten als jemand, der von Elektrizität nichts versteht und nur primitives Werkzeug hat. Dementsprechend wird er mehr verdienen. Was in der Theorie einleuchtet, trifft in der Realität jedoch nicht für alle Branchen zu. Im Gegenteil: Stellt man die Produktivität der einzelnen Wirtschaftszweige den bezahlten Löhnen gegenüber, sieht man, dass insbesondere im Gastgewerbe und im Detailhandel Löhne bezahlt werden, welche deutlich unter dem sind, was aufgrund der Produktivität des Personals angemessen wäre. Die Linie in der Grafik zeigt den Zusammenhang zwischen Produktivität und Lohnhöhe über alle Schweizer Branchen hinweg. Sie steigt an: Das heisst, dass in Branchen mit höherer Produktivität im Durchschnitt tatsächlich mehr verdient wird. Die Löhne im Gastgewerbe und im Detailhandel liegen jedoch deutlich unter dieser Linie. Sie halten mit der Produktivität nicht Schritt und dies deutlich. Gemäss der Grafik verdienen Angestellte im Gastgewerbe und im Detailhandel ungefähr 900.- Fr. im

Monat zu wenig. Dass die Löhne in diesen Branchen der Produktivität hinterher hinken, hat verschiedene Gründe. Einerseits ist es der hohe Frauenanteil an den Beschäftigten. Frauen verdienen in der Schweiz bei gleicher Qualifikation weniger als Männer. Andererseits spielt die gewerkschaftliche Organisation eine Rolle. Kann die Unia in diesen Branchen besser Fuss fassen, dürfte sich die Lage für das Personal verbessern.

(Daniel Lampart, 16.6.2006)

Mtl. Arbeitsproduktivität vs. standardisierter Monatslohn in Schweizer Branchen 2002 (in 1000 Fr./Mtl.)



1.7 Die Lohnungleichheit wächst mit dem Alter

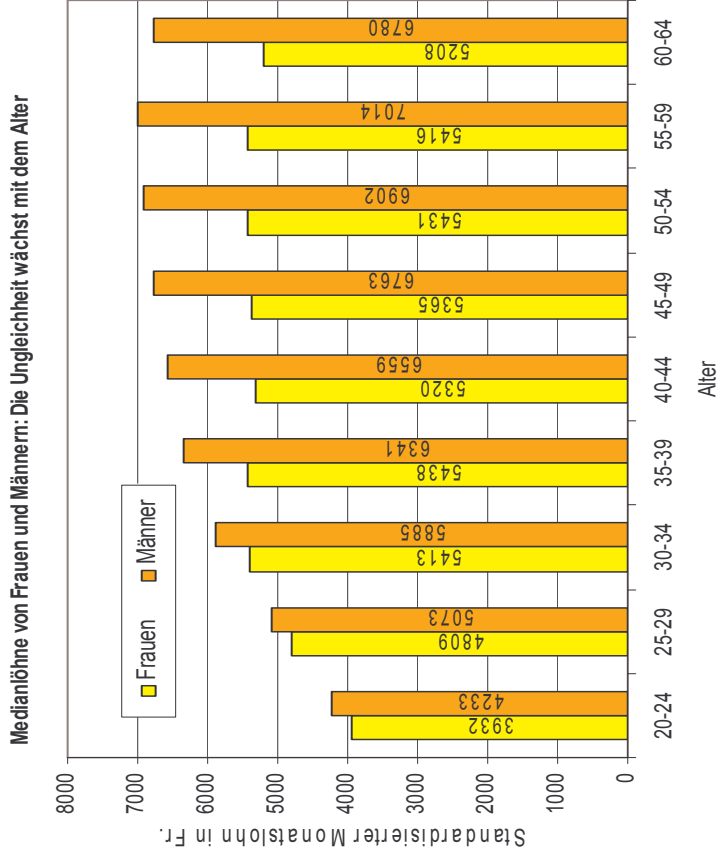
Die Lohnperspektiven unterscheiden sich in der Schweiz stark nach Geschlecht. Frauen verdienen zwar bereits am Anfang ihres Berufslebens im Schnitt acht Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Bis zum Alter von 30 Jahren entwickeln sich ihre Löhne jedoch fast parallel zu den Männern. Erst danach beginnt sich die Lohnschere zwischen den Geschlechtern deutlich zu öffnen. Während Frauen im Schnitt bereits mit 35 Jahren löhnmässig an der Decke anstossen, steigen die Männerlöhne kontinuierlich bis einige Jahre vor dem Pensionsalter. Mit steigendem Alter klappt also ein immer tieferer Lohngraben zwischen den Geschlechtern: Im Alter von 30 bis 34 verdienen Männer im Schnitt 9 Prozent mehr als Frauen, im Alter von 40 bis 44 Jahren 23 Prozent mehr und im Alter von 50 bis 54 Jahren gar 27 Prozent mehr.

Verschiedene Gründe sind verantwortlich für diese zunehmende Öffnung der Lohnschere. Zu einem Teil hängt sie mit einem Generationeneffekt zusammen. Der Unterschied in der Ausbildung zwischen Frauen und Männern ist wesentlich grösser in der Generation der 50-jährigen als der 20-jährigen. Seit den achtziger Jahren haben Frauen bildungsmässig weitgehend zu den Männern aufgeschlossen. Folglich verfügen junge Frauen im Vergleich zu ihren Müttern über bessere Lohnperspektiven. Ein zweiter Grund für die Lohnspreizung liegt im Rückzug der Frauen aus dem Arbeitsmarkt nach der Geburt von Kindern. Die ungleiche Aufteilung der Familienpflichten und lückenhafte ausserhäusliche Betreuungsmöglichkeiten erschweren es jungen Müttern, ihre Erwerbskarriere im Gleichschritt mit ihren männlichen Kollegen voranzutreiben. Einige Jahre fern vom Berufsleben

haben jedoch ebenso wie kleine Teilzeitpensen oft eine Lohneinbusse zur Folge.

Ein dritter Grund für die mit dem Alter wachsende Lohnungleichheit liegt in der Benachteiligung von Frauen bei Beförderungen. Wenn es um die Verteilung von Macht geht, wählen Männer bevorzugt Männer. Ein Beispiel: Eine junge Frau hat geringe Aussichten, als Leiterin einer Abteilung von älteren Männern ernannt zu werden. Das Gegenteil – junge Männer, die ältere Frauen herumdirigieren – ist hingegen gang und gäbe. Ein vierter und letzter Faktor für die Lohnungleichheit ist die direkte Diskriminierung. Selbst nach Bereinigung der Unterschiede in der Tätigkeit, der Ausbildung und dem Dienstalter bleiben rund 60 Prozent der Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern bestehen. Es gibt keine andere Erklärung für diese Lohndifferenz, als dass Frauen in der Schweiz noch immer nicht den gleichen Lohn für eine gleichwertige Arbeit erhalten. Diesem offensichtlichen Missstand wollen die Gewerkschaften in der diesjährigen Lohnkampagne Abhilfe schaffen.

(Daniel Oesch, 13.4.2006)



Berechnung: Roman Graf, OJE, Universität Genf.

Quelle: Lohnstrukturerhebung 2004 (privater und öffentlicher Sektor)
Bundesamt für Statistik.

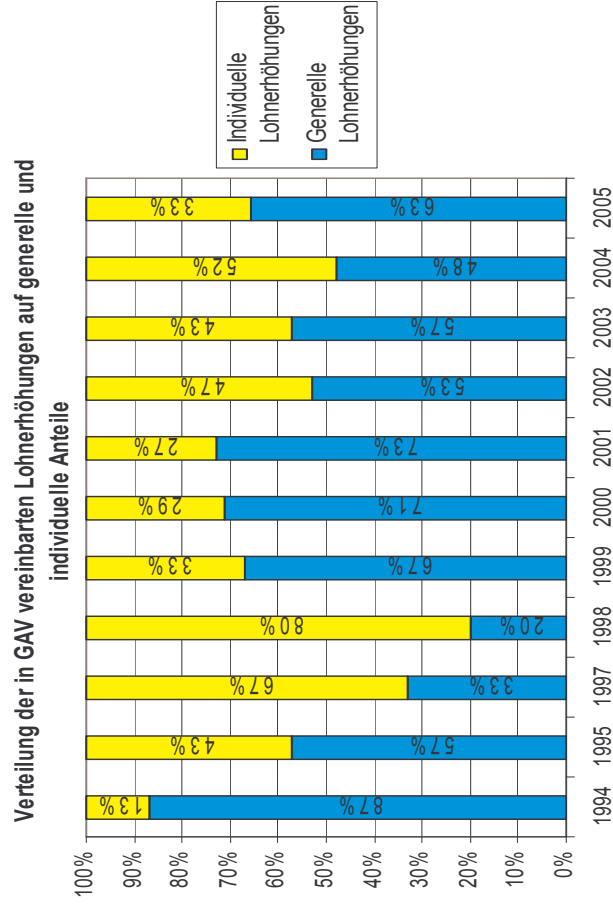
1.8 Die Individualisierungsfalle

Individuelle Lohnerhöhungen sind kein neues Phänomen. Seit jeher haben Arbeitgeber besonders tüchtigen Beschäftigten das Gehalt individuell aufgebessert. Neu ist hingegen, dass viele Arbeitgeber auch in kollektiven Verhandlungen Lohnerhöhungen nur mehr individuell vereinbaren wollen. Die Statistik dokumentiert diese Entwicklung: Zu Beginn der neunziger Jahre waren individuelle Lohnanpassungen noch zu unbedeutend, um überhaupt erfasst zu werden. Zehn Jahre später wird beinahe die Hälfte der kollektiv vereinbarten Lohnerhöhungen individuell verteilt. So beharren die Grossbanken, Novartis oder Migros seit einigen Jahren darauf, Lohnanpassungen ausschliesslich individuell zu gewähren. Die Chefetagen wollen nur mehr alleine darüber entscheiden, wessen Lohn erhöht werden soll. Besonders stark individualisiert wurde die Lohnpolitik bei den Banken. Hier macht der individuelle Entlohnungsanteil heute 15 Prozent der gesamten Lohnsumme aus. Das sind fast zwei Monatslöhne, die (in guten Jahren) einem Teil der Beschäftigten in Form eines Bonus ausbezahlt werden. Vor zehn Jahren betrug dieser Anteil bei den Banken noch weniger als fünf Prozent der Lohnsumme.

Diese Individualisierung der Lohnpolitik ist aus mehreren Gründen problematisch. Einerseits bewirken Lohnerhöhungen auf der Basis von oft willkürlichen Leistungsbeurteilungen eine Desolidarisierung der Beschäftigten: Wenn Arbeitskollegen untereinander in Konkurrenz gesetzt werden, sind Missgunst und Demotivation die Folge. Andererseits vergrössern individuelle Lohnanpassungen die Ungleichheit: In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit sind untere Angestellte einfach zu ersetzen. Dementsprechend wird die Erhöhung der Lohnsumme vor allem dazu verwendet, um Manager und Spezialisten

bei Laune zu halten. Weniger qualifizierte Beschäftigte gehen leer aus. Es ist deshalb offensichtlich, dass individuelle Lohnanpassungen mit der Logik von kollektiven Verhandlungen und einer solidarischen Lohnpolitik schwierig vereinbar sind.

(Daniel Oesch, 17.3.2006)



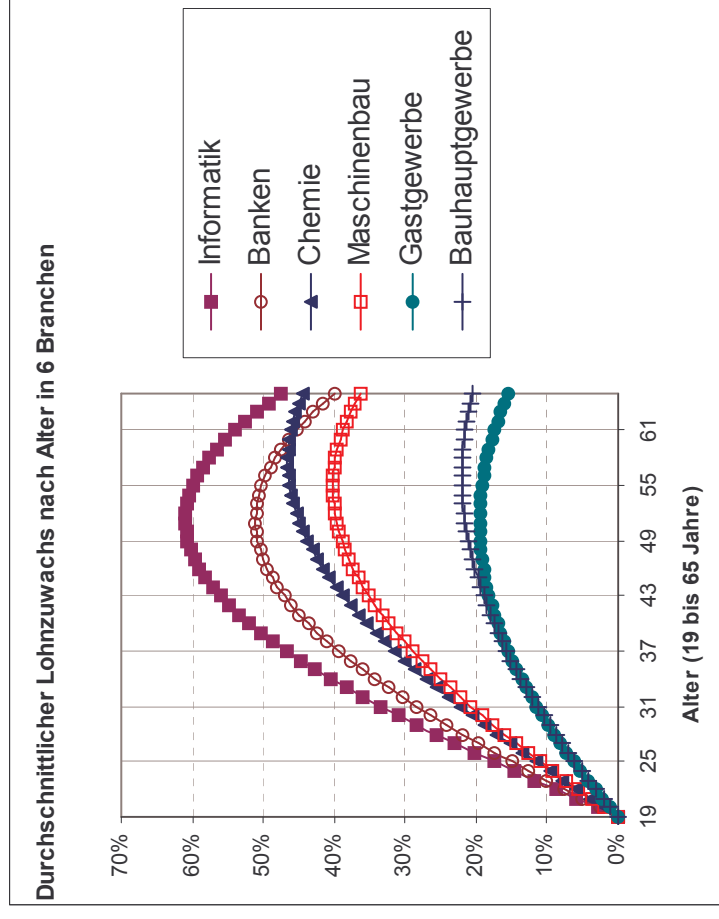
Quelle: Bundesamt für Statistik (2004, 2005).

1.9 Bis wann steigen die Löhne im Alter?

Die Aussichten auf im Laufe des Berufslebens steigende Löhne unterscheiden sich stark nach Branchen. Grund zu Optimismus haben die Beschäftigten der Banken und der Informatik. Im Bankensektor steigt der Lohn bei gleich bleibender Tätigkeit und hierarchischer Stellung mit zunehmendem Alter im Schnitt um 51 Prozent. Noch besser entlohnt wird die Erfahrung in der Informatik: Hier nimmt der Lohn im Laufe der Erwerbskarriere gar um 61 Prozent zu. Mit einem wesentlich bescheideneren Lohnanstieg müssen die Beschäftigten auf dem Bau (22 Prozent) und im Gastgewerbe (20 Prozent) vorlieb nehmen. Aus unseren Berechnungen ist nicht nur das Ausmass des Lohnanstieges während des Berufslebens ersichtlich, sondern auch ab welchem Alter die Löhne nicht mehr weiter zunehmen. Ohne Wechsel der hierarchischen Position (Beförderung) ist bei den Banken, in der Informatik und dem Gastgewerbe der lohnmassige Höhepunkt im Alter von 51 Jahren erreicht. Danach fallen die Löhne. Im Gegensatz dazu steigen die Löhne in der Maschinenindustrie bis 55 Jahre, im Bau bis 57 Jahre und in der Chemie bis 58 Jahre. Danach senkt sich die Lohnkurve auch in diesen Branchen, allerdings vergleichsweise wenig. Der Vergleich der Lohnkurven zwischen den Geschlechtern zeigt, dass Frauen weniger von parallel zum Alter steigenden Löhnen profitieren als Männer. Auch in diesem Bereich der Lohnpolitik scheinen Frauen diskriminiert zu werden. Aus dem internationalen Vergleich ist weiter sichtbar, dass die Löhne in der Schweiz relativ stark ansteigen mit dem Alter. Noch stärker verankert ist das Prinzip der Entlohnung nach Altersstufen in Frankreich. Demgegenüber sind die Lohnunterschiede zwischen (gleich qualifizierten) jungen und älteren Beschäftigten we-

sentlich geringer in Schweden. Dies hat einen Vorteil: Da ältere Mitarbeitende die Betriebe nicht wesentlich teuer zu stehen kommen als jüngere, sind auch die Beschäftigungsaussichten der über-50 Jährigen nicht wesentlich schlechter als jene ihrer jüngeren Kolleginnen und Kollegen.

(Daniel Oesch, 8.7.2005)



Berechnungen: Roman Graf (Universität Genf)
Quelle: Lohnstrukturerhebung (LSE) 2002.

1.10 Produktivitäts-Fortschritt: Löhne halten mit

Bei Lohnverhandlungen wird oft gefordert, dass neben der Teuerung auch die höhere Arbeitsproduktivität ausgeglichen werden müsse. Die Löhne sollen im Gleichschritt mit der allgemeinen Preis und Produktivitätsentwicklung steigen. Hinter dieser Forderung steht die Vorstellung, dass dadurch die Verteilung des Bruttoinlandproduktes (BIP) zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen gleich bleibt: Der Anteil der Löhne bzw. der Kapitaleinkommen am BIP verändert sich nicht.

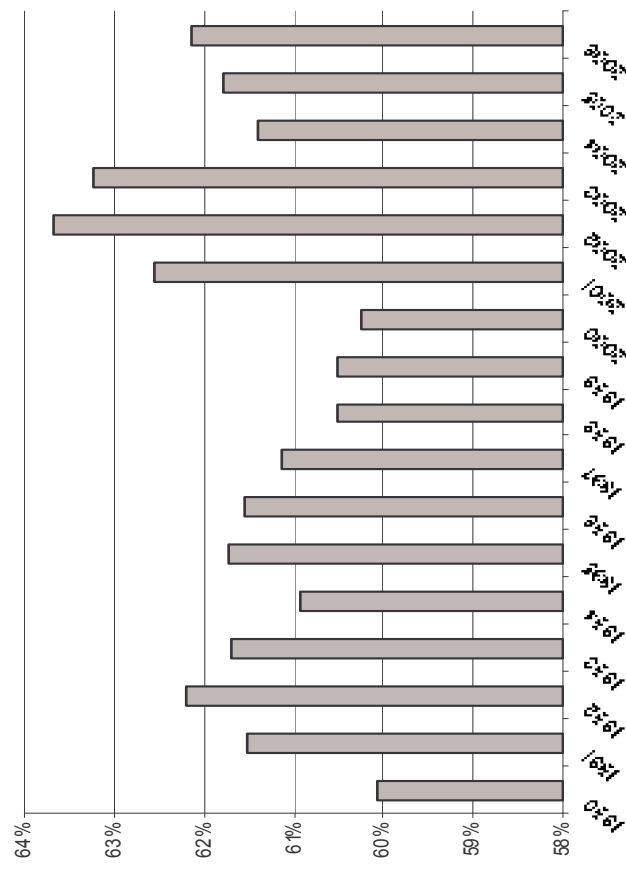
Diese Forderung wurde in den Jahren 1990 bis 2004 erfüllt. Die Schweizer ArbeitnehmerInnen insgesamt konnten ihren Anteil am BIP nicht nur halten, sondern sogar noch etwas steigern. Die sogenannte Lohnquote erhöhte sich in den Jahren 2001 und 2002 sichtbar. Damit steht die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern gut da. In Deutschland beispielsweise ist der Anteil der Löhne am BIP seit 1991 sogar gesunken.

Aufgrund von Erfahrungen aus der Vergangenheit kann man aber vermuten, dass der Anstieg der Lohnquote in den Jahren 2001 und 2002 sich wieder umkehren wird. Die ArbeitnehmerInnen konnten im konjunkturellen Abschwung 2001/2002 ihren Anteil am BIP erhöhen, wie dies auch 1991 und 1992 der Fall war. Dies deshalb, weil viele Unternehmen bei einer sich verschlechternden Geschäftslage zunächst ihre Belegschaften zu halten versuchen. Der Absatzrückgang wird zu einem erheblichen Teil über Gewinneinbussen aufgefangen. Erst wenn klar wird, dass die Absatzprobleme längere Zeit anhalten werden bzw. dass sich die Wirtschaft in einer Rezession befindet, beginnt der Personalabbau. Diese Entwicklung kehrt sich im Auf-

schwung um. Zu Beginn des Aufschwungs resultieren in der Regel spürbare Gewinnzuwächse. Die Lohnquote beginnt zu sinken – wie zum Beispiel 1997 oder 2004. Obwohl sich die Auftragslage verbessert, warten die Unternehmen mit der Rekrutierung von zusätzlichem Personal zu. Hat die konjunkturelle Erholung aber Tritt gefasst, werden die Belegschaften wieder aufgestockt. Die Lohnquote tendiert wieder gegen den längerfristigen Durchschnitt.

(Daniel Lampart, 10.6.2005)

Anteil der Lohninkommen am Bruttoinlandprodukt in der Schweiz



1.11 Lohnschere zwischen Staat und Privatwirtschaft

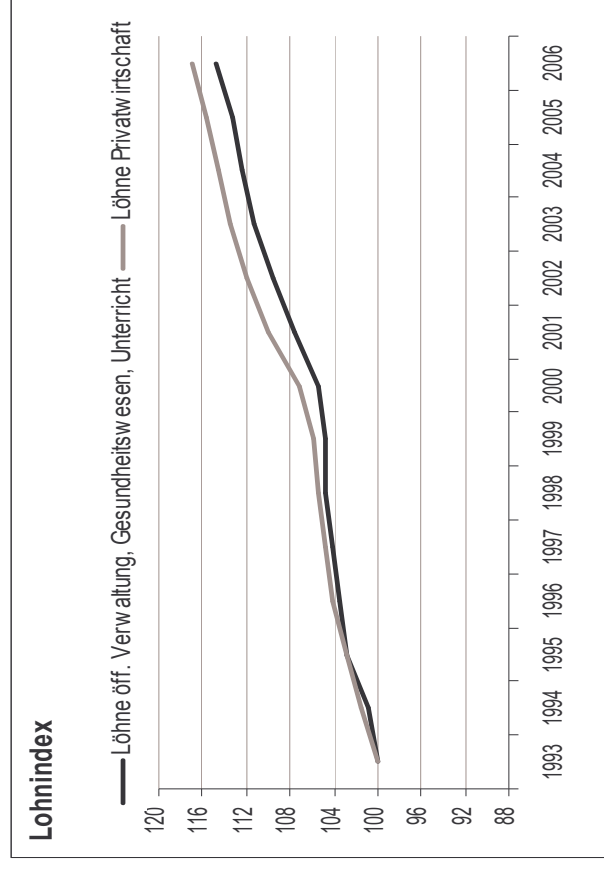
Die gegenwärtigen Sparmassnahmen bei Bund, Kanton und Gemeinden beinhalten teils schmerzhaft Kürzungen beim Staatspersonal. Dabei sind die Staatsangestellten lohnmässig bereits in den letzten Jahren schlechter gefahren als die LohnempfängerInnen in der Privatwirtschaft. Der Nominallohne sind in der Privatwirtschaft ab 1995 durchschnittlich stärker gestiegen als diejenigen des Staatspersonals. Es hat sich eine Lohnschere geöffnet.

Bis vor kurzem konnte das Staatspersonal auf eine höhere Arbeitsplatzsicherheit zählen als die LohnempfängerInnen in der Privatwirtschaft. Der sichere Arbeitsplatz war manchen wichtiger als der stärkere Lohnzuwachs. Die schwächere Lohnentwicklung wurde in Kauf genommen. Doch damit scheint es vorbei zu sein. Auch der Staat will Stellen abbauen und plant teilweise sogar Entlassungen. Im Kanton Zürich beispielsweise gehen im Rahmen seines "Sanierungsprogramms" über 1200 Stellen (knapp 5 Prozent der gesamten Stellen) verloren. Neben dem Stellenabbau sind Abstriche beim Teuerungsausgleich geplant: Nur noch eine Teuerung von 0.5 Prozent soll ausgeglichen werden, obwohl die Regierung mit einer Teuerung von 1.5 Prozent rechnet: Budgetiert ist eine jährliche Reallohneinbusse von 1 Prozent. Die Lohnschere zwischen den LohnempfängerInnen der Privatwirtschaft und dem Staatspersonal dürfte sich weiter öffnen.

Diese Entwicklung kann volkswirtschaftliche Konsequenzen haben. Denn der Staat steht auf dem Arbeitsmarkt in Konkurrenz zur Privatwirtschaft. Soll das Staatspersonal gute Dienstleistungen erbringen, sind qualifizierte und motivierte Leute Voraussetzung. Um fähiges Personal halten zu können bzw. zu

gewinnen, muss der Staat einen entsprechenden Lohn bieten können. Ob sich die Lohnschere bereits zu stark geöffnet hat, lässt sich allerdings schwer sagen. Aufforchen lässt aber, was die Zürcher Kantonsregierung aber zu den geplanten Sparmassnahmen im Gesundheitswesen sagt: "Es besteht die Gefahr, dass Privat- und Halbprivatpatienten in Privatspitäler oder ausserkantonale Institutionen abwandern. Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Gesundheitsversorgung und die Zufriedenheit des Gesundheitspersonals können sinken."

(Daniel Lampart, 2.4.2004)



1.12 Lohngleichheit, ein Lippenbekenntnis

Männer verdienen in der Schweiz im Schnitt 21% mehr als Frauen. Laut Arbeitgeber liegt dies daran, dass Männer häufiger in höheren hierarchischen Positionen tätig sind und über eine bessere Qualifikation verfügen als Frauen. Sie beteuern, dass bei gleicher Arbeit auch die Löhne gleich seien. Berechnungen der Uni Genf zeigen nun aber, dass diese Erklärung ins Reich der Märchen gehört. Denn auch wenn man für eine ganze Reihe von objektiven Faktoren der Lohnfestsetzung kontrolliert, klaffen Männerlöhne und Frauenlöhne weit auseinander. So kann mit den Unterschieden in der Ausbildung, dem Dienstalter, der Tätigkeit und der Stellung im Betrieb gesamtschweizerisch nur rund 40% der Lohn Differenz zwischen den Geschlechtern erklärt werden. Für die restlichen 60% gibt es schlicht keine andere Erklärung als Diskriminierung.

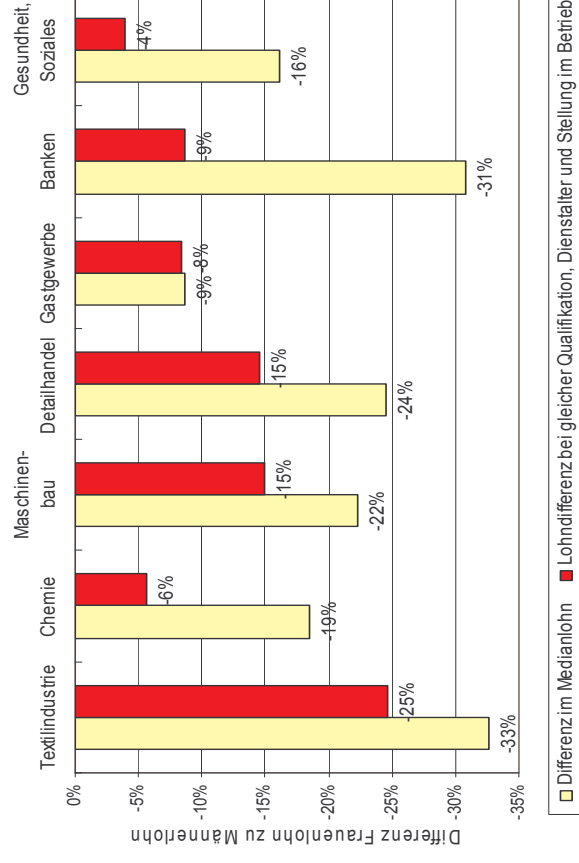
Das Bild variiert jedoch stark nach Branchen. Besonders weit entfernt von der Lohngleichstellung sind strukturschwache Industriebranchen wie die Textil- oder die Verpackungsindustrie. Hier erhalten Frauen für dieselbe Arbeit rund 25% weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Auch im Maschinenbau und der Graphischen Industrie wird wacker auf dem Rücken der Frauen gespart: Bei gleicher Qualifikation, Tätigkeit und hierarchischer Stellung liegt hier der Frauenlohn rund 15% tiefer als der Männerlohn.

Etwas weniger ausgeprägt ist die Diskriminierung im Dienstleistungsbereich, obwohl auch hier Handlungsbedarf besteht. So zum Beispiel im Gastgewerbe, wo der weibliche Durchschnittslohn zwar vergleichsweise wenig abfällt vom männlichen Durchschnittslohn. Die Berechnungen zeigen jedoch, dass

in dieser Branche durchschnittliche und diskriminierende Lohn Differenz beinahe identisch sind. Dies bedeutet nichts anderes, als dass Frauen im Gastgewerbe über eine ähnlich gute Qualifikation verfügen und in ähnlichen Positionen arbeiten wie Männer. Einziger Haken dabei: Sie verdienen 8,4% weniger. Auf ein Jahr hinaus macht das einen Monatslohn aus.

(Daniel Oesch, 5.3.2004)

Lohnunterschied zwischen Mann und Frau bei gleicher Arbeit und Qualifikation



Quelle: Lohnstrukturerhebung 2000; Berechnungen Roman Graf (Universität Genf).

1.13 Welche Ausbildung lohnt sich?

Ausbildungsjahre werden auf dem Schweizer Arbeitsmarkt im Schnitt reichlich vergütet. Selbst wenn man eine Reihe anderer Einflüsse der Lohnbestimmung miteinbezieht, bleiben die Unterschiede beträchtlich: So erhalten Beschäftigte mit einer Lehre – bei derselben beruflichen Stellung, Tätigkeit und Erfahrung – durchschnittlich rund 8 Prozent mehr Lohn als ihre Kollegen und Kolleginnen, die nur die obligatorische Schulzeit absolviert haben. In anderen Worten beträgt die Lohnprämie für eine Lehre 7.7 Prozent und für eine Anlehre 3.3 Prozent. Mit etwas höheren Zuschlägen von 12.5 bis 15 Prozent können jene rechnen, die eine Matura, eine höhere Berufsbildung (Meister, TS) oder das Lehrpatent besitzen.

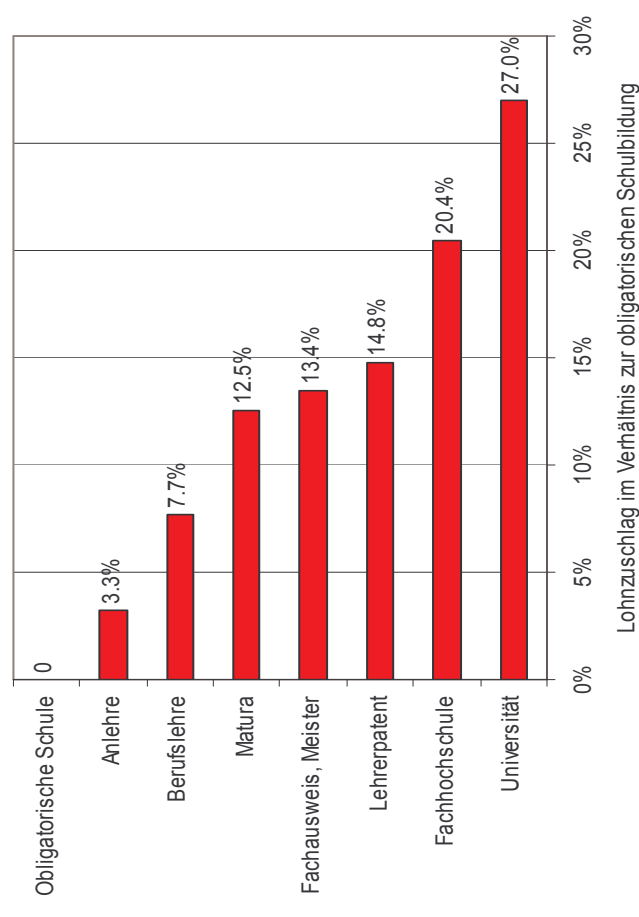
Es mag erstaunen, dass die Matura in der Schweiz im Schnitt deutlich bessere Lohnperspektiven eröffnet als eine Berufslehre. Der Einfluss der Ausbildung auf den Lohn variiert jedoch stark nach Wirtschaftssektor. So wird die Lehre in einigen Branchen ohnmässig gleich hoch eingeschätzt wie die Matura: Dies ist der Fall in der Chemischen und Graphischen Industrie sowie in der Forschung und Entwicklung. In der Möbelindustrie ist es sogar vorteilhafter, eine Lehre abzuschliessen, statt sich mit einer Matura zu bewerben.

In einzelnen Branchen wird die Ausbildung allerdings noch immer sehr ungenügend honoriert. So verdienen in der Nahrungsmittel- und Textilindustrie mehr als 20 Prozent aller Beschäftigten trotz einer Berufsbildung weniger als 4000 Franken brutto im Monat. Im Detailhandel und dem Gastgewerbe steigt der Anteil der ausgebildeten Beschäftigten mit Löhnen unter 4000 Franken auf gar 42 beziehungsweise 57 Prozent. Angesichts dieser Tiefloh-

ne ist es in diesen Branchen sehr schwierig, junge Leute vom Wert einer Ausbildung zu überzeugen. Zukunftsorientierte Arbeitgeber sollten alles Interesse daran haben, dies rasch zu ändern.

(Daniel Oesch, 5.12.2003)

Zuschlag auf den Lohn für verschiedene Ausbildungen



Quelle: Lohnstrukturerhebung 2000; Berechnungen Roman Graf (Universität Genf).

2. Gesamtarbeitsverträge

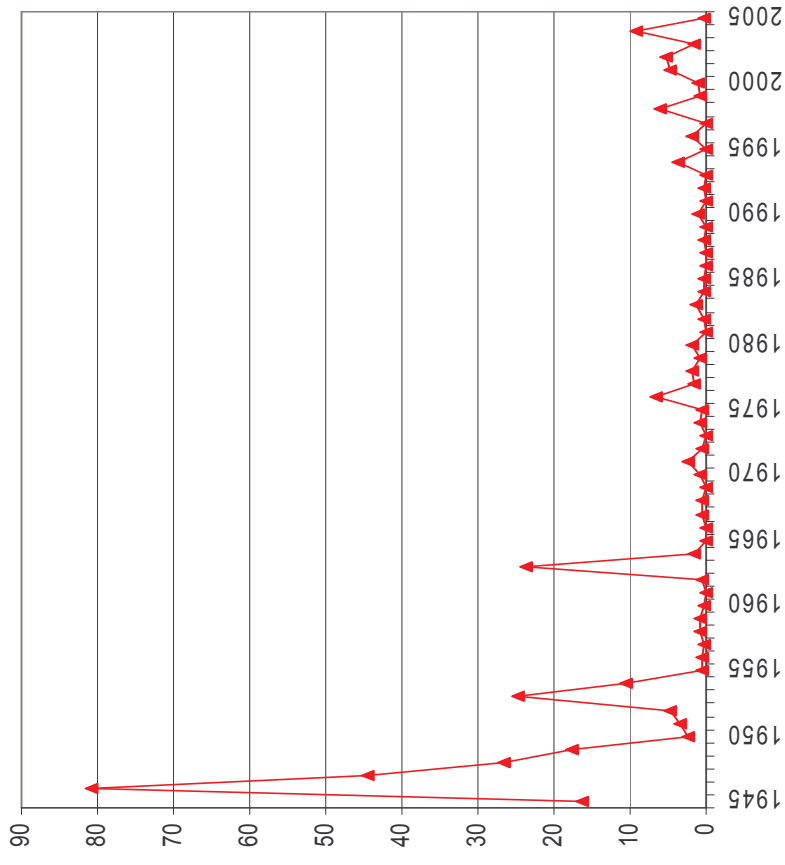
2.1 Der Mythos eines streikfreien Landes

Seit einiger Zeit sind die Arbeitgeber in grösster Aufregung über die scheinbar starke Zunahme von Streiks in der Schweiz. Auch die bürgerliche Presse stimmt in den Jammerchor ein. Die NZZ am Sonntag behauptet, die Zahl der Streikenden sei so hoch wie seit dem Generalstreik 1918 nicht mehr und sieht den sozialen Frieden in Gefahr. Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass diese Aufregung viel mit Hysterie und wenig mit Kenntnis der Fakten zu tun hat. Die Streikintensität der letzten Jahre steht in keinem Verhältnis zu den wesentlich konfliktreicheren Perioden der Zwischenkriegszeit von 1918 bis 1924 sowie von 1930 bis 1937. So lag die Zahl der Streiktage 1918 sieben Mal höher als 2004. Dabei zählte die Schweiz 1918 nur 1.8 Millionen Erwerbstätige gegenüber 4.2 Millionen heute. Selbst wenn wir nur die Periode seit dem Zweiten Weltkrieg betrachten, stechen die letzten Jahre nicht als besonders konfliktreich hervor. Nach Kriegsende setzte eine breite Streikwelle ein, die nach der darauf folgenden Ausweitung der Gesamtarbeitsverträge bald wieder abflaute. Dennoch lag die Streikintensität bis 1954 deutlich über dem Niveau der letzten Jahre. Erst mit den einsetzenden Wirtschaftswunderjahren wurden Streiks ab 1955 zu einer Seltenheit. Entgegen dem landläufigen Mythos einer streikfreien Schweiz verschwanden sie jedoch nie völlig aus dem Wirtschaftsleben. Im Nachgang an die Erdölkrise flammten 1976 einige Arbeitskonflikte auf und schnell wieder ab. Mit der Hochkonjunktur der achtziger Jahre begann das mit Abstand streikärmste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Anfangs der neunziger Jahre verschlechterte sich die Wirtschaftslage rapide. Die Arbeitsbedingungen und Gesamtarbeitsverträge kamen in der langen Rezession unter Druck. Auf einmal waren die Gewerkschaften gezwungen, sich nach

Jahren der Hochkonjunktur kollektive Widerstandsformen wie den Streik wieder anzueignen. Ab 1994 nahm die Zahl der Arbeitskonflikte wieder zu und pendelte sich 1998 auf dem heutigen Niveau ein. Trotz häufigeren Streiks gehört die Schweiz noch immer zu den Ländern mit den wenigsten Arbeitskonflikten. Der internationale Vergleich zeigt, dass selbst im Jahr des Bauarbeiterstreiks 2002 europaweit nur in Österreich weniger Streiktage anfielen als in der Schweiz (3 Tage pro 1000 Lohnabhängige gegenüber 6 Tagen in der Schweiz). An wesentlich mehr Arbeitstagen gestreikt wird in den Mittelmeerlandern (Spanien: 276 Tage, Italien: 230 Tage), den skandinavischen Ländern (Finnland: 31 Tage, Norwegen: 60 Tage) und den angelsächsischen Ländern (Grossbritannien: 51 Tage, Irland: 13 Tage). Die in den letzten Jahren gestiegene Streikfähigkeit bedeutet folglich weniger das Ende koordinierter Arbeitsbeziehungen, als vielmehr das Ende eines ungewöhnlich streikarmen Abschnittes in der Schweizer Wirtschaftsgeschichte.

(Daniel Oesch, 9.3.2007)

Grafik: Wegen Streik ausgefallene Arbeitstage (pro 1000 Erwerbstätige) in der Schweiz seit 1945



Quelle: seco, BIGA, Bundesamt für Statistik, Statistisches Lexikon der Schweiz, Erich Gruner (1968).

2.2 Gesamtarbeitsverträge in neuem Glanz

Mitte der neunziger Jahre betitelte der damalige Arbeitgeberpräsident Guido Richterich Gesamtarbeitsverträge (GAV) als ein „Auslaufmodell“. Die Statistik schien ihm Recht zu geben: Zwischen 1991 und 1996 schrumpfte die Zahl der einem GAV unterstellten Arbeitnehmenden in der Schweiz um 13 Prozent. Parallel zum Arbeitsplatzabbau in der Industrie und dem Bau ging auch die Zahl der GAV-Unterstellten zurück. Ende der neunziger Jahre kam jedoch die Trendwende: Seither haben die GAV kontinuierlich Boden gutgemacht. So liegt heute die Zahl der Beschäftigten, die einem GAV unterstellt sind, um fast zehn Prozent über dem Stand von 1991.

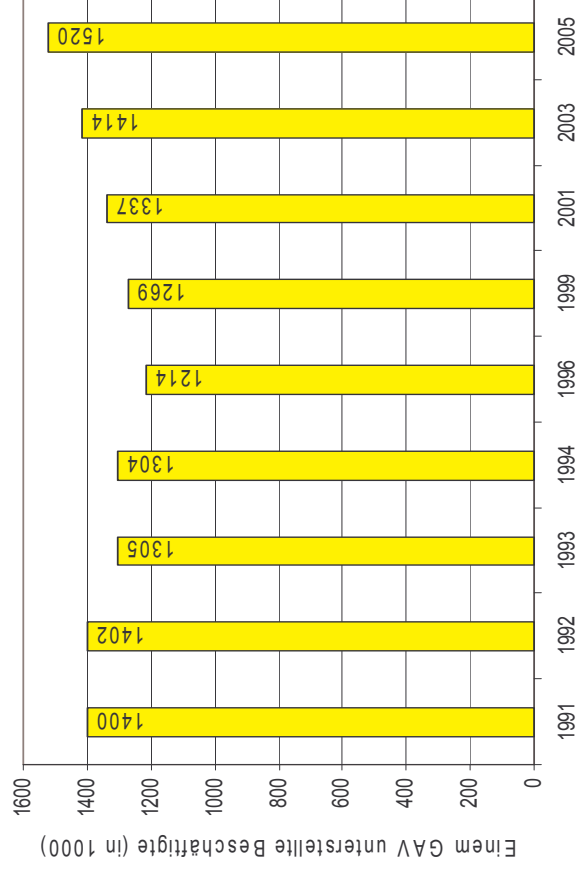
Dieses eindruckliche Comeback der GAV hat zwei Gründe. Erstens werden seit dem Wegfall der Beamtengesetze des Bundes und der meisten Kantone GAV neu auch im öffentlichen Sektor ausgehandelt. So unterstehen die Beschäftigten von Post, SBB und Swisscom seit einigen Jahren ebenso einem GAV wie jene der Bernischen Spitäler, der Solothurner Busbetriebe oder der Genfer Krippen. Zweitens haben die Gewerkschaften im Vorfeld der Einführung der Personenfreizügigkeit erfolgreich für GAV im privaten Tertiärbereich gekämpft. Deshalb werden die Arbeitsbedingungen neu auch in der Reinigung, der privaten Sicherheit, der Textilpflege oder den Tankstellenshops in Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften vereinbart.

Die gestiegene Bedeutung von Kollektivverträgen kommt auch in der Entwicklung der Anzahl allgemein verbindlich erklärter (AVE) GAV zum Ausdruck. 1995 gab es in der Schweiz nur 14 GAV, die vom Bund oder einem

Kanton für alle Betriebe einer Branche obligatorisch erklärt worden waren. In den letzten zehn Jahren hat sich diese Zahl mehr als vervierfacht, 2006 waren bereits 64 GAV allgemein verbindlich erklärt. Das „Auslaufmodell“ GAV scheint offensichtlich einen zweiten Frühling zu erleben.

(Daniel Oesch, 9.2.2007)

Grafik: Anzahl Beschäftigte, die einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sind



2.3 Gesamtarbeitsverträge zahlen sich aus

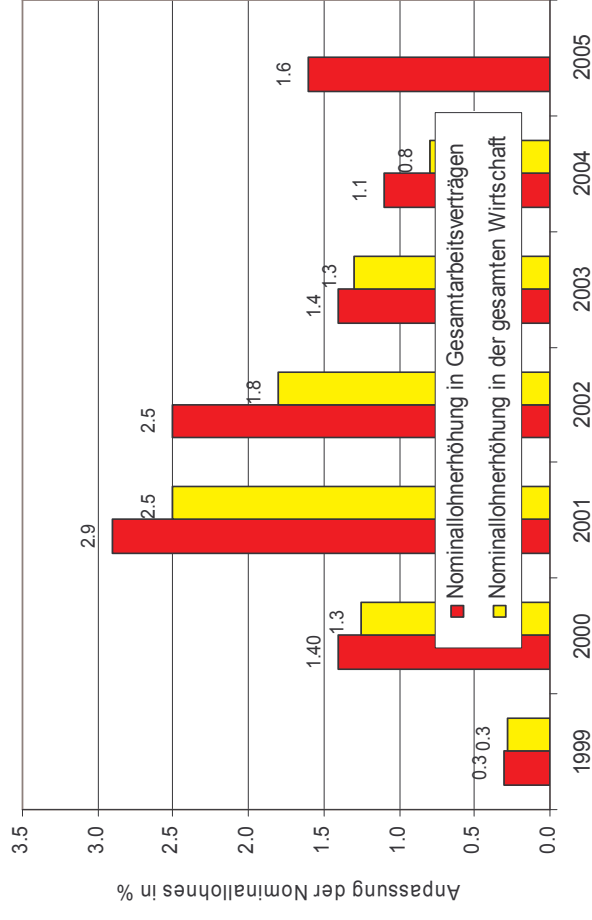
In den letzten fünf Jahren lagen die Lohnerhöhungen in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) immer über dem Schnitt der gesamten Wirtschaft. Das heisst, dass die Löhne von Beschäftigten, die einem GAV unterstehen, stärker gestiegen sind als die Löhne von Beschäftigten ohne GAV. Kollektive Verhandlungen scheinen sich also offensichtlich zu lohnen. Dies leuchtet auch ein. Denn wer individuell mit dem Arbeitgeber verhandeln muss, hat oft einen schweren Stand. Dahinter verbirgt sich die Tatsache, dass Löhne nicht durch abstrakte ökonomische Gesetze bestimmt werden. Sie sind vielmehr das Ergebnis von sozialen Auseinandersetzungen und unterschiedlichen Machtpositionen. Die Löhne sind dort vergleichsweise hoch, wo viele Beschäftigte kollektiv organisiert sind und gemeinsam verhandeln können. Dadurch entsteht für die Beschäftigten ein günstiges Kräfteverhältnis und damit die Voraussetzung für eine angemessene Teilhabe an den Unternehmensgewinnen.

Dieser Mechanismus kann auch in der Praxis der verschiedenen Branchen beobachtet werden. Wo der gewerkschaftliche Organisationsgrad hoch ist und kollektive Verhandlungen stattfinden, sind auch die Löhne überdurchschnittlich gestiegen. So haben sich in den letzten Jahren insbesondere das Baugewerbe, der Schienenverkehr und die Nachrichtenübermittlung (Post und Swisscom) als Lohnlokomotiven profiliert. Gerade weil sich kollektive Verhandlungen für die Arbeitnehmenden auszahlen, erstaunt es nicht, dass sich einige Arbeitgeber in Branchen wie dem Strassentransport oder der Landwirtschaft mit Händen und Füssen gegen GAV wehren. Ihnen ist eine Diskussion mit dem einzelnen, einfacher einzuschüchternden Arbeitnehmer lieber als Verhandlungen mit einer unabhängigen Arbeitnehmervertretung.

Darin halten es sie es mit Chinas undemokratischen Machthabern. Diese haben zwar seit einigen Jahren den Kapitalismus entdeckt. Aber auch sie bevorzugen ihn ohne kollektive Verhandlungen zwischen freien Arbeitspartnern.

(Daniel Oesch, 9.12.2005)

Lohnerhöhungen in Gesamtarbeitsverträgen und in der gesamten Wirtschaft



Quelle: Bundesamt für Statistik: (1) Gesamtarbeitsvertragliche Lohnabschlüsse; (2) Lohnentwicklung nach Unfallversicherung.

3. Arbeitszeit

3.1 Mehr Teilzeitarbeit: Freiwillige oder unfreiwillige Arbeitszeitverkürzung?

Es gibt zwei Arten, wie die Arbeitszeit verkürzt werden kann. Entweder man verkürzt die Arbeitszeiten für alle, indem man generell die Wochenarbeitszeiten senkt, oder es senkt jedeR für sich, indem er oder sie das Arbeitspensum verringert und Teilzeit arbeitet. Über die 1990er Jahre bis heute überzog die zweite Variante. Die Zahl der Personen, welche Teilzeit arbeitet, nahm zwischen 1991 und 2007 um knapp 380'000 zu. Die Zahl der Vollzeitstellen ging trotz Bevölkerungswachstum um 5000 zurück. Dies bei einer um knapp einer Stunde tieferen wöchentlichen Normalarbeitszeit.

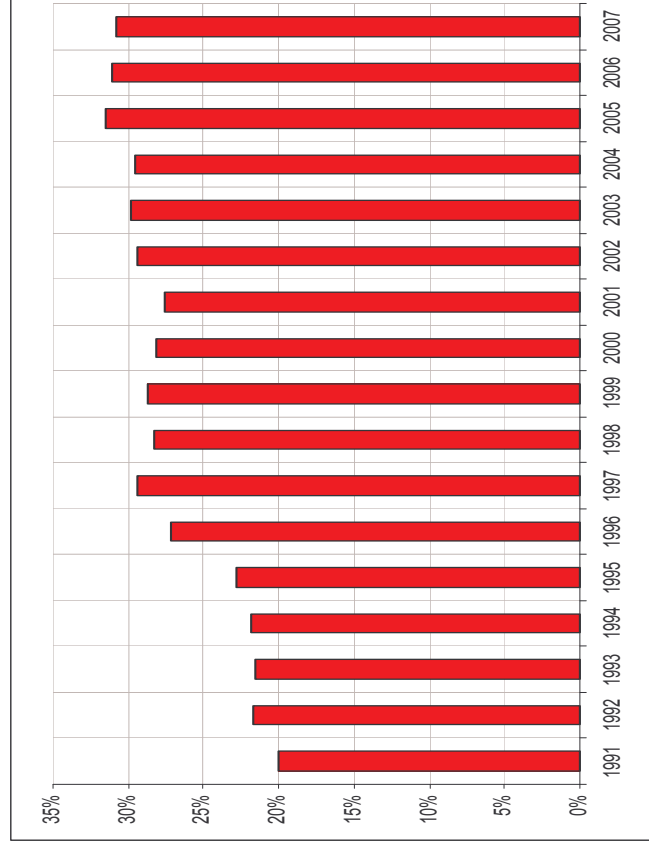
Allerdings stellt sich die Frage, ob diejenigen Personen, die Teilzeit arbeiten, dies auch freiwillig tun. Denn es kann natürlich auch sein, dass jemand nur Teilzeit arbeitet, weil er oder sie keine Vollzeitstelle findet. Auskunft über diese unfreiwillige Teilzeitarbeit gibt die Arbeitsmangelstatistik des Bundesamtes für Statistik. Diese zählt die Personen, welche ihr Arbeitspensum erhöhen möchten und in der Lage sind, in den nächsten drei Monaten einen Job mit einem höheren Pensum anzutreten. Die Ergebnisse sind beunruhigend. Im vergangenen Jahr arbeiteten 95'000 Personen Teilzeit, obwohl sie eigentlich eine Vollzeitstelle suchen. Dazu kommen rund 170'000 Personen, die ihr Teilpensum erhöhen möchten.

Gegenüber dem Beginn der 1990er Jahre hat sich die unfreiwillige Teilzeitarbeit in der Schweiz deutlich erhöht. Lässt man die Einschränkung weg, dass jemand in der Lage sein muss, innert drei Monaten eine neue Stelle anzutreten zu können, so ist die Zahl der Personen, die ihr Arbeitspensum erhöhen wollen, um mehr als 200'000 gestiegen. Im vergangenen Jahr woll-

ten fast ein Drittel der Teilzeiterwerbstitigen ein grösseres Pensum arbeiten. Die individuelle Arbeitszeitverkürzung über die 1990er Jahre durch häufigere Teilzeitarbeit ist somit zu einem grossen Teil unfreiwillig.

(Daniel Lampart, 4.4.2008)

Anteil der Teilzeitarbeitenden, die ihr Arbeitspensum erhöhen möchten



Quelle: BFS, eig. Berechnungen

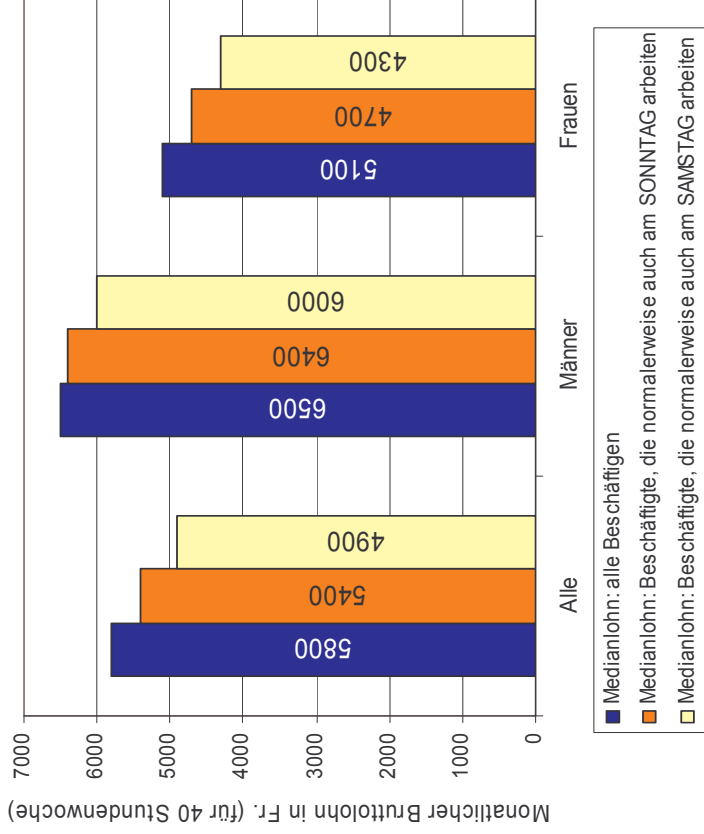
3.2 Sonntagsarbeit als Privileg der Unterschicht?

Beschäftigte, die normalerweise am Samstag arbeiten, verdienen deutlich weniger als der Rest der Arbeitnehmerschaft. Trotz Zulagen hinken auch die Löhne von Berufstätigen, die regelmässige Sonntagsarbeit leisten, hinter dem nationalen Durchschnitt her. Dies hängt nur teilweise mit der Branchenstruktur zusammen: Zwar fällt Sonntagsarbeit – neben dem Gesundheitswesen und öffentlichen Verkehr – vor allem in den zwei Tieflohnbranchen Gastgewerbe und Verkauf an. Ein Blick auf die Statistik zeigt aber, dass auch innerhalb des Detailhandels oder des Gesundheitswesens Sonntagsarbeiter weniger verdienen als ihre werktags beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. Insbesondere Frauen erhalten für Sonntagsarbeit nur magere Löhne. Diese Lohnvergleiche zeigen deutlich: Das Parlament hat mit der Ausweitung der Sonntagsarbeit eine Suppe eingebracht, die die Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt auslöffeln dürfen. Konkret haben sich gut betuchte bürgerliche Anwälte und Unternehmensberater in den Räten dafür eingesetzt, dass die Arbeit im Verkauf und den Dienstleistungen neu über sieben statt sechs Wochentage verteilt werden darf. Tieföhner sollen auch am Sonntag ans Werk. Zum Glück gibt das Referendum in dieser Frage dem Volk das letzte Wort. Denn die Arbeitskräfteerhebung (SAKE) weist klar darauf hin, dass nur die wenigsten gerne am Sonntag arbeiten. Entgegen einer oft verbreiteten Meinung sind es nämlich nicht in erster Linie Studenten und Alleinstehende, die sonntags einer bezahlten Arbeit nachgehen. Während elf Prozent aller verheirateten Beschäftigten normalerweise am Sonntag arbeiten, sind es bei den ledigen Beschäftigten weniger als neun Prozent. Berufstätige mit Kindern unter 15 Jahren leisten gar öfter regelmässige Sonn-

tagsarbeit als Beschäftigte ohne kleine Kinder: 2003 arbeiteten 10.7 Prozent der berufstätigen Eltern normalerweise am Sonntag. Es ist nicht einsichtig, warum dieser Anteil noch zusätzlich erhöht werden soll.

(Daniel Oesch, 3.12.2004)

Monatslohn nach Lage der Arbeitszeit



Quelle: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) 2003, Bundesamt für Statistik.

3.3 Das Ende der Geschichte in der Arbeitszeit?

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Arbeitszeit in der Schweizer Industrie in jedem Jahrzehnt um mindestens eine halbe Stunde verringert. In guten Jahrzehnten waren es eine ganze Stunde, in sehr guten Jahrzehnten gar zwei Stunden. Ein Teil der gewaltigen Produktivitätsfortschritte wurde so den Beschäftigten in der Form von kürzeren Arbeitswochen zurückgegeben. Unternehmer in der Industrie waren stolz darauf, dass ihre Branchen vergleichsweise fortschrittliche Arbeitsbedingungen boten. Dies scheint Vergangenheit zu sein. In keinem Jahrzehnt hat sich die Arbeitszeit so wenig bewegt wie in den neunziger Jahren. Die Bilanz seit 2000 ist noch mickriger.

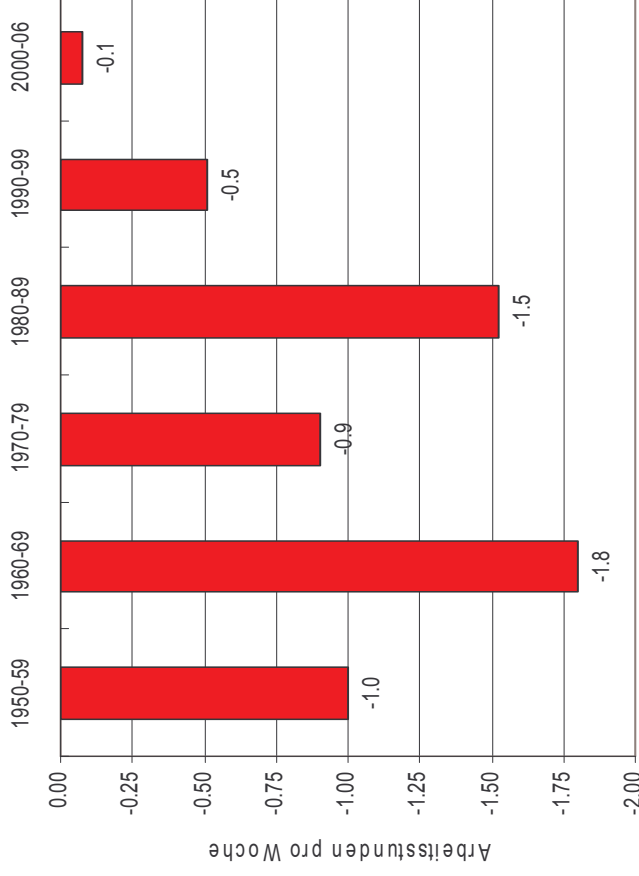
Ginge es nach dem Präsidenten der Schweizer Maschinen-Industriellen Schneider-Ammann, wären wir in der Arbeitszeitfrage gar am Ende der Generation angekommen. Im Sommer träumte er laut davon, dass die Arbeitszeit künftig nicht mehr reduziert, sondern im Gegenteil erhöht werde. Anlässlich der SGB-Initiative zur Arbeitszeit 2002 Jahren liess sich Schneider-Ammann noch ganz anders vernehmen. Im Parlament verkündete er, die Verkürzung der Arbeitszeit sei Sache der Sozialpartner und nicht des Staates. In der Maschinenindustrie scheint dies jedoch schon lange nicht mehr Sache der Arbeitgeber zu sein: Die letzte vereinbarte Arbeitszeitverkürzung liegt hier zwanzig Jahre zurück.

Der Ruf nach längeren Arbeitszeiten war der Versuch, die Debatte über die Auslagerung von Arbeitsplätzen auch in der Schweiz loszutreten. Dabei drückt seine Forderung vor allem wirtschaftspolitische Hilflosigkeit aus. Denn selbst mit einer 48 Stundenwoche übersteigen die Arbeitskosten in der

Schweiz jene der Slowakei oder Südafrikas. Zugleich liegt hier jedoch auch die Arbeitsproduktivität deutlich höher. Damit dies so bleibt, braucht es laufende Innovation. Dies bewerkstelligt man mit Investitionen in die Berufsbildung, mit motivierten Mitarbeitern und einer fortschrittlichen Branchenpolitik – und nicht mit einem Schritt zurück in die Vergangenheit.

(Daniel Oesch, 22.10.2004)

Rückgang der Normalarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten in der Industrie seit 1950



Quelle: Bundesamt für Statistik.

3.4 Die Schweiz und ihre überlangen Arbeitszeiten

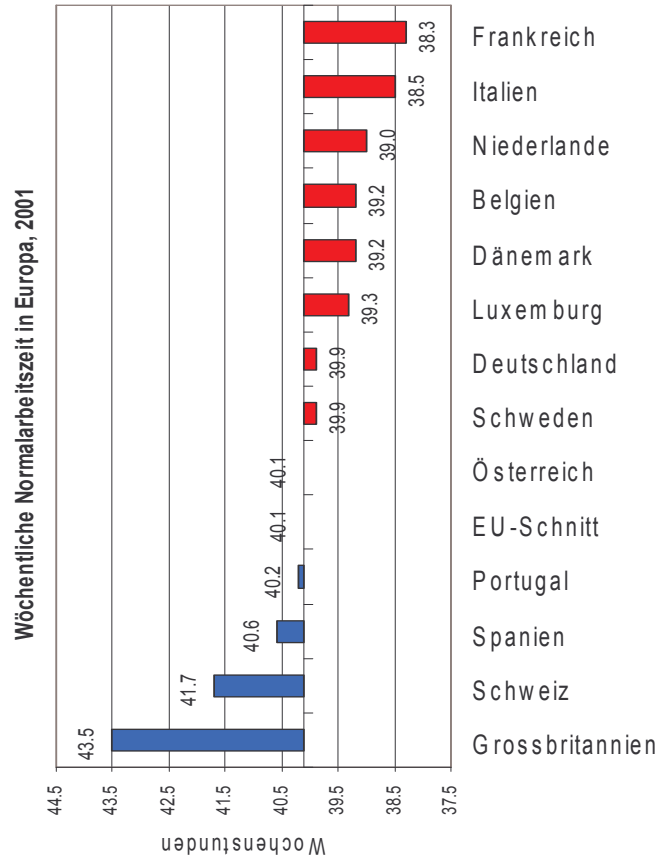
Die Arbeitswoche zieht sich in der Schweiz länger hin als anderswo. 2001 dauerte sie für eine vollzeiterwerbstätige Person 41.7 Stunden und übertraf damit den EU-Schnitt um fast 100 Minuten. Darin nicht inbegriffen sind die Überstunden, wovon pro Beschäftigten noch einmal jährlich 40 Stunden anfallen. Nur in einem Land wird länger geschuftet als in der Schweiz: In Grossbritannien, wo unter den Regierungen Thatcher und Major das Rad des Fortschritts zurückgedreht und die Arbeitszeit wieder verlängert wurde. Im Gegensatz dazu können sich italienische oder französische Beschäftigte über wesentlich kürzere Arbeitszeiten freuen. Ihre Arbeitswochen enden drei Stunden früher als in der Schweiz.

Die Zahlen für Dänemark und Luxemburg zeigen, dass sich auch Länder mit einem ebenso hohen pro-Kopf Einkommen wie die Schweiz deutlich kürzere Arbeitszeiten leisten. Die Erwerbstätigen in der Schweiz sind, in anderen Worten, vergleichsweise arm an freier Zeit. Dafür sind die wirtschaftlich düsteren 90er Jahre mitverantwortlich. Zwar wurde zwischen 1990 und 1999 die Arbeitsproduktivität um beinahe 15% gesteigert. Dies bedeutet, dass in 34 Arbeitsstunden gleich viel hergestellt wird, wie vorher in 40 Stunden produziert wurde. Dennoch ging die wöchentliche Arbeitszeit in der gleichen Periode nur um 24 Minuten zurück – so wenig wie in keinem Jahrzehnt seit 1890, als die Arbeitswoche noch 63.7 Stunden dauerte.

Dieser Stillstand in den Arbeitszeiten lässt sich auch in den Gesamtarbeitsverträgen beobachten. In vielen Branchen ist die letzte vertragliche Reduktion der Arbeitszeit – trotz oft riesigen Produktivitätsfortschritten – schon lange

her: in der Graphischen Industrie seit 1980, in der Maschinenindustrie seit 1986, in der Uhrenindustrie seit 1988 und in der Basler Chemie seit 1990. Anlässlich der Volksinitiative zur Arbeitszeit verkündeten die Arbeitgeber, die Verkürzung der Arbeitszeit sei nicht Sache des Gesetzgebers, sondern der Sozialpartner. Unsere Grafik zeigt, dass es höchste Zeit ist, sie an dieses Versprechen zu erinnern.

(Daniel Oesch, 4.7.2003)



Quelle: Bundesamt für Statistik; Eurostat.

4. Arbeitslosigkeit

4.1 Von echtem Arbeitskräftemangel ist die Schweiz noch weit entfernt

Vor knapp zwei Jahren begann der Konjunkturaufschwung auch den Arbeitsmarkt zu erfassen. Seither nimmt die Beschäftigung zu und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Doch obwohl nach wie vor rund 130'000 Personen als arbeitslos registriert sind und die Arbeitslosenquote für Schweizer Verhältnisse mit mehr als 3% ziemlich hoch ist, gibt es bereits Stimmen, welche von Arbeitskräftemangel warnen. Dies vor allem aus dem Arbeitgeberlager.

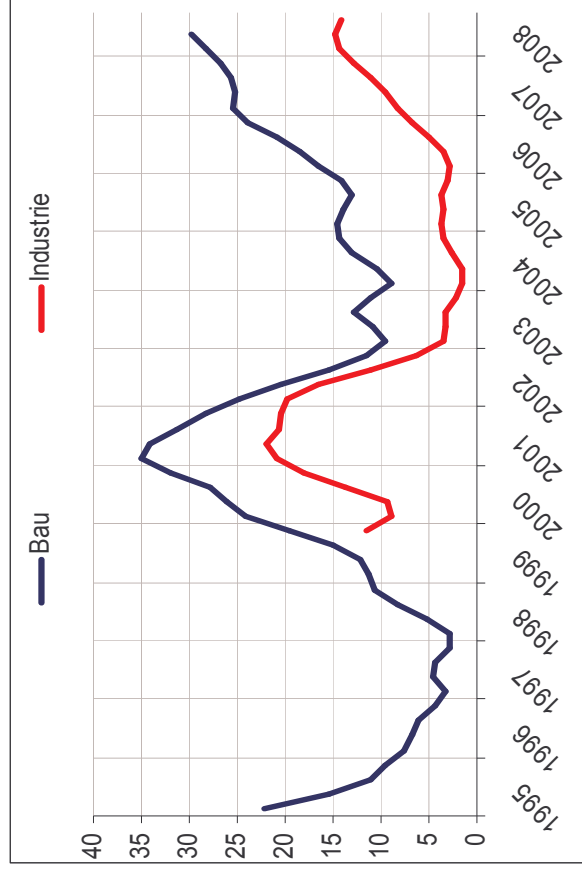
Ein Blick in die verfügbaren Statistiken zeigt, dass es für einige Unternehmen wegen der sinkenden Arbeitslosigkeit zwar etwas schwieriger geworden ist, geeignetes Personal zu finden. Die Rekrutierungsprobleme sind im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen aber noch gering: Die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) fragt Unternehmen im Baugewerbe und in der Industrie seit mehreren Jahren, ob ihre Geschäftstätigkeit durch Arbeitskräftemangel behindert wird. Wie die Grafik zeigt, sind die entsprechenden Statistiken zwar gestiegen - der Problemdruck ist aber noch viel geringer als in den Jahren 2000 und 2001. Hätten wir Daten für die späten 1980er Jahre, ergäbe dies noch ein deutlicheres Bild. Denn dazumal war es für zahlreiche Schweizer Firmen tatsächlich schwierig, Leute zu finden. Von echtem Arbeitskräftemangel ist die Schweiz heute also noch weit entfernt.

Volkswirtschaftlich gesehen ist ein gewisses Mass an Arbeitskräftemangel sogar gesund. Wenn es schwieriger wird, Stellensuchende mit der gewünschten Ausbildung zu finden, müssen die Firmen neu eingestelltes Personal vermehrt wieder selber ausbilden. Das hat den Vorteil, dass weniger Geld in Ausbildungen investiert wird, die auf dem Arbeitsmarkt dann wenig

oder nichts wert sind. Denn wenn die Unternehmen direkt ausbilden, kommen die Stellensuchenden zu Qualifikationen, die auch gebraucht werden. Dementsprechend erhalten sie auch einen höheren Lohn. Probleme ergeben sich erst dann, wenn die Unternehmen Leute einstellen müssen, welche für die Arbeiten grundsätzlich ungeeignet sind. Das ist aber momentan noch nicht der Fall.

(Daniel Lampart, 23.2.2007)

Firmen mit Arbeitskräftemangel als Produktionshemmnis



Quelle: KOF-Konjunkturumfrage, in %

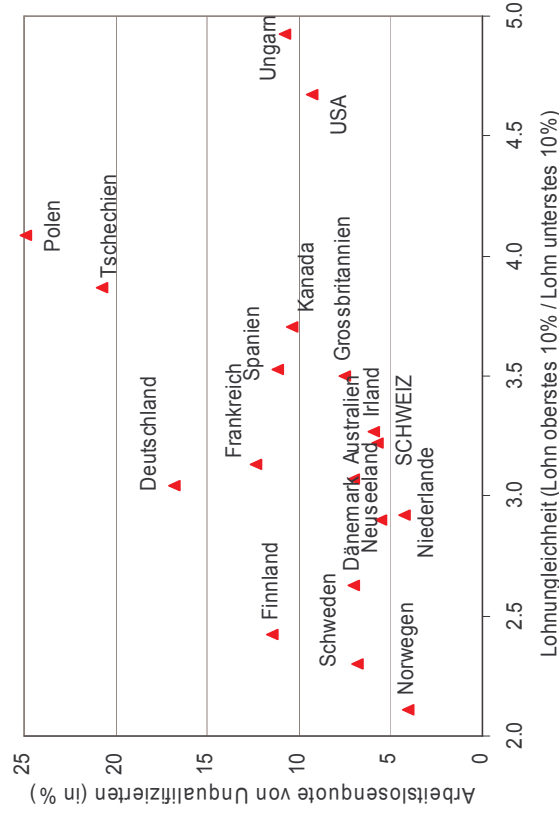
4.2 Lohnungleichheit hilft nichts und niemandem

Die Bürde der Arbeitslosigkeit lastet besonders schwer auf den Schultern der wenig qualifizierten Beschäftigten. Ihre Arbeitslosenquote liegt in der Schweiz 2.1 Mal höher als diejenige von Beschäftigten mit Berufsbildung und gar 2.8 Mal höher als diejenige von Hochschulabgängern. Einige Wirtschaftsjournalisten glauben, ein wirksames Rezept gegen dieses Problem gefunden zu haben: Unsere Arbeitsmärkte müssten mehr Ungleichheit zulassen. Nur wenn die Löhne der wenig qualifizierten Stellensuchenden abgesenkt werden, finden diese in Dienstleistungsökonomien eine Anstellung. Laut dieser These kann ein Land zwischen Vollbeschäftigung oder Gleichheit wählen. Beides zusammen gibt es nicht. Diese These ist nicht nur unerfreulich, sondern zum Glück auch falsch. Ein Blick auf die Daten zeigt, dass in Ländern mit tiefer Lohnungleichheit die Arbeitslosenquote der Unqualifizierten nicht höher liegt. Im Gegenteil: besonders niedrig ist die Arbeitslosigkeit in Norwegen, den Niederlanden oder Dänemark, drei Ländern mit hoher Gleichheit. Im Vergleich zu diesen Ländern liegt die Arbeitslosigkeit der Unqualifizierten in Polen, Tschechien oder der USA wesentlich höher, obwohl hier die Lohnschere weit auseinanderklafft. Warum erfreut sich eine These, die quer zu den Fakten liegt, so grosser Beliebtheit? Der Grund liegt darin, dass sich viele Beobachter auf den simplen Vergleich zwischen den USA und Deutschland beschränkt. Im Vergleich zu Deutschland hatte die USA in den letzten zehn Jahren eine sehr positive Beschäftigungsentwicklung. Da lag es für manche nahe, die relativ hohe Ungleichheit für den amerikanischen Erfolg verantwortlich zu machen. Anders als in Deutschland sind Gesamtarbeitsverträge in den USA selten und die Einstiegslohne sehr tief. Nun hätte

jedoch ein Blick auf die Skandinavischen Staaten oder die Benelux-Länder genügt, um zu verstehen, dass Gesamtarbeitsverträge und hohe Mindestlohnlöhne in keinerlei Widerspruch zur Vollbeschäftigung stehen.

(Daniel Oesch, 25.1.2007)

Tiefere Lohnungleichheit geht nicht mit höherer Arbeitslosigkeit einher



Quelle: OECD (2007)

4.3 Hohe Arbeitslosigkeit behindert Integration von AusländerInnen

Bei der Integration von Menschen in die Gesellschaft spielt die Arbeitswelt eine sehr wichtige Rolle. Wer arbeitslos ist, muss nicht nur um sein Einkommen fürchten, sondern wird auch das Beziehungsnetz am Arbeitsplatz vermissen und sich unter Umständen sogar um seine Anerkennung als Mitglied der Gesellschaft überhaupt sorgen. Aus diesem Grund ist der Arbeitsplatz auch ein bedeutender Ort für die Integration von AusländerInnen.

Umso bedenklicher ist es deshalb, dass AusländerInnen weit häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als SchweizerInnen. Dadurch wird es ihnen erschwert, ihren Platz in der Schweizer Gesellschaft zu finden. Im Sommer 2006 beispielsweise betrug die Arbeitslosenquote bei SchweizerInnen bei 2.4 Prozent gegenüber 5.5 Prozent bei den AusländerInnen. Gründe für dieses höhere Arbeitslosigkeitsrisiko der AusländerInnen gibt es einige. Sie arbeiten häufiger in Branchen, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist wie zum Beispiel im Gastgewerbe oder in der Reinigung. Und sie sind in Berufen tätig, in denen die Gefahr grösser ist, arbeitslos zu werden als in anderen. Zu nennen sind hier beispielsweise handwerkliche Tätigkeiten.

Das Schlimmste aber ist: AusländerInnen sind auch unabhängig von diesen Faktoren von Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Rein die Tatsache, eine ausländische Herkunft zu haben, erhöht das Arbeitslosigkeitsrisiko erheblich. Gemäss einer Studie im Auftrag des Seco ist das Risiko für eine eingewanderte Person mit Niederlassungsbewilligung C 35 Prozent höher, arbeitslos zu werden. Selbst eingebürgerte AusländerInnen, welche in der Schweiz geboren sind, sind unabhängig von ihrer Ausbildung und ihrer Tä-

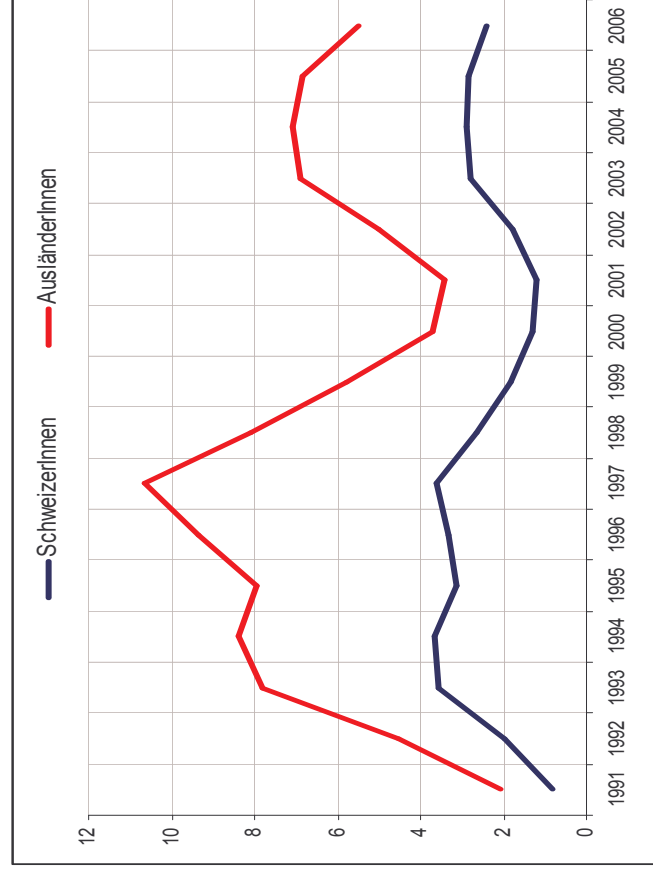
tigkeit mehr als 30 Prozent häufiger ohne Stelle.

Diese Diskriminierung in der Arbeitswelt ist ein gravierendes Integrationshindernis. Auch Menschen mit ausländischer Herkunft brauchen sichere Arbeitsplätze, damit sie in der Schweizer Gesellschaft ihren Platz finden können.

(Daniel Lampart, 17.11.2006)

Arbeitslosenquote nach Herkunft

(in %, Quelle: Seco)



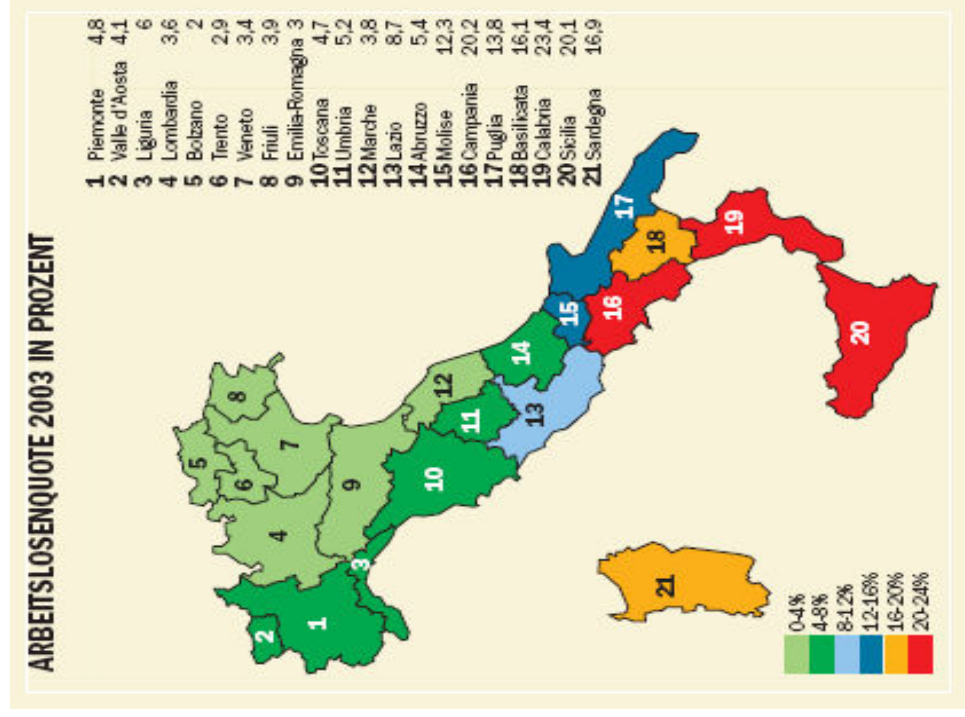
4.4 Polnische Arbeitslosenzahlen für die Schweiz?

Bringt die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit der Schweiz polnische Arbeitslosenzahlen? So argumentieren die Gegner der Vorlage und verweisen darauf, dass die Arbeitslosenquoten in der Schweiz unter 4 Prozent liegen, in Polen über 18 Prozent. Dabei vergessen sie jedoch, dass Arbeitsmärkte nicht wie kommunizierende Röhren funktionieren. Dies zeigen die Erfahrungen der Länder der Europäischen Union (EU) deutlich. Nehmen wir das Beispiel Luxemburg: Dieses kleine, reiche Land kennt die Personenfreizügigkeit mit Belgien, der Niederlande, Frankreich, Deutschland und Italien seit 1968. Trotzdem liegt die Arbeitslosenquote unter vier Prozent, während sie in der angrenzenden französischen Region Lothringen zehn, in der belgischen Nachbarregion Lüttich gar elf Prozent beträgt. Ein Blick auf Italien zeigt, dass sich die Arbeitslosenzahlen selbst innerhalb desselben Landes nicht angleichen. In Kalabrien und Sizilien liegen die Arbeitslosenquoten bei über 20 Prozent, während sie im Südtirol und in Emilia-Romagna drei Prozent betragen.

Zwei Gründe erklären diese beständigen Unterschiede. Erstens sind Arbeitssuchende international nur wenig mobil: Niemand verlässt gerne seine Heimat, Verwandten und Freunde. Sprach- und Kulturbarrieren überschreit man nur, wenn man eine sichere Aussicht auf eine Stelle hat – und dann führt die Einwanderung im Gastland zwar zu höherer Beschäftigung, nicht aber zu höherer Arbeitslosigkeit. Zweitens sind zusätzliche Arbeitskräfte wirtschaftlich nicht eine Belastung, sondern ein wichtiger Produktionsfaktor: Das Wohlergehen der Schweizer Wirtschaft hängt seit der Nachkriegszeit unmittelbar vom Nachschub an einsatzbereiten Migrantinnen und Migranten ab.

Nur dank der massiven Einwanderung von Arbeitskräften ist die Schweiz geworden, was sie heute ist: ein reiches und wirtschaftlich offenes Land.

(Daniel Oesch, 2.9.2005)



4.5 Auch die Langzeitarbeitslosigkeit ist konjunkturell

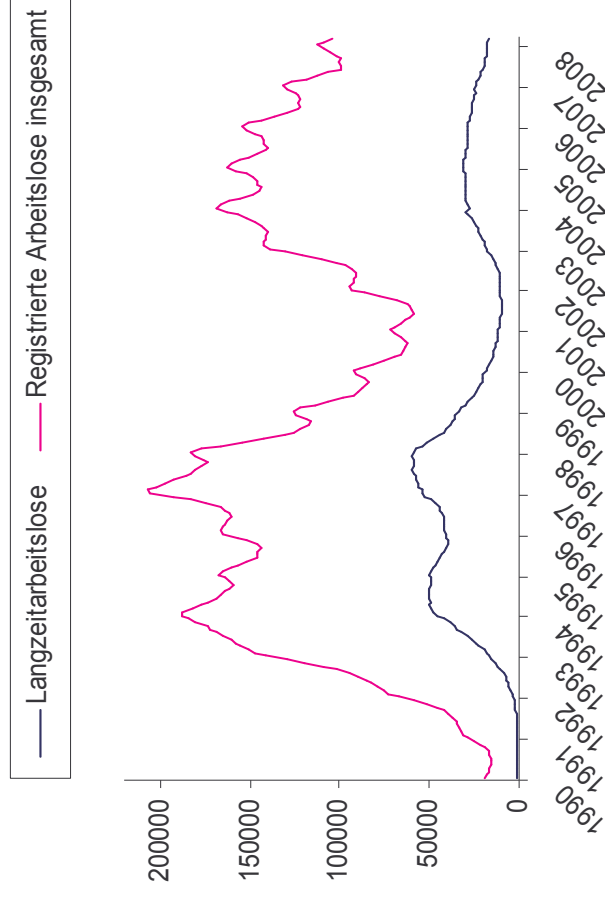
Die Arbeitslosigkeit ist vor allem deswegen stark angestiegen, weil sich die konjunkturelle Lage verschlechtert hat. Darüber ist man sich in der Schweiz wohl einig. Die steigende Zahl der Langzeitarbeitslosen wird hingegen oft anders beurteilt, wie die Erfahrung der neunziger Jahre zeigt. Vor allem von bürgerlicher Seite wird behauptet, dass die Langzeitarbeitslosigkeit bei einem konjunkturellen Aufschwung nur zu einem geringen Teil verschwinden würde. Sie habe strukturelle Ursachen. Die Langzeitarbeitslosen seien zu anspruchsvoll. Sie würden eine Stelle suchen, für die sie nicht ausreichend qualifiziert seien. Um sie zu zwingen, eine schlechter bezahlte Stelle anzunehmen, müsse die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld verkürzt werden. Diese wurde bei der Revision der Arbeitslosenversicherung in der Folge von zwei auf 1,5 Jahre reduziert.

Diese Behauptung wird durch die offizielle Arbeitslosenstatistik jedoch nicht gestützt. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit ist vor allem abhängig von der Konjunktur. Verbessert sich die konjunkturelle Lage, nimmt die Zahl der Langzeitarbeitslosen zügig ab, wie dies im Aufschwung 1998 der Fall war. Einerseits werden weniger Personen langzeit-arbeitslos, weil die Unternehmen wieder mehr Arbeitskräfte brauchen. Andererseits finden bereits Langzeitarbeitslose wieder eine Stelle. Die Zahl der Aussteuerungen geht in der Folge nach und nach zurück.

Überhaupt stimmt das Argument mit der unzureichenden Qualifikation so nicht. Eine in Rezessionszeiten „falsche“ Qualifikation ist nämlich im Aufschwung oft kein Handicap mehr. Denn wenn der Arbeitsmarkt anzieht, be-

ginnen die Arbeitgeber wieder zunehmend Arbeitskräfte selber auszubilden. Während sie in der Rezession die Weiterbildung von Arbeitskräften den Arbeitsämtern aufbürden, zwingt sie der drohende Arbeitskräftemangel dazu, wieder selber in die Qualifikation von Arbeitskräften zu investieren. Eine langzeit-arbeitslose Person findet dann wieder Arbeit, ohne dass sich ihre Qualifikation wesentlich verändert hat.

(Daniel Lampart, 30.5.2003)



Quelle: secO

5. Beschäftigungsstruktur

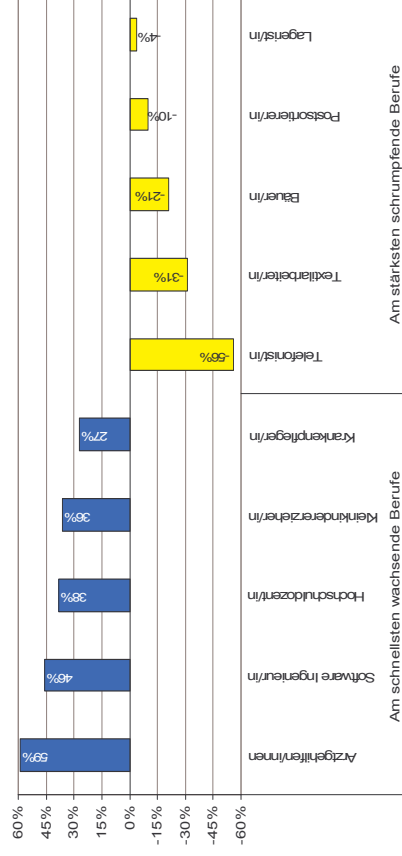
5.1 Berufe von Morgen: Wachstum an den Extremen?

Der technische Fortschritt und die internationale Arbeitsteilung werden auch künftig ihre Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Eine Projektion des Amerikanischen Arbeitsministeriums gibt Aufschluss darüber, welche Berufe aus diesen Umwälzungen als Gewinner und welche als Verlierer hervorgehen werden. In drei Berufsgruppen wird eine besonders starke Beschäftigungszunahme erwartet. An erster Stelle kommen die Pflegeberufe. Der zunehmende Wohlstand und die demographische Alterung führen – in den U.S.A. wie in der Schweiz – zu einer verstärkten Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen; die Zahl der Krankenschwestern, Arzthelferinnen und Hilfspfleger wird unverändert steigen. Eine zweite Berufsgruppe umfasst Informatiker/innen. Diese stehen im Zentrum des technischen Wandels und werden mit ihren Computern und Robotern weiterhin Bürokräfte und Produktionsarbeiter/innen ersetzen. Schliesslich erwarten die amerikanischen Statistiker auch eine starke Beschäftigungszunahme in der ganzen Bandbreite der Lehrberufe, vom Kleinkinderzieher bis zur Hochschuldozentin. Bei den abnehmenden Berufsgruppen finden wir nicht nur die seit Jahren schrumpfenden Kategorien der Bauern und Industriearbeiter/innen. Im Zeitalter des Internets gerät auch das Backoffice unter Druck. Der technische Fortschritt in der Datenverarbeitung und Kommunikation führt zu Einschnitten bei typischen Büroberufen wie den Sekretärinnen, Postsortierern und Telefonistinnen. Interessanterweise handelt es sich bei den abnehmenden Kategorien im Büro und der Industrie um typische Durchschnittsberufe, was Lohn und Ausbildungsniveau anbelangt. Im Gegensatz dazu spielt sich das Beschäftigungswachstum an den Extremen ab: Neben hoch qualifizierten Oberschwestern und IT-Ingenieuren nimmt auch die Zahl der bescheiden entlohnten Pflegeassistentinnen und privaten Sicherheitsleute zu. Der postindustrielle Arbeitsmarkt wird wohl von stärkeren Gegensätzen geprägt sein, als dies für die Industriegesellschaft üblich war.

Für die Gewerkschaften bedeutet dies eine besondere Herausforderung. Einerseits müssen sie neue Antworten für die Organisation und Interessensvertretung der gut qualifizierten neuen Mittelschichten entwickeln. Hier spielen Fragen der Berufs- und Weiterbildung sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine wachsende Rolle. Andererseits wird ihnen die Arbeit in den wenig qualifizierten Dienstleistungen nicht ausgehen. Hier werden gerechte Löhne und planbare Arbeitszeiten weiterhin im Zentrum ihres Einsatzes stehen müssen. In diesen oft prekären Berufen kommt der gewerkschaftlichen Tätigkeit auch eine entscheidende Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhang zu: Digitalisierung und Globalisierung dürfen nicht zu einem verstärkten Ausfransen des unteren Randes des Arbeitsmarkts führen.

(Daniel Oesch, 19.10.2007)

Erwartete Beschäftigungsentwicklung verschiedener Berufe in den USA von 2002 bis 2012



Lesebeispiel: Zwischen 1992 und 2005 hat die Zahl der Manager/innen um 50'000 zugenommen.

Quelle: Daniel Hecker, Monthly Labour Review, Februar 2004

5.2 Lehrstellensuche: Peter oder Afrim – Jugendliche „Secondos“ benachteiligt

Die Lehrstellensuche für den Herbst ist bereits voll im Gange. Obwohl der Konjunkturaufschwung dazu geführt hat, dass die Zahl der angebotenen Lehrstellen leicht zugenommen hat, gibt es nach wie vor zu wenig davon. Zahlreiche Jugendliche werden auch dieses Jahr nach der Schule keine Berufsausbildung beginnen können.

Für viele junge Erwachsene kommt erschwerend hinzu, dass sie an dieser wichtigen Schnittstelle zur nächsten Ausbildungsphase diskriminiert werden. Besonders hart trifft es Jugendliche aus Familien ex-jugoslawischer Herkunft, wie die Ergebnisse einer Studie vom Schweizerischen Forum für Migration- und Bevölkerungsstudien (SFM) zeigen. Oft werden sie erst gar nicht an ein Vorstellungsgespräch eingeladen. Die Arbeitgeber rechtfertigen dies regelmässig mit fehlenden Qualifikationen der Bewerberinnen und Bewerber. Die Studie von SFM zeigt aber, dass allein schon ein untypisch schweizerischer Name auf dem Bewerbungsschreiben Grund für eine Absage sein kann. So wurde bei 133 praktisch identisch erfundenen Bewerbungen in 79 Fällen der erfundene Kandidat „Peter“, nicht aber der ebenfalls erfundene Kandidat „Afrim“ eingeladen. Das bedeutet nichts anderes, als dass 59 Prozent der Personen mit ex-jugoslawischem Hintergrund bei der Besetzung der Stellen diskriminiert werden.

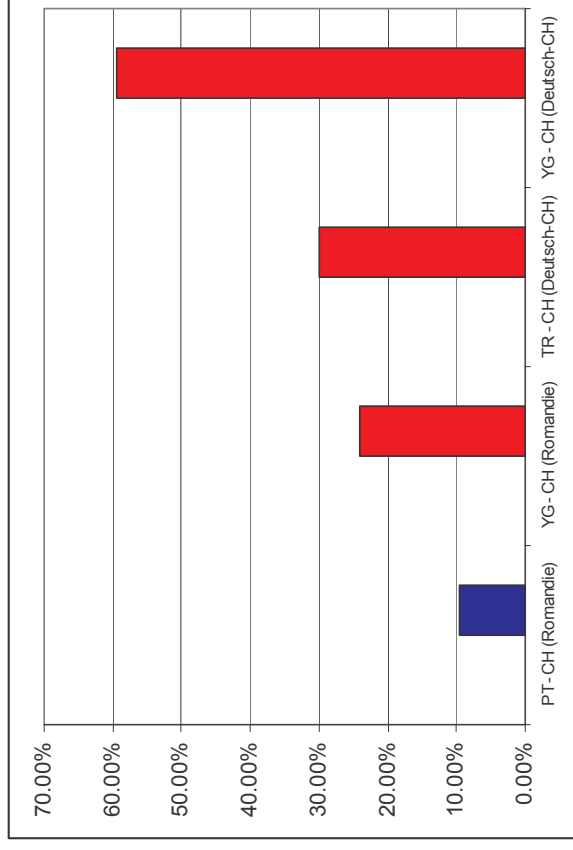
Bei einer solch unseriösen Selektion von Arbeitskräften spielen Zeugnisse, Noten und andere Qualifikationen offensichtlich nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Folgen für die Betroffenen sind leicht vorstellbar. Langfristig

wirkt sich die Diskriminierung aber auch negativ auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft allgemein aus.

Die Schweizer Gesellschaft darf sich eine Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten nicht leisten. Deshalb könnte die Wirtschaft für einmal durchaus von den USA lernen. Dort ist nämlich üblich, dass die Lebensläufe bei Bewerbungen keine persönlichen Angaben enthalten dürfen.

(Manuela Bruderer, 26.4.2007)

Diskriminierungsquote nach Herkunft



Lesebeispiel: Knapp 60% der jungen Bewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien (YG) sind in der Deutschschweiz diskriminiert.

Quelle: Swiss Forum For Migration and Population Studies, 2003

5.3 Veränderung der Berufsstruktur: mehr Chefs, weniger Bueezer?

Seit Karl Marx stellen sich Soziologen die Frage nach der Entwicklung der Beschäftigungsstruktur: Findet eine Proletarisierung statt oder gehen wir in Richtung einer immer besser qualifizierten Berufsstruktur? Die Daten für die Schweiz zeigen, dass in den letzten 15 Jahren vor allem die hoch qualifizierten Berufsgruppen gewachsen sind. Heute tummeln sich auf dem Arbeitsmarkt 300'000 Manager und Wissenschaftler mehr als noch zu Beginn der neunziger Jahre. Demgegenüber ist die Zahl der ungelerten Hilfskräfte stark geschrumpft. Auch die gelernten Beschäftigten im Büro, der Produktion und dem Handwerk sind seltener geworden.

Die Proletarisierung hat nicht stattgefunden. Beobachten wir nun aber eine Aufwertung oder eine Polarisierung der Berufsstruktur? Stabile, korrekt bezahlte Stellen im Sekretariat und der Industrie sind weggefallen. Zugleich sind in den sozialen und persönlichen Dienstleistungen neue Stellen mit häufig prekären Arbeitsbedingungen geschaffen worden. Untersuchungen aus den USA und Grossbritannien sprechen folglich von einer polarisierten Wandel der Arbeitsstruktur: Starkes Wachstum in den privilegierten akademischen Berufen, Rückgang in den Büro- und Handwerksberufen, schwaches Wachstum in den personenbezogenen Dienstleistungen.

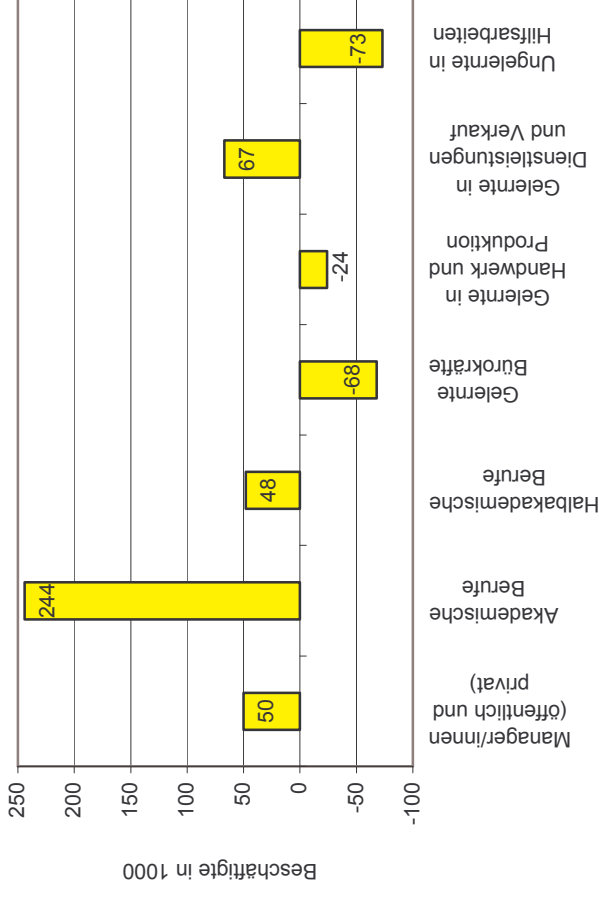
Dieser Wandel der Beschäftigungsstruktur hat wenig mit Globalisierung und viel mit Technologie zu tun. Maschinen und Computer übernehmen jene Tätigkeiten, die voraussehbar und folglich programmierbar sind. Dies trifft vor allem auf die Produktion von Gütern sowie die Verarbeitung von Daten zu.

Dagegen scheitern Computer bis heute an Tätigkeiten, die die Fähigkeit ei-

ner Hand-Augen-Koordination voraussetzen. So baut ein Roboter zwar ein Auto zusammen. Eine Wohnung putzen, einen Patienten waschen oder einen Gast bedienen kann er jedoch nicht. Deshalb scheint die These der Polarisierung nicht abwegig: Neben Managern und Wissenschaftlern werden auch einfache Dienstleistungsberufe weiter wachsen.

(Daniel Oesch, 5.4.2007)

Beschäftigungszu- und abnahme verschiedener Berufsgruppen zwischen 1992 und 2005 (in 1000)



Lesebeispiel: Zwischen 1992 und 2005 hat die Zahl der Manager/innen um 50'000 zugenommen.

Quelle: Bundesamt für Statistik (SAKE, verschiedene Jahre)

5.4 Wandel in der Branchenstruktur, Wandel in den Gewerkschaften

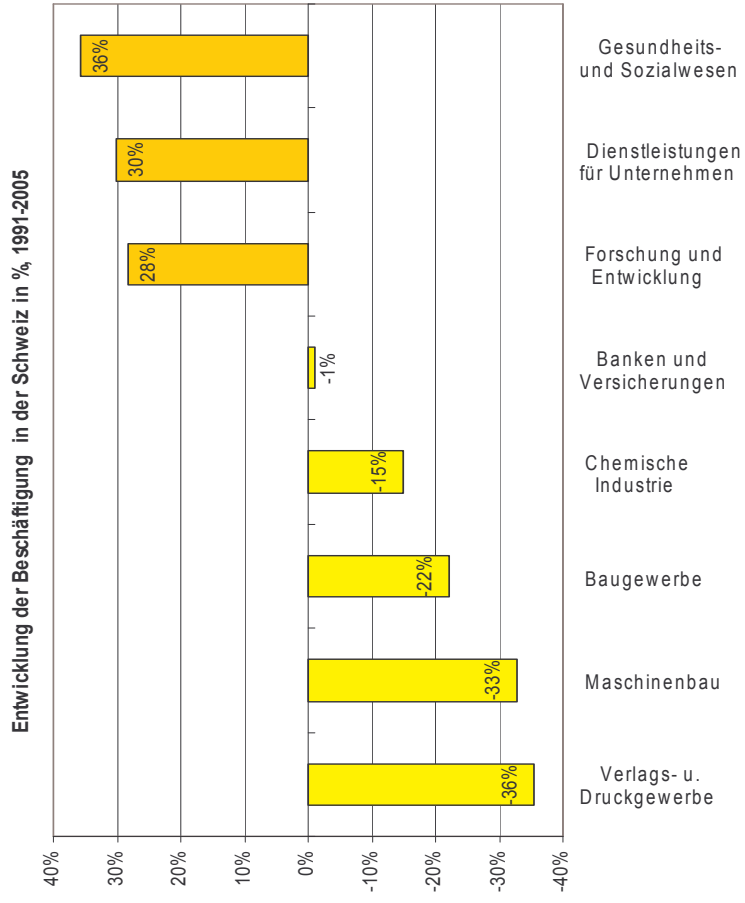
Die lange Wirtschaftskrise der neunziger Jahre hatte riesige Beschäftigungsverluste zur Folge. Zwischen 1991 und 1997 schrumpfte die Zahl der Lohnabhängigen in der Schweiz um 300'000. Mitte 2006 liegt die Zahl der Arbeitsplätze noch immer unter dem Stand von 1991. Der Strukturwandel hat zugleich zu riesigen Verschiebungen in der Beschäftigung zwischen den Branchen geführt. Mit Ausnahme der Herstellung von Uhren und medizinischen Präzisionsinstrumenten ist die Beschäftigung zwischen 1991 und 2006 in allen Industriebranchen gesunken. Im Druck und dem Maschinenbau ist ein Drittel der Arbeitsplätze verschwunden. Etwas geringer fiel der Beschäftigungsrückgang im Bau und dem Detailhandel (-20%) sowie der Chemie (-15%) aus.

Aber nicht alle Branchen gehörten beschäftigungsmässig zu den Verliererinnen. So sind im Gesundheits- und Sozialwesen (plus 36 Prozent) sowie dem Unterrichtswesen (plus 22 Prozent) viele neue Stellen geschaffen worden. Stark zugenommen hat die Beschäftigung auch in der Forschung und Entwicklung, den Dienstleistungen für Unternehmen sowie, vor allem, der Informatik: In dieser Branche hat sich die Beschäftigung zwischen 1991 und 2006 mehr als verdoppelt.

Diese Umbrüche stellen die Gewerkschaften vor grosse Herausforderungen. Traditionell gut organisierte Bereiche in der industriellen Produktion und dem Gewerbe verlieren an Gewicht. Zugleich entstehen neue Arbeitsplätze in hoch qualifizierten Dienstleistungsbranchen, in welchen Arbeitnehmerverbände nur schwach verankert sind. Die Gewerkschaften haben auf diese

Veränderungen mit zwei Antworten reagiert. Einerseits haben sie Aufbau-
projekte für neue Branchen entwickelt – und teils bereits auch umgesetzt.
Andererseits haben sie die Zusammenarbeit mit den Berufs- und Angestell-
tenverbänden verstärkt. Als Folge davon ist in den letzten Jahren eine Reihe
von neuen Verbänden dem SGB beigetreten.

(Daniel Oesch, 15.12.2006)



Quelle: Bundesamt für Statistik.

6. Wirtschaftspolitik

6.1 Dänemark: Erfolgreich dank Verzicht auf neoliberale Rezepte

Der Boom der dänischen Wirtschaft in den 1990er Jahren gehört zu den wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten der letzten Jahre in Europa. Die Arbeitslosenquote sank von fast 10 Prozent im Jahre 1993 auf rund 4 Prozent. Das ist deutlich weniger als der EU-Durchschnitt. Dabei tat Dänemark unter seiner sozialdemokratischen Regierung in den 1990er Jahren fast alles, was nach neoliberalen Rezepten zu mehr Arbeitslosigkeit führen müsste: Dänemark betreibt eine antizyklische Finanzpolitik und hat ein stattliches Lohnwachstum. Und Dänemark hat einen ausgebauten Sozialstaat und eine Arbeitslosenversicherung mit überdurchschnittlich guten Leistungen.

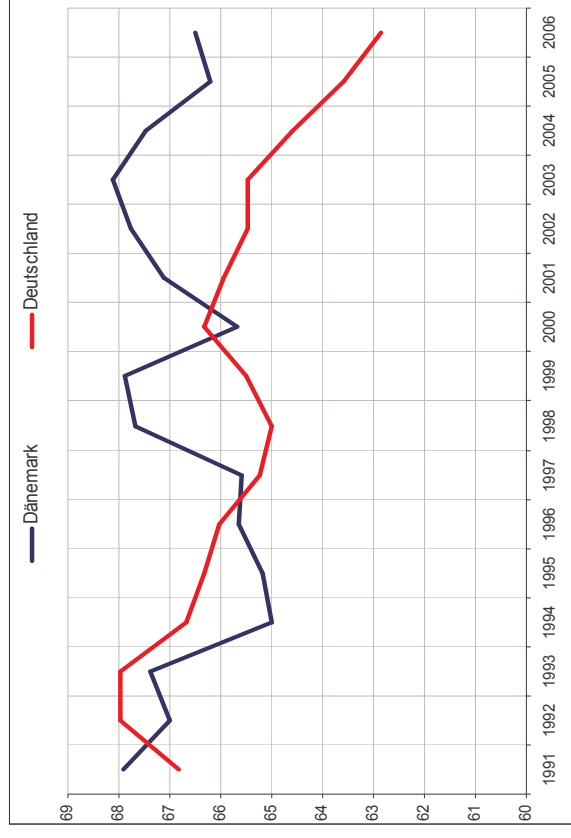
Hauptgrund für die sinkende Arbeitslosigkeit in Dänemark ist die gute Konjunktur- und Lohnpolitik. Der dänische Staat hat die Konjunktur im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Ländern in der Rezession Anfang der 1990er Jahre angekurbt. Das führte zwar vorübergehend zu höheren Defiziten, half der dänischen Wirtschaft aber aus dem Konjunkturtal. Erst als die Wirtschaft wieder Tritt fasste, nahm sich der dänische Staat zurück. Die Triebkraft war nun der Konsum. Denn weil die Löhne stiegen, konnten die DänInnen mehr konsumieren. Und das ist gleichzeitig der zweite Unterschied zu Ländern wie Deutschland, die ihre Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren nicht herunterbrachten. Deutschland folgte den neoliberalen Rezepten und verordnete eine „Lohnzurückhaltung“: Die ArbeitnehmerInnen leisteten zwar mehr, erhielten aber real nicht mehr Lohn. Folglich sank ihre Kaufkraft. In Dänemark hingegen stiegen die Löhne zusammen mit der Produktivität. Das lässt sich an der Lohnquote, dem Anteil der Löhne am

Bruttoinlandprodukt (BIP) ablesen. Während dieser Anteil in Deutschland abnahm, hielten die Löhne in Dänemark mit dem BIP Schritt. Die Deutschen, welche über tiefere Löhne die Beschäftigung erhöhen und die Arbeitslosigkeit senken wollten, haben ihr Ziel weit verfehlt. Die Dänen hingegen, welche die Löhne im Einklang mit der Produktivität steigen liessen, hatten Erfolg.

(Daniel Lampart, 2.11.2007)

Lohnquote

(Löhne in Prozent des Bruttoinlandproduktes)



Quelle: Ameco, eig. Berechnungen

6.2 Schlechtes Zeugnis für die Schweizer Konjunkturpolitik

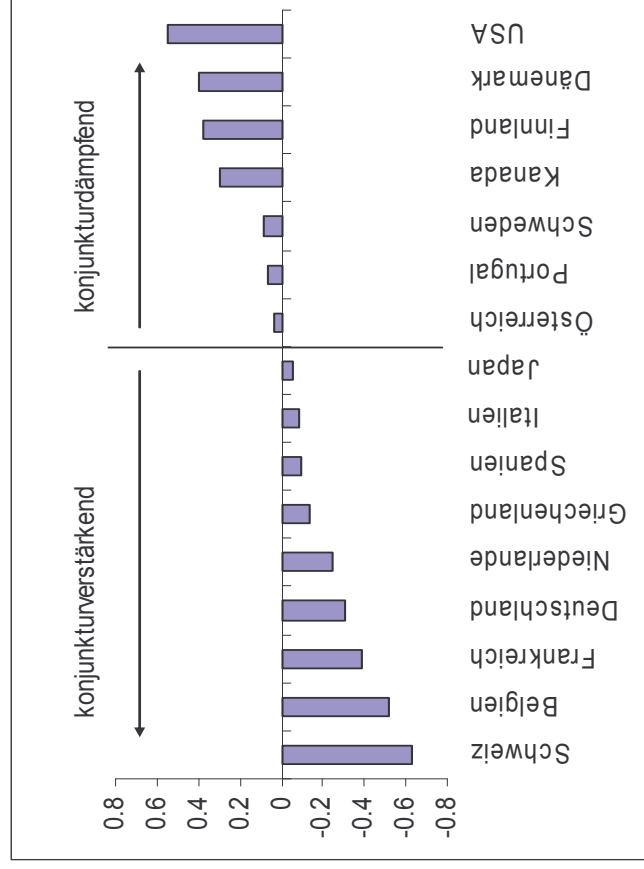
Die Schweizer Bundesverfassung schreibt Bund, Kantonen und Gemeinden vor, dass sie mir ihren Einnahmen und Ausgaben die Konjunkturschwankungen nicht verstärken dürfen. Sie müssen eine konjunkturgerechte Finanzpolitik betreiben. Für den Bund sind die Vorgaben sogar noch strenger. Im Gesetz über die Vorbereitung der Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung steht, dass der Bund seine Ausgaben antizyklisch tätigen soll. Wie die Geschichte zeigt, wurden diese gesetzlichen Vorschriften jedoch schlecht eingehalten. Bund, Kantone und Gemeinden haben mit ihrer Finanzpolitik die Konjunkturschwankungen in der Vergangenheit eher verstärkt als gedämpft. Die Finanzpolitik war tendenziell prozyklisch. In der Hochkonjunktur wurden die Ausgaben erhöht und die Steuern gesenkt. In konjunkturellen Schwächephasen hingegen wurden Sparmassnahmen beschlossen. Die Ausgaben wurden zurückgefahren, die Steuersätze erhöht oder es wurden sogar neue Steuern eingeführt. Gemäss der Prognose der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich wird die öffentliche Hand auch im Jahre 2006 der Konjunktur einen negativen Impuls geben.

Wie scheidet die Schweizer Finanzpolitik aus konjunktureller Sicht im internationalen Vergleich ab? Eine Studie der OECD stellt der Schweiz diesbezüglich ein schlechtes Zeugnis aus. In einer Gruppe von 16 Industriestaaten ist die Schweiz das Land, in dem der Staat mit seiner Einnahmen- und Ausgabenpolitik die Konjunkturschwankungen am meisten verstärkt. Oder mit anderen Worten: Wir sind sozusagen Weltmeister darin, wenn es darum geht, unsere konjunkturellen Probleme selber zu verschlimmern. Weitaus

besser schneiden die nordischen europäischen Staaten Dänemark und Finnland sowie die USA ab. So überrascht es wenig, dass diese Länder auch mit der letzten Konjunkturschwäche weniger Schwierigkeiten hatten als die Schweiz.

(Daniel Lampart, 11.11.2005)

Konjunkturelle Ausrichtung der Finanzpolitik (1980-2000)



Quelle: OECD

6.3 Eine innovative Wirtschaft braucht eine aktive Konjunkturpolitik

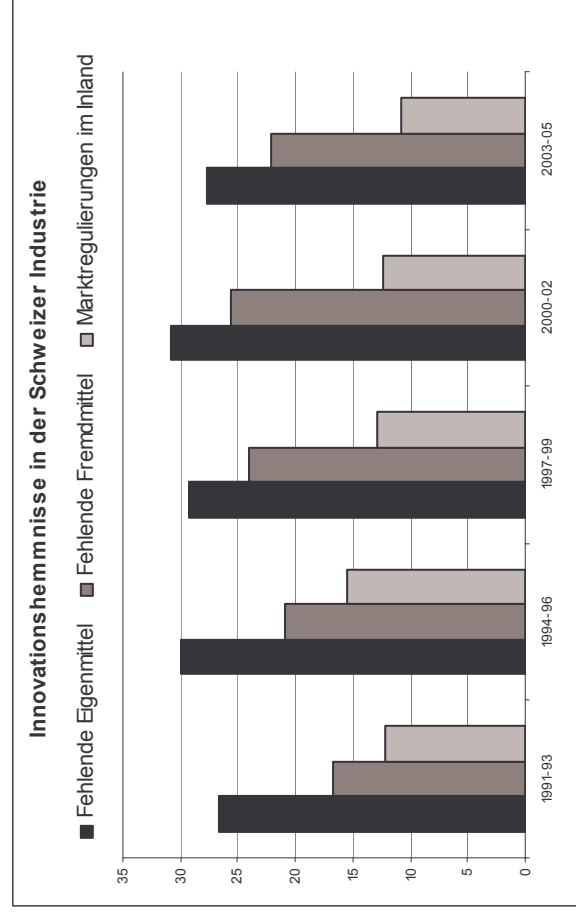
Das Wachstum einer Volkswirtschaft ist in hohem Masse abhängig von neuen Erfindungen, von sogenannten Innovationen. Um im kapitalistischen Wettbewerb bestehen zu können, sind die Unternehmen gezwungen, fortwährend neue Produkte hervor zu bringen. Die Schweizer Firmen sind in dieser Hinsicht Europameister. In keinem anderen europäischen Land war die Innovationsaktivität während der letzten fünfzehn Jahren höher als in der Schweiz, wie Untersuchungen der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) zeigen. Allerdings ist der Vorsprung zu den anderen Ländern geschmolzen. Die Unternehmen in Schweden, Finnland und Deutschland haben aufgeholt.

Diese Schilderung scheint gut ins allgemeine Lamento über die Schweizer Wachstumsschwäche zu passen. Üblicherweise folgt nun die Kritik der gestiegenen Staatsquote, der hohen Preise, des mangelnden Wettbewerbs. Doch die WissenschaftlerInnen der KOF haben geforscht. Sie kommen zu einem anderen, plausibleren Schluss. Im Rahmen einer alle drei Jahre durchgeführten Umfrage bei Schweizer Unternehmen wurde seit 1991 der Kapitalmangel immer häufiger als grösstes Hemmnis der Innovationsfähigkeit genannt. Staatliche Regulierungen hingegen haben als Innovationsbremse an Bedeutung verloren. Dieser häufigere Kapitalmangel ist gemäss den KOF-Forschern im Wesentlichen eine Folge der langen Konjunkturkrise der neunziger Jahre. Die schwache Güternachfrage – geprägt durch eine stellenweise eindeutig restriktive Geld- und Finanzpolitik – hat die Ertragslage der Unternehmen beeinträchtigt. Es konnten weniger Eigenmittel gebildet

werden. Und wenn die Eigenmittel fehlen, wird die Kreditaufnahme bei Banken schwieriger, so dass auch beim Fremdkapital Abstriche gemacht werden müssen. Dies wurde möglicherweise verstärkt durch eine restriktive Kreditpolitik der Banken.

Um die Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft zu erhalten und zu stärken, sollte deshalb die laufende Konjunkturschwäche möglichst rasch überwunden werden. Die Finanz- und Geldpolitik darf dabei die Fehler der neunziger Jahre nicht wiederholen. Weder innovativ noch zielführend sind Diskussionen über gestiegene Staatsquoten, über Deregulierungswiderstände usw.

(Daniel Lampart, 14.5.2004)



6.4 Wer die Staatsquote senken will, sollte aktive Konjunkturpolitik betreiben

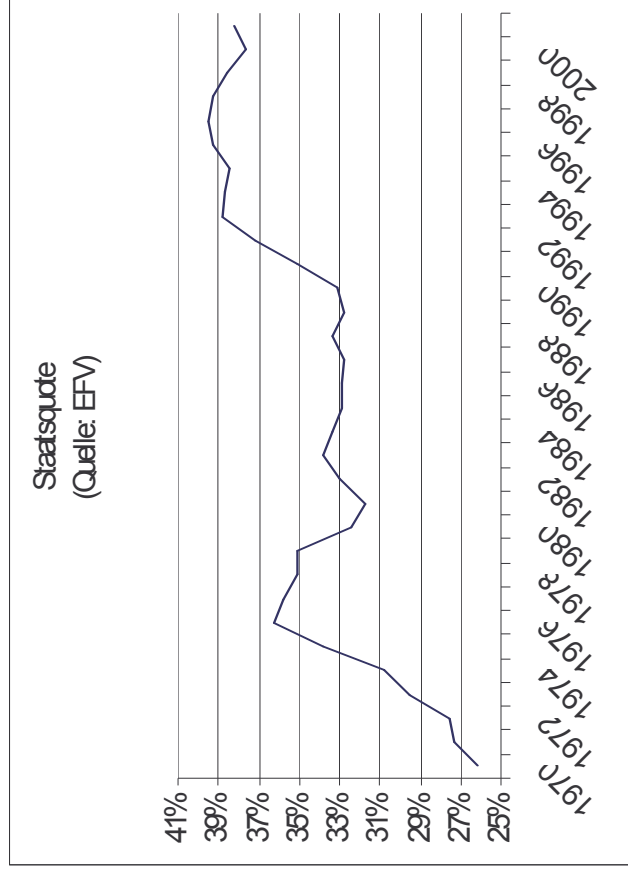
Die Ausgaben des Staates haben über die 90er stärker zugenommen als das Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Staatsquote, definiert als Staatsausgaben (inkl. Sozialversicherungen) geteilt durch das BIP, ist gestiegen. Dem Bundesrat und den Bürgerlichen ist dies ein Dorn im Auge. Sie wollen die Staatsausgaben kürzen, um die Staatsquote wieder zu senken. Dies, obwohl sie sogar zugeben müssen, dass die Höhe der Staatsquote keinen Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung hat. Wie die Geschichte zeigt, wären sie mit einer wirksamen Konjunkturpolitik besser beraten: Bei guter Konjunktur sinkt die Staatsquote von alleine.

Eine Quote kann man auf zwei Arten senken, entweder indem man die Zahl über dem Bruchstrich – hier die Staatsausgaben – verkleinert, oder indem man die Zahl unter dem Bruchstrich – das BIP – erhöht. Von 1991 bis 1996 stagnierte die Schweizer Wirtschaft. Das reale BIP erhöhte sich kaum. Die Arbeitslosigkeit hingegen stieg steil an und mit ihr die Sozialausgaben des Staates und der Sozialversicherungen. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung waren am Ende der Stagnationsphase mehr als fünfzehn Mal grösser als 1990. Auch die Invalidenversicherung wurde durch die Wirtschaftskrise belastet. Die Ausgaben verdoppelten sich nahezu. Und die Ausgaben der Fürsorge wuchsen jährlich im Durchschnitt um rund 10 Prozent. Rechnet man diesen Anstieg der Sozialausgaben aus den Staatsausgaben heraus, hätten diese wie das BIP nahezu stagniert.

Wirtschaftskrisen führen zu einem Anstieg der Staatsquote. Über dem Bruchstrich steigen die Staatsausgaben: Wegen der Arbeitslosigkeit müssen

Sozialversicherungen und Fürsorge viel mehr ausgeben. Das BIP unter dem Bruchstrich hingegen stagniert oder sinkt. Dies zeigt nicht nur die Entwicklung in den neunziger, sondern auch diejenige in den siebziger Jahren. Wer dies vermeiden will, setzt deshalb am Besten auf eine aktive Konjunkturpolitik. Im Gegensatz zur abstrakten Debatte über die Staatsquote macht dies auch volkswirtschaftlich Sinn: Die Arbeitslosigkeit sinkt.

(Daniel Lampart, 15.8.2003)



7. Preise

7.1 Wer günstigere Mieten will, muss mehr Wohnungen bauen

Die Wohnungsmieten (inkl. Elektrizität, Wasser etc.) sind in der Schweiz 77% teurer als im EU-Durchschnitt. Bei internationalen Preisvergleichen muss man aber immer aufpassen, dass nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden. In der Schweiz gehören Küchengeräte wie Kühlschrank oder Kochherd in der Regel zur Wohnungsausstattung, in Italien hingegen nicht. Auch die Bauweise (Lärmdämmung etc.) variiert nach Region. Ein weiterer Unterschied ist, dass die Schweiz beim subventionierten Wohnungsbau eher knausert. Ob all diese Unterschiede in den offiziellen Statistiken berücksichtigt sind, ist zu bezweifeln.

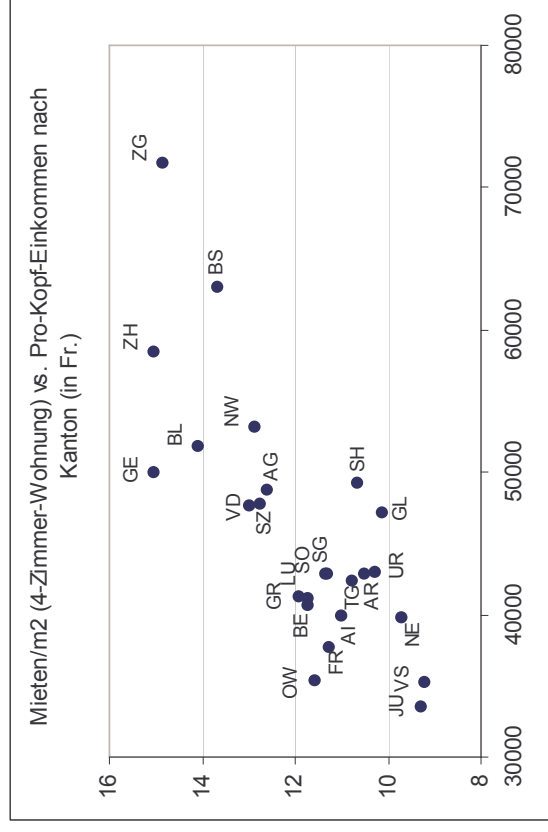
Man kann aber vermuten, dass auch nach einer Korrektur dieser Unterschiede ein Preisgefälle bleibt. Wichtigste Ursache dieses Preisgefälles sind die Einkommensunterschiede zwischen den Staaten. Je höher das Pro-Kopf-Einkommen in einem Land, desto höher sind die Bodenpreise. Und weil die höheren Bodenpreise auf die Mieten überwälzt werden, sind die Mieten in reichen Ländern höher. Dieser Zusammenhang zwischen den Mieten und den Pro-Kopf-Einkommen lässt sich auch für die Schweizer Kantone zeigen. Je reicher ein Kanton ist, desto teurer die Wohnungen. Im reichsten Kanton der Schweiz, dem Kanton Zug, muss man pro Quadratmeter Wohnfläche am tiefsten in die Tasche greifen. Am günstigsten sind die Wohnungen hingegen in den einkommensschwächeren Kantonen Jura und Wallis.

Natürlich ist das Einkommensniveau nicht der einzige Bestimmungsfaktor der Mietzinsen bzw. der Bodenpreise. So spielen auch Lage, Steuersätze

usw. eine Rolle, wobei diese wiederum das Pro-Kopf-Einkommen beeinflussen: Tiefe Steuersätze ziehen reiche Haushalte an.

So gesehen sind die im internationalen Vergleich hohen Wohnkosten in der Schweiz ein Zeichen dafür, dass die Schweiz ein reiches Land ist. Wenn man diese Wohnkosten deutlich senken will, hilft im Wesentlichen nur eine Massnahme: Es braucht mehr Wohnungen. Dazu müsste man verdichteter bauen. Man muss auf den Quadratmeter Boden mehr Wohnraum stellen. Eine Möglichkeit wäre, anstelle der Villen am Zürichberg Mehrfamilienhäuser mit Mietwohnungen zu bauen – wie beispielsweise in Genua ...

(Daniel Lampart, 25.2.2007)

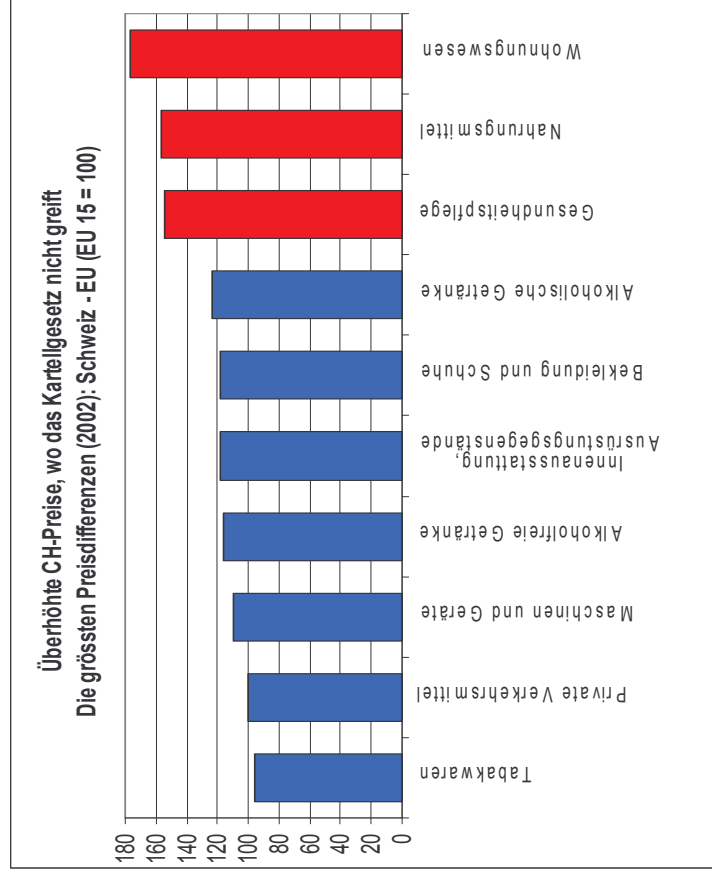


7.2 Wettbewerbskommission kann nicht alles

Lange galt die Schweiz als Land der tausend Kartelle. Mittlerweile sind wir davon erfreulicherweise weit entfernt. Sonst hätte die Wettbewerbskommission bei bedeutend mehr unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen einschreiten müssen als bisher. Das neue Kartellgesetz gibt der Behörde noch mehr Handlungsspielraum. Eine der Hoffnungen, die mit der Verschärfung des Kartellgesetzes verbunden wurden, war dass die Preise sinken würden und damit wesentlich zum Abbau der Hochpreisinsel Schweiz beigetragen werde. Diese hohen Erwartungen dürften enttäuscht werden. Einerseits weil in vielen Branchen bereits heute ein intensiver Wettbewerb herrscht und andererseits weil die Bereiche mit den höchsten Preisen gar nicht in den Zuständigkeitsbereich der Wettbewerbskommission fallen. Wo das Kartellgesetz anwendbar ist, sind die Preisunterschiede jetzt schon gering. Hier kann das neue Kartellrecht zwar weiter preissenkend wirken, doch gesamthaft wird der Effekt auf das Preisniveau gering bleiben. Denn vor allem drei Bereiche drücken das Preisniveau in der Schweiz in die Höhe: Wohnen, Landwirtschaft und Gesundheit alles Bereiche, die vom Kartellrecht kaum erfasst werden. So gibt es auf keinem anderen Markt derart viele staatliche Regulierungen wie im Gesundheitswesen. Sowohl die Arzttarife als auch die Medikamentenpreise sind weitgehend staatlich festgelegt. Die hohen Nahverkehrsmittelpreise erklären sich zu einem bedeutenden Teil durch den politisch motivierten Agrarprotektionismus (Zölle und Importbegrenzungen), der den Markt stark einschränkt. Auch daran, dass Wohnen in der Schweiz so teuer ist, kann die Wettbewerbskommission wenig ändern. Vielmehr sind im Wohnungswesen die hohen Bodenpreise ausschlaggebend, die wiederum

auf die Schweizer Bodenknappheit zurückzuführen sind. Solange in diesen drei Bereichen nicht entschieden gehandelt wird, bleibt die Schweiz eine Hochpreisinsel. Trotzdem ist eine starke Wettbewerbsbehörde unerlässlich: Sie verhindert für die konsumierenden schädliche Wettbewerbsbeschränkungen und entfaltet damit in einigen Bereichen durchaus eine preissenkende Wirkung.

(Marc Blatter, 13.5.2005)



7.3 Die Agrarpreise sinken – aber nicht nur in der Schweiz

Seit einiger Zeit wird in der Schweiz ausgiebig über die Preise für Lebensmittel gestritten: Die Wirtschaftsverbände beteuern, dass unsere Landwirtschaft viel zu teuer produziere. Die Bauern entgegen, sie hätten in den letzten zehn Jahren enorme Anstrengungen unternommen und seien wesentlich preisgünstiger geworden. Wer hat nun Recht? Es stimmen beide Aussagen. Zwischen 1990 und 2002 sind in der Schweiz die Agrarpreise für einen Standardwarenkorb um 24 Prozent gesunken. Insbesondere Milch, Eier und Ackerbauprodukte wie Weizen, Raps oder Mais lösen heute einen deutlich tieferen Preis als 1990. Die Aussage „alles wird teurer“ trifft auf die Agrarpreise nicht zu.

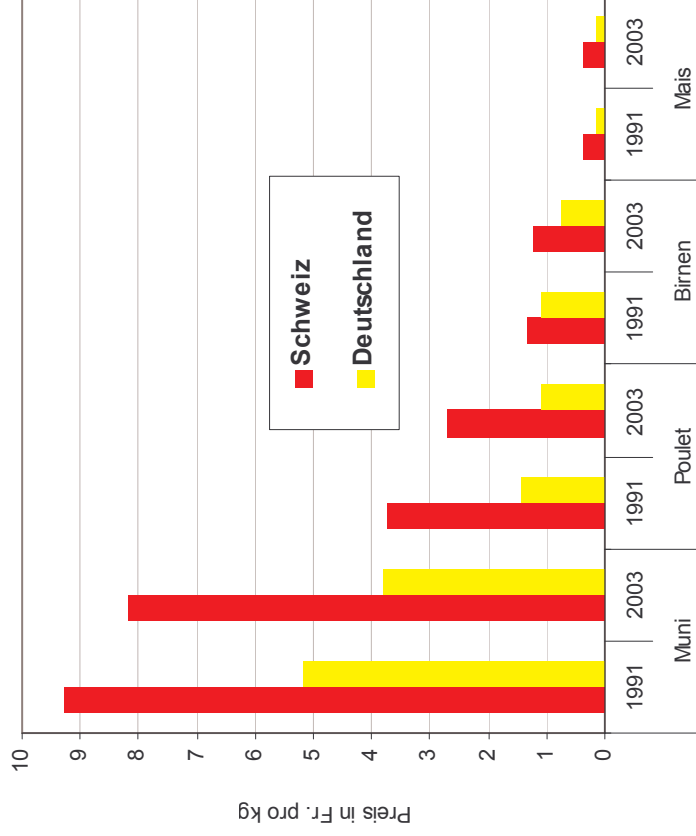
Aber auch die Kritik an der kostspieligen Schweizer Landwirtschaft beruht auf Fakten: Die Produzentenpreise für Lebensmittel liegen in der Schweiz noch immer deutlich über dem Niveau unserer Nachbarländer. Denn die Agrarpreise sind nicht nur in der Schweiz zurückgegangen. Auch im EU-Raum lösen heute die Bauern für einen Standardwarenkorb 20 Prozent weniger Erlös als 1990. So produzieren in Deutschland, Frankreich und Österreich die Landwirte im Schnitt beinahe zum halben Preis, in Italien zu zwei Dritteln des schweizerischen Preisniveaus. Dabei gibt es grosse Unterschiede: In der Milchproduktion und beim Kalbfleisch ist die Preisdifferenz eher bescheiden. Dafür ist unsere Landwirtschaft in der Schweinezucht und im Kartoffelbau wesentlich teurer.

Zwei Faktoren dürfen in der Preisdiskussion jedoch nicht vergessen werden.

Erstens haben die Agrarreformen der Schweiz nicht nur mehr Wettbewerb, sondern auch mehr Ökologie gebracht. Im Laufe den neunziger Jahre haben sich die ökologischen Anbauflächen vervielfacht. Der Biolandbau wuchs, Rinder haben mehr Auslauf. Zweitens ist die Landwirtschaft nur für etwas mehr als einen Drittel des Preisunterschied in den Lebensmitteln verantwortlich. Die verbleibende Preisdifferenz zum nahen Ausland fällt in der verarbeitenden Industrie und dem Handel an.

(Daniel Oesch, 29.4.2005)

Entwicklung der Agrarpreise (Preise ab Hof), 1990-2003



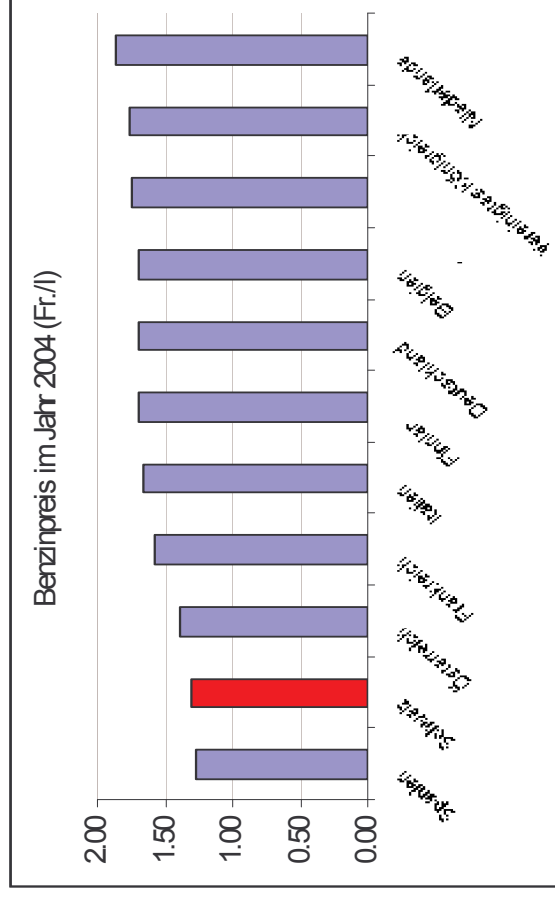
7.4 Benzin und Heizöl sind sündhaft billig

Bei der etwas hysterischen Kritik der Schweiz als Hochpreisinsel wird oft vergessen, dass hierzulande nicht alles teurer ist als in der EU. Für Energie muss man in der Schweiz deutlich weniger bezahlen als im nahen Ausland. Vor allem Heizöl und Benzin sind wesentlich billiger. Heizöl kostet in der Schweiz 25 bis 50 Prozent weniger als in Österreich, Deutschland oder Frankreich, Benzin 6 bis 30 Prozent. In Italien kostet Heizöl sogar drei Mal so viel wie in der Schweiz. Etwas weniger gross sind die Preisunterschiede beim Strom. Doch auch hier ist die Schweiz in Bezug auf die Haushaltstarife keine Hochpreisinsel, wie uns die Strommarktbefürworter weismachen wollen. In Österreich und Italien ist der Strom teurer. In Frankreich und Deutschland kostet die kWh hingegen ungefähr gleich viel wie in der Schweiz. Einzig bei den Strompreisen für Unternehmen ist die Schweiz teurer als Deutschland und Frankreich, jedoch billiger als Österreich und Italien.

Die Preisunterschiede bei Heizöl und Benzin sind eine Folge der tiefen steuerlichen Belastung in der Schweiz. Die Mineralölsteuer auf Heizöl beispielsweise liegt seit Jahrzehnten unverändert bei 0.3 Rp./l.! Die Wirkungen auf die Umwelt sind bedenklich. Der Verbrauch von klimaschädigenden, nicht-erneuerbaren Ressourcen wird im Vergleich zum Ausland subventioniert. Die Schweizer Politik zielt in die falsche Richtung. Statt den Ölverbrauch stärker zu besteuern und die Steuereinnahmen für sinnvolle Zwecke wie z.B. Krankenkassenprämien-Beihilfen zu verwenden, leistet sie sich eine Tiefpreisinsel.

Ein Schritt in die richtige Richtung wäre deshalb eine echte CO₂-Abgabe auch auf Treibstoffen und nicht nur ein billiger Klimarappen, wie ihn der Bundesrat vorschlägt. Durch die CO₂-Abgabe werden die Schweizer Preise für Heizöl und Benzin denjenigen der Nachbarländer angenähert. Die Einnahmen werden den Schweizer Haushalten unter anderem über die Krankenkassenprämien zurückerstattet. Und: Die CO₂-Abgabe ebnet den Weg für die Einhaltung der Vorgaben des Kyoto-Protokolls. Höhere Benzin und Heizölpreise führen zu einem geringeren Ölverbrauch und helfen, den Treibhausgasausstoss zu verringern.

(Daniel Lampart, 8.4.2005)



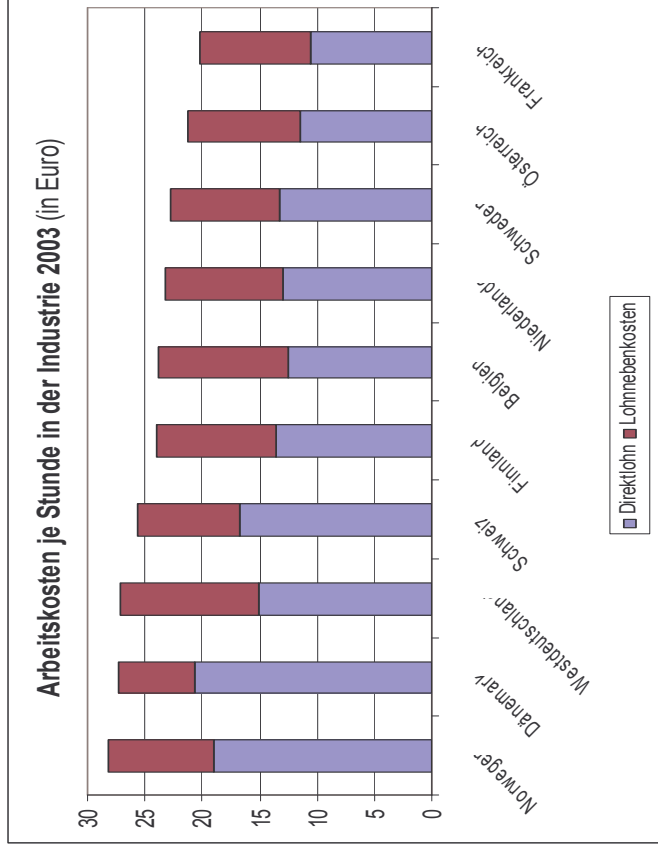
7.5 Lohnkosten: Schweiz ist nicht an der Spitze

Die Preise scheinen auf der Hochpreisinsel Schweiz endlich in Bewegung zu geraten. Gleichzeitig wird behauptet, dass auch die Löhne nach unten angepasst werden müssen. Dabei wird offenbar davon ausgegangen, dass die Schweiz im internationalen Vergleich ausgesprochen hohe Arbeitskosten aufweist. Eine genaue Analyse zeigt jedoch, dass die korrekt gemessenen Arbeitskosten, zumindest in der Industrie, in Norwegen, Dänemark und Westdeutschland höher sind als in der Schweiz. Im Übrigen widerspiegeln die Schweizer Löhne die hohe Arbeitsproduktivität und die langen Jahresarbeitszeiten. In der Diskussion „Preise runter – Löhne runter?“ müssen die Kosten für den Arbeitgeber betrachtet werden und nicht das, was dem Arbeitnehmer effektiv ausbezahlt wird.

Die Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde setzen sich aus dem direkten Stundenlohn und den vom Arbeitgeber zu tragenden Lohnnebenkosten zusammen. Der Direktlohn umfasst das Entgelt für geleistete Arbeit einschliesslich der verschiedenen Zulagen (Bruttolohn). Zu den Lohnnebenkosten zählen dagegen einerseits die Entlohnung für arbeitsfreie Tage (Ferien- und Feiertage) und andererseits die gesetzlich vorgeschriebenen Sozialleistungen. Hierunter fallen die gesetzliche Altersvorsorge (AHV, IV und EO), die Arbeitslosenversicherung (ALV), die Berufliche Vorsorge (BV), die Betriebsunfallversicherung sowie Kinder- und Familienzulagen. In der Schweiz sind die Lohnnebenkosten vergleichsweise niedrig. So steht die Schweiz in einer Rangliste gemäss der Höhe der Lohnnebenkosten erst an neunter Stelle. Werden die Lohnnebenkosten zum ausbezahlten Lohn dazugerechnet, so

liegen die Schweizer Löhne hinter Westdeutschland. Gleichzeitig weist Deutschland ein deutlich tieferes Preisniveau auf. Dies zeigt, dass die Löhne in der Schweiz nicht notwendigerweise sinken müssen, wenn die Preise herunterkommen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz könnten sich mit dem gleichen Lohn mehr kaufen, wenn die in bestimmten Bereichen überhöhten Preise gesenkt würden. Im Verhältnis zum Lohnniveau zu hoch sind die Mieten, Agrarpreise und Prämien an die Krankenkassen.

(Marc Blatter, 24.3.2005)



7.6 Lebensmittel bleiben auch mit Aldi teuer

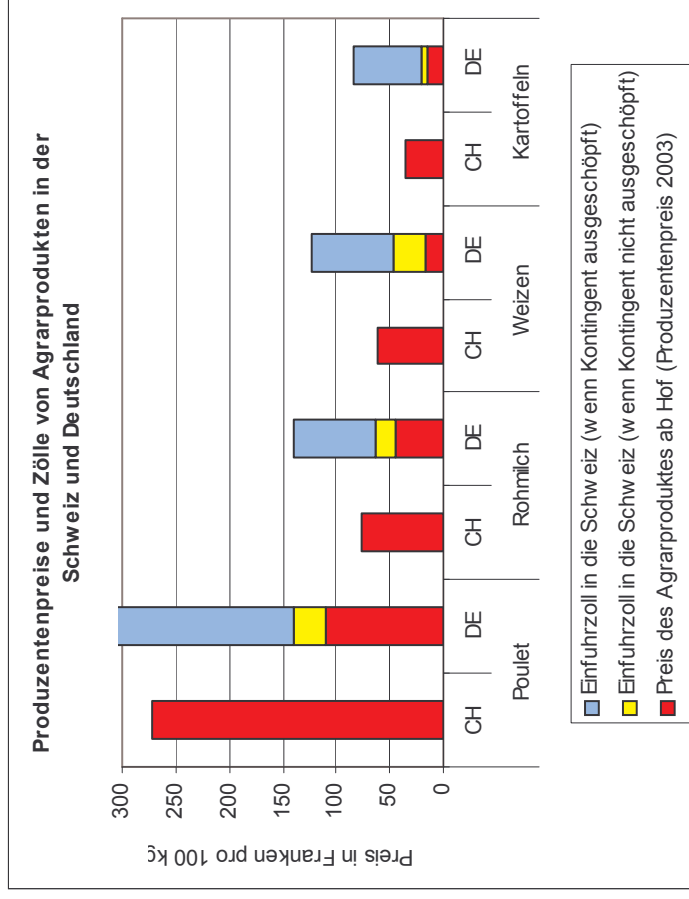
Aldi und Lidl verkaufen in Deutschland Lebensmittel zu deutlich billigeren Preisen, als dies Migros und Coop in der Schweiz tun. Bald werden die zwei Ladenketten auch in der Schweiz Filialen eröffnen. Werden deshalb die Lebensmittel in der Schweiz bald fast so günstig sein wie in Deutschland? Das ist leider kaum zu erwarten. Nahrungsmittel sind vor allem deshalb billiger in Deutschland, weil die deutsche Landwirtschaft zu wesentlich tieferen Preisen produziert als die schweizerische. Wenn aber Aldi und Lidl in der Schweiz Filialen eröffnen, werden der Grossteil ihrer Lebensmittel aus der Schweiz stammen und entsprechend teurer sein.

Dafür sorgt die Schweizer Aussenhandelspolitik mit Kontingenten und Zöllen. Sie legt für die meisten Agrarprodukte aus dem Ausland ein Einfuhrkontingent fest. Sobald dieses Kontingent ausgeschöpft ist, wird das Agrarprodukt durch den Zoll so stark verteuert, dass es sich nicht mehr lohnt, zusätzliche Mengen dieses Produktes in die Schweiz einzuführen. Heute sind Kontingente und Zölle so angesetzt, dass weniger als zehn Prozent der in der Schweiz konsumierten Kartoffeln, Fleisch- und Milchprodukte aus dem billigeren Ausland importiert werden. Der Rest muss zu höheren Preisen im Inland bezogen werden – auch von Aldi und Lidl.

Dies zeigt deutlich, dass die Schweizer Lebensmittelpreise stärker von der Aussenhandelspolitik abhängen als von der Konkurrenzsituation im Detailhandel. Verhandlungen über Zölle und Kontingente in der Welthandelsorganisation WTO haben also einen wesentlich grösseren Einfluss auf die Nahrungsmittelpreise als ein paar neue Aldi-Supermärkte. Aber Achtung:

Ein Zollabbau ist nicht gratis. Während sich die Konsumenten freuen, ist es eine schlechte Nachricht für die Bauernfamilien und die Umwelt. Die sinkenden Einkommen der Landwirte müssten wohl mit staatlichen Direktzahlungen aufgefangen werden. Zudem bedeuten Importe aus dem Ausland längere Transportwege und ein grösseres Verkehrsaufkommen.

(Daniel Oesch, 11.3.2005)



Quelle: Agrarbericht 2004; Eidgenössische Zollverwaltung.

8. Globalisierung

8.1 Sind die Schweizer Löhne zu hoch für den Wettbewerb mit China?

Wer das Lohnniveau zwischen China und der Schweiz vergleicht, kommt gerne zum Schluss, dass wir im Wettbewerb mit den viel günstigeren Chinesen chancenlos sind – allzu gross sind die Unterschiede. Dieser Schluss ist nicht nur beunruhigend, er ist zum Glück auch falsch. Denn die Höhe des Lohnes wird von der Arbeitsproduktivität bestimmt. Hohe Produktivität bedeutet hohe Wertschöpfung pro Arbeitskraft, und dies ermöglicht wiederum hohe Löhne. Ein Blick auf die Daten zeigt, dass die Wertschöpfung in der Schweiz deutlich über derjenigen in China liegt. In der Schweiz ist nicht nur das Lohnniveau hoch, sondern auch Arbeitnehmerschaft sehr produktiv.

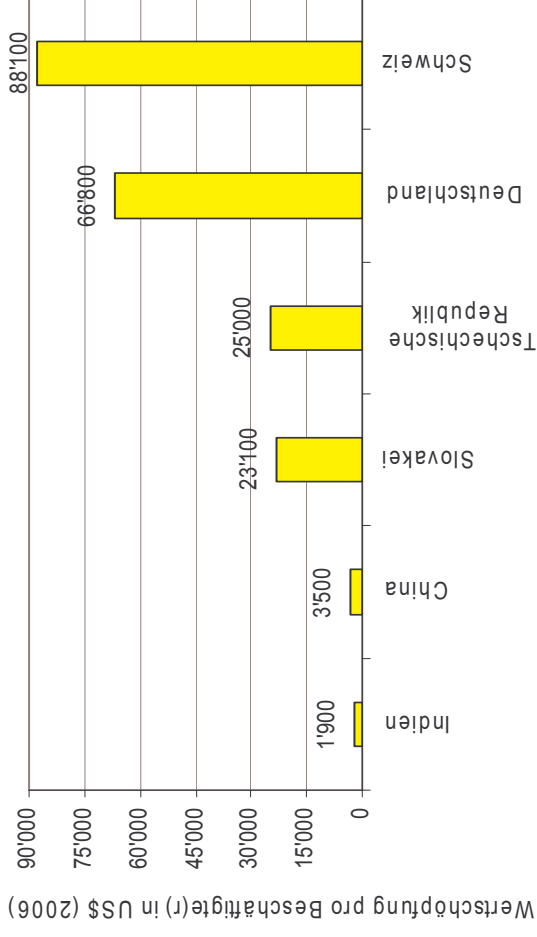
Chinesen gelten als fleissig. Wie erklärt sich nun dieser Unterschied in der Produktivität? Produktivität hängt nicht in erster Linie vom Fleiss der Beschäftigten ab. Sie wird vor allem von einem hohem Ausbildungsniveau, dem einfachen Zugang zu Kapital, dem Einsatz moderner Technologie und einer guten öffentlichen Infrastruktur positiv beeinflusst. In diesen Bereichen hat die Schweiz wichtige Vorteile. Dies erklärt, warum die Pharmaindustrie in Basel produziert, obwohl Laborantinnen in China zu viel tieferen Löhnen arbeiten.

Nun wächst jedoch die Produktivität in China seit einigen Jahren enorm schnell: Technologie wird importiert, Kapital investiert, Leute ausgebildet. Ist das ein Grund zur Sorge? Im Gegenteil: nicht nur die Produktivität, sondern auch die Löhne steigen rasant in China – seit 1997 jährlich mehr als zehn Prozent, bei tiefer Inflation. Die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Schweiz hat sich deshalb kaum verändert. Einzige Änderung: China wurde

reicher, und der Güterhandel mit der Schweiz hat stark expandiert: Die Chinesen exportieren und importieren heute viermal mehr Waren in und aus der Schweiz als 1997. Die Handelsbilanz hat sich in dieser Periode sogar geringfügig zu Gunsten der Schweiz gewandelt. Die Löhne in der Schweiz scheinen also offensichtlich nicht zu hoch zu sein.

(Daniel Oesch, 20. 3. 2008)

Wertschöpfung pro beschäftigte Person in Dollar (2006)



Quelle: BIP2006: UNO; Anzahl Beschäftigte 2006: Universität Groningen.

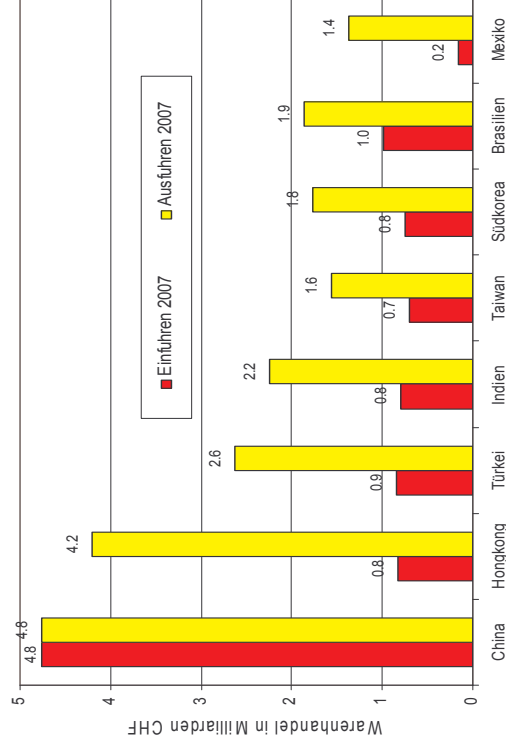
8.2 Globalisierung und höhere Löhne sind kein Gegensatz

Globalisierung steht für das Fortschreiten der internationalen Arbeitsteilung. In einigen Branchen der Schweiz geht dieser Prozess mit einem schmerzhaften Verlust von Arbeitsplätzen einher. Textilien werden zunehmend in China hergestellt, Druckaufträge wandern nach Osteuropa ab. Trotzdem gehört die Schweizer Wirtschaft eindeutig zu den Globalisierungsgewinnern. Die Schweiz verkauft mehr Güter ins Ausland, als sie dort einkauft. 2007 standen Warenexporte im Wert von 164 Milliarden Franken Importen im Wert von 155 Milliarden Franken gegenüber. Internationale Arbeitsteilung bedeutet jedoch, dass nicht ein einzelnes Land alle Produkte herstellt. Schuhe, Computer und Autos werden hierzulande (fast) keine produziert. Dafür beliefert die Schweiz die halbe Welt mit Röntgengeräten, Druckmaschinen und Blutdrucksenkern. Seit einigen Jahren befinden sich nun auch China und Indien auf einer rasanten wirtschaftlichen Aufholjagd. Ist das ein Grund zur Sorge? Nein, im Gegenteil. Denn wenn diese Länder reicher werden, nimmt auch ihre Nachfrage nach Schweizer Produkten zu. So haben in den letzten fünf Jahren die Schweizer Ausfuhren nach Indien im Schnitt jährlich um mehr als 15%, nach China gar um 30% zugenommen. Die Handelsbilanz der Schweiz mit den Schwellenländern ist deutlich positiv. Paradoxerweise schüren jene Kreise die grösste Angst vor der Globalisierung, welche am meisten von ihr profitieren: Arbeitgeberverbände und Chefmanager. Ihre Forderung, die Schweiz müsse wegen der Globalisierung den Gürtel enger schnallen, verunsichert manche. Dabei hat ihre Mahnung viel mit neoliberaler Ideologie, aber nichts mit ökonomischen Fakten zu tun. Denn warum

sollten bei uns die Löhne gekürzt werden, wenn China und Indien reicher werden und sich mehr Schweizer Produkte leisten können? Besorgt sein müssen wir dann, wenn es unseren Wirtschaftspartnern schlecht geht und diese weniger Waren bei uns nachfragen. So hat die deutsche Rezession der letzten Jahre das Wachstum in der Schweiz schmerzlich gebremst. Im Gegensatz dazu haben wir vom Wirtschaftsboom in einzelnen Schwellenländern und den USA profitiert. Die Globalisierung steht höheren Löhnen sicher nicht im Wege.

(Daniel Oesch, 2.6.2006)

Aussenhandel der Schweiz mit Schwellenländern: Schweiz exportiert mehr, als sie importiert



Quelle: Schweizerische Nationalbank (2008)

8.3 Produktionsauslagerungen: Angst vor Jobverlust ist nur teilweise gerechtfertigt

Die Auslagerung von Produktionsstätten ins Ausland ängstigt seit den neunziger Jahren die Öffentlichkeit. Die Internationalisierung der Wirtschaft, so die Annahme, würde es den Unternehmen erleichtern, ihre Wertschöpfung vermehrt in Tieflohnländern zu erbringen statt in der Schweiz. Die Folge: Erwerbslosigkeit, Lohndruck und mehr Stress am Arbeitsplatz.

Bereits Ende der neunziger Jahre hat sich die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) der Frage angenommen. Die Studie „die Internationalisierung der Schweizer Wirtschaft“ hat gezeigt, dass zwar eine verstärkte Internationalisierung der Schweizer Wirtschaft stattfindet. Diese besteht aber nicht einfach aus einer Verschiebung von Schweizer Produktion ins Ausland. Die Studie kommt im Gegenteil zum Schluss, dass die Auslandsinvestitionen in den meisten Fällen eine Ergänzung zur Inlandproduktion darstellen: sei es, dass neue Vertriebskanäle für inländische Produkte im Ausland geschaffen wurden, sei es, dass durch neue Produktionsstätten im Ausland zusätzliche Absatzmöglichkeiten für die Inlandproduktion entstanden sind, zum Beispiel über die Lieferung von inländischen Produktionsmitteln wie Maschinen an die Schweizer Unternehmen im Ausland.

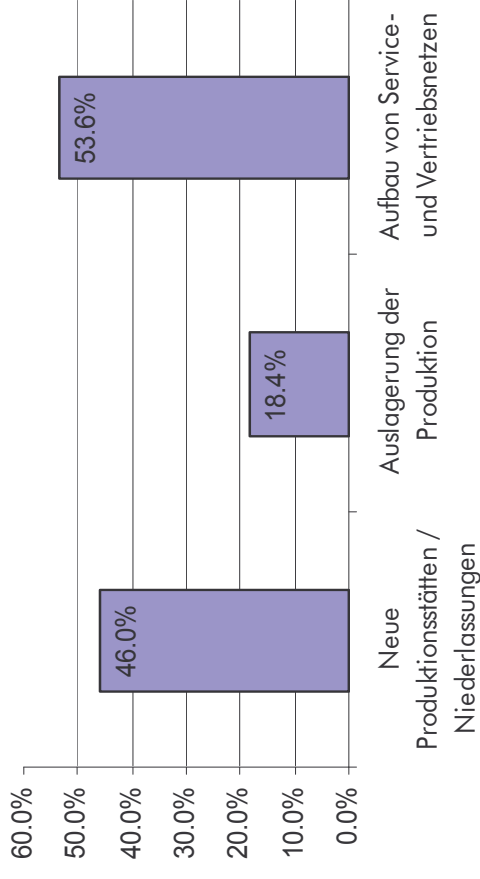
An diesem Befund hat sich in jüngster Zeit wenig geändert. Eine Umfrage der KOF bei knapp 6000 Schweizer Unternehmen (siehe Grafik) zeigt im Gegenteil, dass die Auslagerung von Produktionsstätten ins Ausland sogar etwas an Bedeutung eingebüsst hat. Nur 18.4 Prozent der Unternehmen, die im laufenden Jahr im Ausland investieren werden, verfolgen damit primär das Ziel der Auslagerung; im Dienstleistungssektor beträgt der Anteil sogar nur gut 6 Prozent. Viel bedeutender sind Auslandsinvestitionen, die

ergänzend zu Investitionen im Inland erfolgen. 46 Prozent der Firmen wollen im Ausland neue Produktionsstätten oder Niederlassungen erstellen, und 53.6 Prozent bauen Service- und Vertriebsnetze für ihre Produkte auf (Mehrfachnennungen waren möglich).

Weshalb dann die Angst vor Auslagerungen? Eine Erklärung dafür ist, dass die Unterbeschäftigung, die durch die lange Stagnation der neunziger Jahre und die gegenwärtige Konjunkturkrise entstanden ist, die Angst um die Arbeitsplätze erhöht hat. Weil die Stellensuche aufgrund der höheren Arbeitslosigkeit schwieriger wurde, ist die Öffentlichkeit gegenüber Auslagerungen von Produktionsstätten sensibilisiert.

(Daniel Lampart, 25.6.2004)

Aktivitäten im Rahmen von Auslandsinvestitionen 2008 (in %)



9. Steuern

9.1 Nur progressive Steuern sind gerecht

Mit seinem Entscheid, degressive Steuertarife seien verfassungswidrig, weil sie die BewohnerInnen nicht nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuern, hat das Bundesgericht den Kanton Obwalden zurückgepfiffen. Dieser hatte einen degressiven Steuertarif eingeführt: Ganz hohe Einkommen wurden geringer besteuert als tiefe. Obwalden hat schnell auf den Bundesgerichtsentscheid reagiert. Doch statt wieder progressive Einkommenssteuern einzuführen, beschloss die Obwaldner Regierung für höhere Einkommen eine Flat-Rate-Tax. Bei einem Bruttoeinkommen von über 150'000 gilt künftig der gleiche Steuersatz. Tiefere Einkommen bezahlen in Obwalden mehr Steuern als im Schweizer Durchschnitt. Höhere hingegen deutlich weniger.

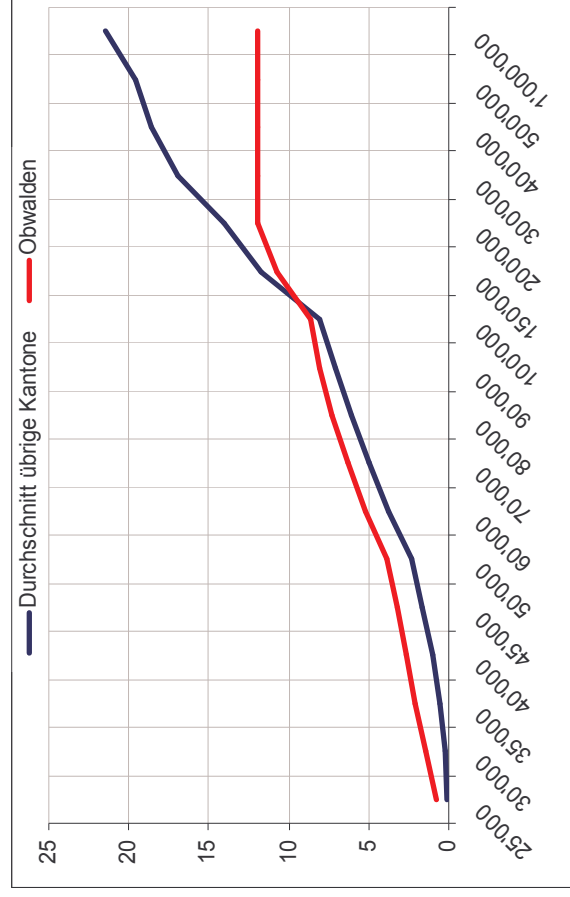
Doch nicht nur die degressiven Steuern, sondern auch diese Flat-Rate-Tax widerspricht dem Prinzip der Leistungsfähigkeit. Die Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit setzt eine progressive Besteuerung voraus. Dies nicht nur nach linken Gerechtigkeitsvorstellungen, sondern auch nach bester wirtschaftsliberaler Tradition. Bereits der liberale Vordenker Adam Smith hatte dies im 18. Jahrhundert gefordert, weil die höheren Einkommen überproportional von staatlichem Schutz und öffentlichen Leistungen profitieren. Je höher das Einkommen ist, desto höher muss der Beitrag sein, der ein Steuerpflichtige an die Gemeinschaft leistet – nicht zuletzt, weil eine Person mit höherem Einkommen mehr beitragen kann, ohne dass sie oder ihre Angehörigen deshalb wirtschaftlich darunter leiden müssten.

Wie der Fall Obwalden zeigt, ist dieses Gerechtigkeitsprinzip in der föderalistischen Schweiz in ständiger Gefahr. Die höheren Einkommen schleichen sich aus der Verantwortung und ziehen in Steuerparadiесе. Die übrigen Kantone geraten unter Druck und senken ihrerseits die Steuern, um attraktiver zu werden. Die öffentlichen Aufgaben werden dadurch immer mehr über ungerechte Gebühren finanziert. Um gerechte Verhältnisse herzustellen und die Drückeberger in die Pflicht zu nehmen, wäre die SP-Steuerinitiative eine Lösung. Diese legt für hohe Einkommen schweizweit einen Mindeststeuersatz fest.

(Daniel Lampart, 22.6.2007)

Steuerbelastung in Kantonshauptorten

(Verheiratete mit 2 Kindern, % des Bruttoeinkommens)



9.2 Existenzminimum wird stark besteuert

In der laufenden Herbstsession wird der Nationalrat über eine Steuerbefreiung des Existenzminimums befinden. Dafür ist es auch höchste Zeit. Denn noch immer werden nicht existenzsichernde Tieflohne stark mit Kantons- und Gemeindesteuern belastet. In der Schweiz entspricht ein monatlicher Bruttolohn von 3000 Franken dem Existenzminimum. Nach Abzug der Beiträge an die Sozialversicherungen (400 Franken), den Krankenkassenbeiträgen (250 Franken) sowie der Miete mit Nebenkosten (900 Franken) bleibt von diesem Lohn weniger als die Hälfte. Daraus müssen Lebensmittel, Kleider und Schuhe, Bus- und Zugbillette, Telefonrechnung, Zahnarztkosten und mehr beglichen werden. Ein solcher Lohn reicht mehr schlecht als recht zum Leben.

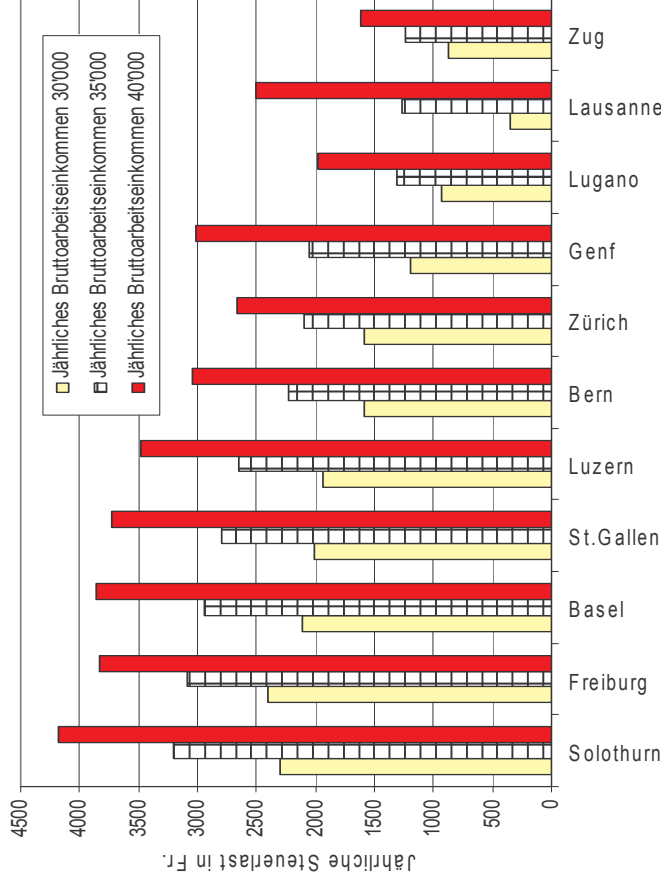
Bislang hat das die meisten Kantone kalt gelassen. So wird in Luzern, Neuchâtel oder Schaffhausen ein monatlicher Bruttolohn von 2900 Franken mit mehr als sieben Prozent, in Basel, Freiburg oder St. Gallen gar mit mehr als acht Prozent besteuert. Das sind jährlich 3000 Franken, die der Basler oder Freiburger Fiskus den Ärmsten auf dem Arbeitsmarkt abverlangt. Selbst die neuen Steuerparadiесе Sarnen (Obwalden) und Teufen (Appenzell Ausserrhodan) sind alles andere als paradiesisch für tiefe Löhne: Ein Monatslohn von 3300 Franken brutto wird in diesen Gemeinden mit satten acht Prozent besteuert.

Diese Praxis widerspricht nicht nur dem Verfassungsgrundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit: Eine Person kann nicht verpflichtet werden, Steuern aus Mitteln zu bezahlen, welche sie ohne Ge-

führung ihres Existenzminimums nicht entbehren kann. Sie ist auch sozialpolitisch unsinnig: Arbeit soll sich lohnen. Dies ist jedoch nicht der Fall, wenn selbst der magerste Ertrag der Arbeit von den Steuern wegfressen wird. Zum Glück haben es unsere Nationalräte in Films in der Hand, diesen Missstand unseres Steuersystems zu beheben.

(Daniel Oesch, 22.9.2006)

Belastung einer ledigen Person mit Kantons- und Gemeindesteuern 2005



Quelle: Eidgenössische Steuerverwaltung, 2006.

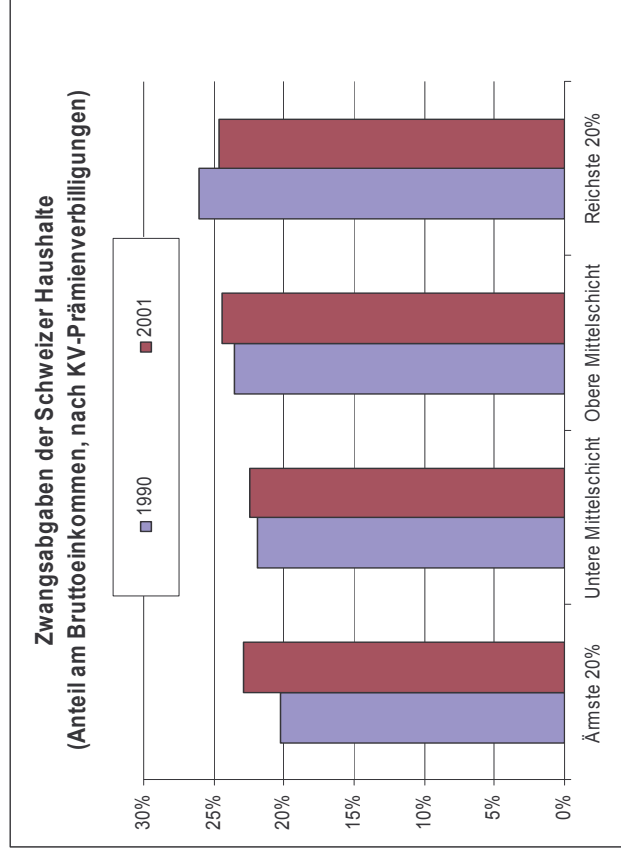
9.3 Starke Mehrbelastung der einkommensschwachen Haushalte durch Zwangsabgaben

Von einem verdienten Franken bleiben dem Schweizer Durchschnittshaushalt noch rund 75 Rappen; knapp 25 Rappen werden von der öffentlichen Hand als Zwangsabgaben abgeschöpft, wie eine Studie im Auftrag der eidg. Steuerverwaltung zeigt.* Davon fliessen ungefähr 15 Rappen in die Sozialversicherungen, d.h. in die Krankenkassen, in die AHV oder die Arbeitslosenversicherung. 10 Rappen gehen als direkte Steuern in die Staatskassen. Diese Zwangsabgaben haben sich in der Zeit von 1990 bis 2001 erhöht. Die Mehrbelastung ging jedoch in erster Linie auf Kosten der einkommensschwächeren Haushalte. Konkret: Eine Familie mit zwei Kindern aus den ärmsten 20 Prozent der Schweizer Bevölkerung musste 2001 fast 2500 Franken – ein stattliches Ferienbudget – mehr für Krankenkassenprämien, AHV- und ALV-Beiträge sowie direkte Steuern bezahlen als 1990. Umgekehrt bei einer Familie der reichsten 20 Prozent. Diese wurde um rund 4300 Franken entlastet. Der grösste Teil der Entlastungen bei den reichen Haushalten ist eine Folge von Steuersenkungen. 2001 musste Familie Reich dem Steueramt 4000 Franken weniger überweisen als 1990. Familie Arm hingegen wurde bei den direkten Steuern verstärkt zur Kasse gebeten – sie bezahlt 2001 fast 650 Franken mehr. Dazu wird sie durch höhere Sozialabgaben belastet. Die Prämien für die Krankenkasse, die Beiträge an die Arbeitslosenversicherung usw. sind stärker gestiegen als die Prämienverbilligungen. Daraus ergibt sich ein weiterer Kaufkraftverlust von 1800 Fr. Der Schweizer Staat hat die Einkommensverteilung in den letzten 15 Jahren stark umgekrempelt. Die reichen Haushalte wurden entlastet, die übrigen

zusätzlich belastet. Bereits im Jahre 2001 war der Anteil der Zwangsabgaben am Einkommen für alle Haushalte, ob arm oder reich, nahezu gleich. Die seither beschlossenen Steuersenkungen dürften die Reichen weiter begünstigt haben.

* Ecoplan (2004), „Verteilung des Wohlstands in der Schweiz“, Studie im Auftrag der eidg. Steuerverwaltung.

(Daniel Lampart, 31.3.2006)



Quelle: Ecoplan (2004), eig. Berechnungen

9.4 Schädlicher Steuerföderalismus

Mit der Einführung des degressiven Steuertarifs in Obwalden hat der Steuerunterbietungs-Wettlauf in der Schweiz ein neues, exzessives Ausmass erreicht. Bereits in den 1980er Jahren wurden die Steuern für Unternehmen in verschiedenen Kantonen gesenkt mit der Begründung, dass ohne Steuer-senkung eine Abwanderung in steuergünstigere Kantone drohen würde. In den letzten Jahren führte die Abschaffung der Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen bei den Kantonen zu Steuerausfällen in der Größenordnung von 0.7 Prozent der laufenden Einnahmen oder jährlich rund 500 Mio. Fr. (s. Grafik).

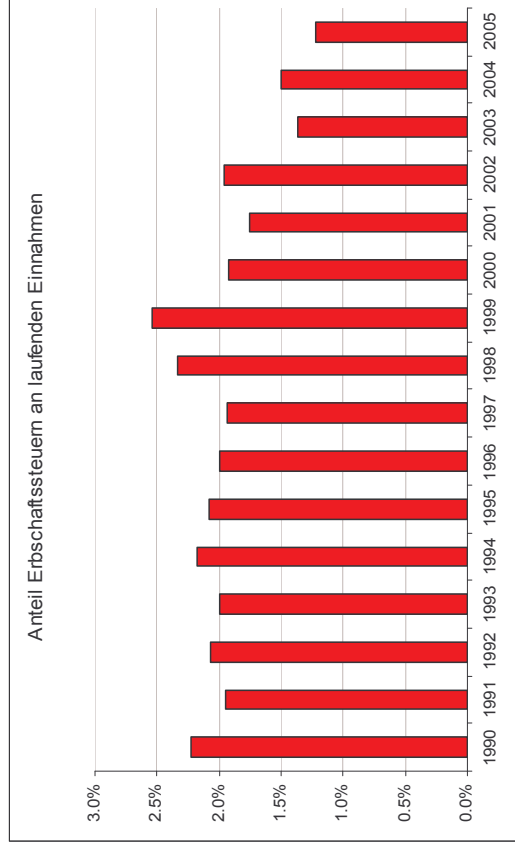
Dabei kann der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen gar nicht spielen: Marcel Ospel, der ins Steuerparadies Wollerau SZ umgezogen ist, beispielsweise kann das kulturelle Angebot und die Infrastruktur der Stadt Zürich genauso nutzen wie jemand, der seine Steuern in der Stadt Zürich zahlt. Zudem tragen die Städte verschiedene Zentrumslasten (Fürsorge usw.), für die zu einem beträchtlichen Teil ihre BewohnerInnen aufkommen müssen. Weil öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur wie im Falle von M. Ospel genutzt werden können, ohne dass dafür bezahlt wird, besteht die Gefahr, dass die Steuerausfälle aus der Steuerflucht in verschiedenen Kantonen und Städten früher oder später zu einer staatlichen Unterversorgung führen können.

Bei der Abschaffung Erbschaftssteuer kommen weitere Probleme dazu. Es wird die liberale Forderung verletzt, dass nicht die Herkunft, sondern die Leistung für den persönlichen Wohlstand im Vordergrund stehen sollte. Das

steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung hat zudem zur Folge, dass die Vermögen mehr und mehr an Personen vererbt werden, die ihre Pensionierung in Sichtweite haben, obwohl die jüngeren das Geld nötiger hätten. Dieser „Erbkreislauf“ zwischen Rentnern und Fast-Rentnern wird durch die Abschaffung der Erbschaftsteuer begünstigt.

Aus diesen Gründen ist es Zeit, das Steuer in Sachen Steuerföderalismus herumzuwerfen, zumal in der Bevölkerung vermehrt Unmut gegen weitere Steuererleichterungen für Personen mit hohen Einkommen und Vermögen erkennbar ist. Ein erster Schritt wäre eine nationale Erbschaftssteuer.

(Daniel Lampart, 3.2.2006)



Quelle: BFS, eigene Berechnungen

9.5 Krankenkassenprämien und Mieten haben Ungleichheit vergrössert

Die Schweiz ist in den letzten 14 Jahren unsozialer geworden. Dies zeigt die Entwicklung der kurzfristig verfügbaren Einkommen. Dabei handelt es sich um das Geld, das den Haushalten nach Abzug aller obligatorischen Ausgaben (Sozialversicherungsprämien und Steuern) sowie gewissen unvermeidbaren Ausgaben wie der Miete und Versicherungen übrig bleibt.

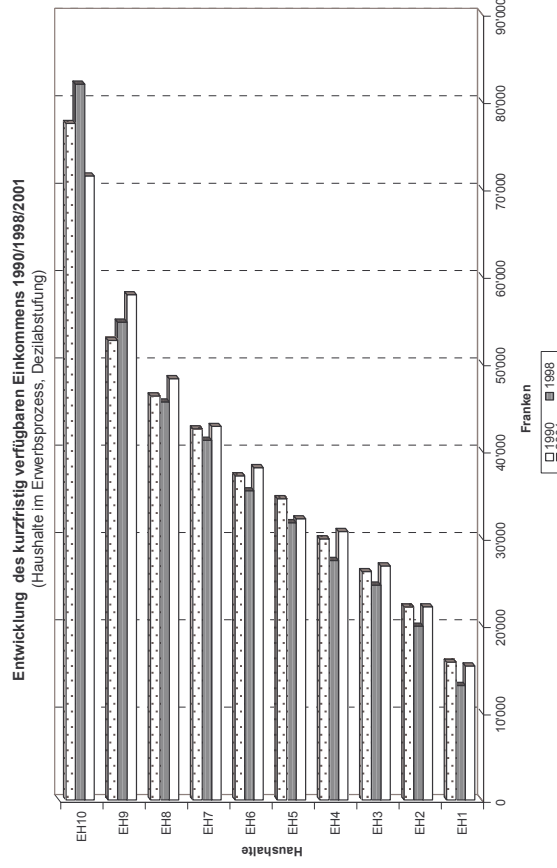
Die Grafik zeigt, wie sich die einer Person zur Verfügung stehenden Einkommen 1990 bis 2001 entwickelt haben (steuerungsbereinigt). Die 10 Prozent Personen mit den tiefsten Einkommen verfügten 2001 nach Abzug aller unvermeidbaren Ausgaben über ein Budget von knapp 16'000 Franken pro Jahr, die reichsten 10% von knapp 80'000 Franken. 1990 bis 1998 verbesserte sich nur die Lage der 10% „obersten“ Haushalte. Die Kaufkraft aller anderen nahm ab. Seither hat eine leichte Korrektur stattgefunden.

Wiese diese zunehmende Ungleichheit? Bedeutend ist zunächst die Entwicklung der Einkommen. Während die Löhne bis 1998 stagnierten, sind die Vermögenserträge stark gestiegen. Davon profitierte nur die oberste Einkommensgruppe. 1998 bis 2001 bildeten sich diese Erträge wegen Börsenkrach und tiefen Zinsen wieder zurück. Die Lohnstruktur hat sich in den Jahren 1990 bis 1998 nicht stark verändert. Seither sind jedoch zwei gegensätzliche Entwicklungen eingetreten. Zum einen sind die höchsten Löhne überproportional gestiegen, zum anderen haben die tiefen Löhne von der gewerkschaftlichen Kampagne gegen tiefe Löhne profitiert.

Bedeutend für die Zunahme der Ungleichheit waren auch die Zwangsaus-

gaben der Haushalte. Insbesondere die Krankenkassenprämien und zu Beginn der 90er Jahre auch die Mieten sind sehr stark gestiegen. Dadurch wurde die Ungleichheit verstärkt. Mieten und Prämien für die Krankenversicherungen belasten Haushalte unabhängig von ihrem Einkommen. Sie belasten Haushalte mit tiefen Einkommen verhältnismässig stärker. Die Mietpreissteigerungen haben vor allem die untersten Einkommensklassen negativ betroffen. Die Krankenversicherungsprämien haben nach Abzug der individuellen Verbilligungen die 50% Haushalte mit „mittleren“ Einkommen übermässig getroffen. Diese haben deswegen rund 1,7 Einkommensprozente verloren.

(Serge Gaillard, 19.11.2004)



9.6 Flat Tax: ein neuer Angriff auf die Steuergerechtigkeit

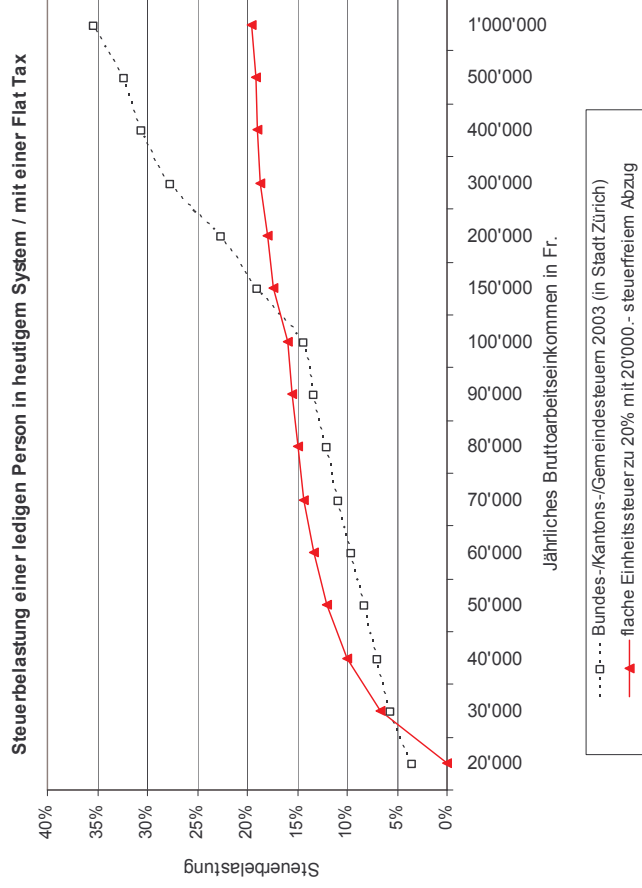
Seit einiger Zeit werben neoliberale Ökonomen für eine radikale Vereinfachung des Steuersystems. Ihr Rezept ist die flache Einkommenssteuer, auf englisch Flat Tax. Die heute geltenden Steuersätze und Abzüge sollen durch einen einheitlichen Steuersatz und einen Pauschalabzug ersetzt werden. Auf den ersten Blick erscheint die Idee verlockend: Der Abzugsaschungen würde gelichtet und die Steuererklärung vereinfacht. Auf den zweiten Blick macht sich Ernüchterung breit: Die Einheitssteuer stellt mit der Progression einen Eckpfeiler der Steuergerechtigkeit in Frage. Sie entpuppt sich damit als ein gut getarntes Umverteilungsinstrument.

Progressive Steuern sind in der Bundesverfassung verankert. Darin heisst es, dass die Besteuerung nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erfolgen habe. Dies wird konkret umgesetzt: Eine ledige Person muss in Zürich für ein Einkommen von 40'000 Franken sieben Prozent Steuern zahlen, für eine Million hingegen 35 Prozent. Bei einer Flat Tax fällt diese unterschiedliche Behandlung von arm und reich dahin. Das heutige Steueraufkommen würde über einen einheitlichen Satz von 24 Prozent erreicht. Dank eines Pauschalabzuges könnten zwar die tiefsten Einkommen bis 25'000 Franken leicht entlastet werden. Für jährliche Einkommen von 30'000 bis 200'000 Franken brächte die Flat Tax jedoch gewichtige Mehrbelastungen. So müsste eine ledige Person für 60'000 Franken Einkommen dem Steueramt 4000 Franken mehr abliefern.

Massiv profitieren würden dagegen die sehr hohen Einkommen. In Zürich läge die Steuerersparnis bei einem Einkommen von einer halben Million bei

46'000 Franken, bei einer Million Einkommen gar bei 118'000 Franken. Daraus wird klar, dass die Flat Tax keine geeignete Antwort auf die Schwächen des schweizerischen Steuersystems gibt. Der Missbrauch von Steuer-schlupflöchern, die zu hohe Besteuerung von Tieflohnen sowie der unlautere Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen müssen beseitigt werden, ohne dass zugleich auch die Steuergerechtigkeit abgeschafft wird.

(Daniel Oesch, 27.8.2004)



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der Eidgenössischen Steuerverwaltung (2004).

9.7 Unternehmenssteuern: Die Schweiz ist schon heute ein Paradies

Am 5. Dezember schickte Bundesrat Villiger sein Abschiedssteuerergeschenk in die Vernehmlassung: Die so genannte Unternehmenssteuerreform II. Die damit verbundenen Steuerausfälle werden auf knapp 750 Mio. Fr. geschätzt. Der grösste Teil davon geht zulasten der Kantone, wie bereits beim Steuerpaket. Die kantonalen Steuereinnahmen dürften 700 Mio. Fr. weniger betragen. Dadurch will der Bundesrat gemäss eigenen Worten den Wirtschaftsstandort Schweiz attraktiver machen.

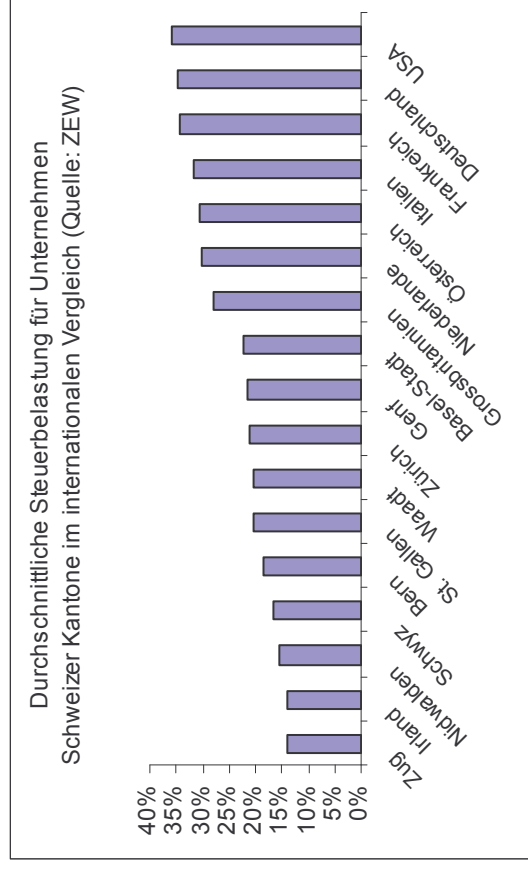
Tatsache ist jedoch, dass der Standort Schweiz für Unternehmen global bereits heute eine absolute Spitzenposition einnimmt, zumindest was die Steuerbelastung betrifft. Einzig Irland weist in einem Ländervergleich des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ähnlich tiefe Unternehmenssteuern auf wie die Schweiz. Die Schweiz kann unter diesem Gesichtspunkt ihre Position kaum mehr verbessern. Die Steuersenkung ist unnötig.

Darüber hinaus zielt die Unternehmenssteuerreform vor allem auf eine steuerliche Entlastung der Aktionäre mit der Begründung, dadurch würde den Schweizer Unternehmen mehr Kapital zufließen, was höhere Investitionen in Sachkapital zur Folge hätte. In Wirklichkeit jedoch gibt es in der Schweiz viel mehr Finanzkapital als Anlagemöglichkeiten. Weil etwa wegen der 2. und 3. Säule viel mehr gespart als investiert wird, fliesst jährlich Finanzkapital in der Grössenordnung von bis zu 50 Mrd. Fr. ins Ausland ab.

Wer deshalb etwas für den Standort Schweiz als kleine, offene Volkswirtschaft tun will, achtet kurzfristig am Besten darauf, dass der Franken nicht überbewertet ist. Mittelfristig sind Investitionen in Bildung, Umweltschutz, Lebensqualität etc. zielführend. So könnte auch das heute überschüssige Finanzkapital sinnvoll im Inland einbinden werden.

Zur Abwechslung kann man sich natürlich auch überlegen, mit 750 Millionen den "Standort" eines afrikanischen Entwicklungslandes "zu stärken". Rein rechnerisch jedenfalls würde dies beispielsweise für Sierra Leone eine Erhöhung der Einkommen um rund 75% bedeuten.

(Daniel Lampart, 19.12.2003)



9.8 Das Steuersystem auf Abwegen?

Seit einigen Jahren ist es bei bürgerlichen Parteien in Mode, eine Umlagerung der Steuerlast von den direkten Bundessteuern auf die Mehrwertsteuer zu fordern. Einen ersten Schritt in diese Richtung hatte das Parlament kurz vor den Wahlen beschlossen: Im Rahmen des Steuerpakets sollen die direkten Bundessteuern gesenkt werden. Zugleich soll ein Teil der künftigen Mehrwertsteuer-Zuschläge in die Bundeskasse abgezackt werden. Mit diesen scheinbar technischen Vorlagen wird im grossen Stille Verteilungspolitik betrieben. Einkommenssteuern, die von reicheren Personen mehr verlangen, werden ersetzt durch Konsumsteuern, die überproportional auf sozial Schwächeren lasten.

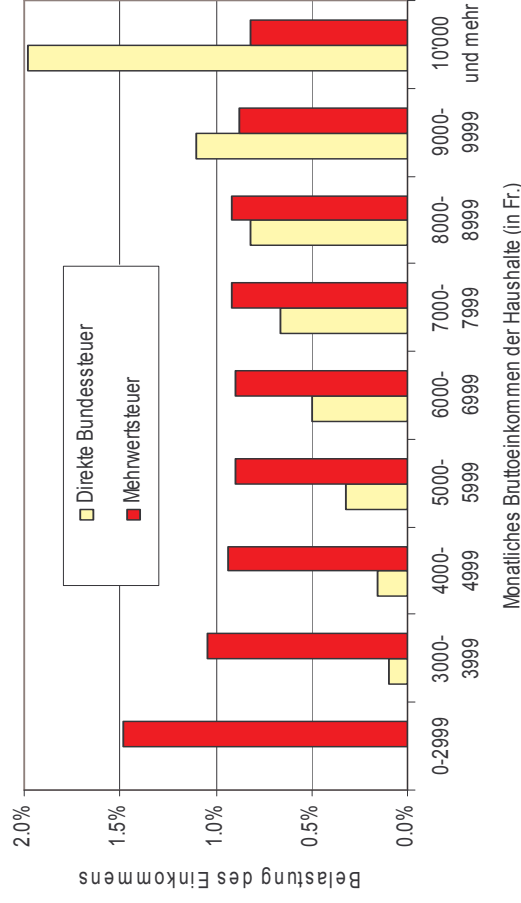
Denn trotz eines reduzierten Satzes für Alltagsgüter wirkt die Mehrwertsteuer regressiv. Das bedeutet, dass ärmere Haushalte einen grösseren Prozentsatz ihres Einkommens an den Staat abgeben müssen als vermögendere Haushalte. So liegt die prozentuale Belastung für Haushalte mit einem Monatseinkommen von unter 3000 Franken fast doppelt so hoch wie für Haushalte mit einem Einkommen von über 10'000 Franken. In der direkten Bundessteuer werden die Lasten genau umgekehrt verteilt. Aufgrund der Steuerprogression werden gut verdienende Haushalte deutlich stärker belastet als Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen.

Dies ist durchaus gewollt und entspricht dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, auf welchem das gesamte schweizerische Steuersystem aufbaut. Danach soll jeder Steuerpflichtige im Verhältnis seiner Mittel zur Deckung des staatlichen Finanzbedarfes beitragen. Da mit steigendem Ein-

kommen die individuelle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit anwächst, kann der Steuersatz nicht identisch sein für Tieflohnbezüglerinnen und Grossverdiener. Dieses Prinzip wird in der direkten Bundessteuer, anders als bei der Mehrwertsteuer, beherzigt. Deshalb stellen die bürgerlichen Bestreben nach einer Steuerumlagerung einen frontalen Angriff auf die Steuergerechtigkeit dar.

(Daniel Oesch, 24.10.2003)

Einkommensbelastung für 2 Milliarden Steueraufkommen nach Steuerart



Quelle: IDA FiSo, Bundesamt für Sozialversicherungen 1996.

9.9 Von Steuerparadiesen und Steuerhöhlen

Im Steuerbereich treibt der Föderalismus seltsame Blüten. Unsere Graphik zeigt, dass auf dasselbe Einkommen im Schwyzer Freienbach vier Mal weniger Steuern entfallen als zum Beispiel im Luzerner Entlebuch. Es ist nicht verwunderlich, dass Freienbach vor allem auf Grossverdiener eine besondere Anziehung ausübt. Eine Million Einkommen eines Ledigen wird hier mit einem tieferen Kantons- und Gemeindesteuersatz belastet als ein nicht existenz-deckendes Bruttoeinkommen von 30'000 Franken in Basel, Freiburg oder Luzern. Solche Disparitäten werfen lange Schatten auf die Steuergerechtigkeit in der Schweiz.

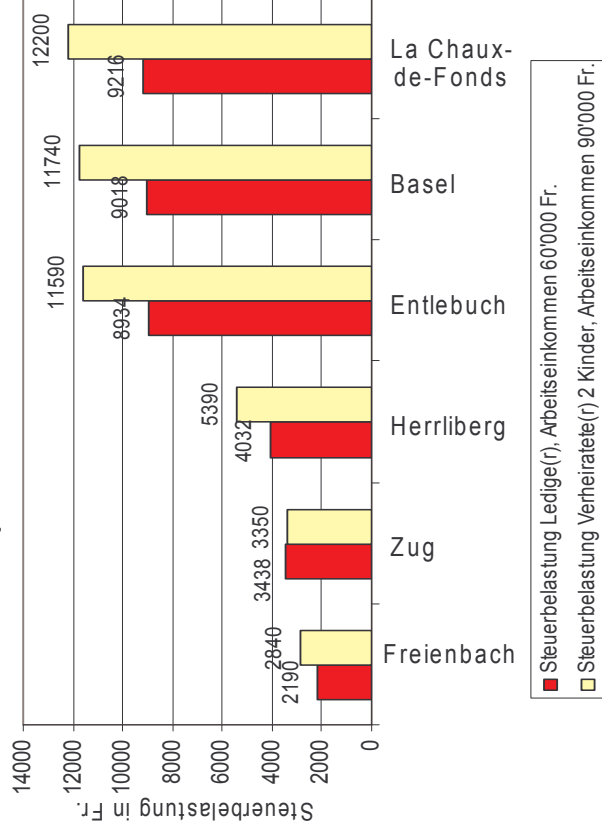
Was erklärt die riesigen Steuerdisparitäten? Bürgerliche Politiker begründen diese am liebsten mit unterschiedlichem Ausgabebegehren. Nach dieser Interpretation lasten im Jura die Steuern deshalb so schwer, weil Kanton und Gemeinden ineffizient und verschwenderisch sind. Das milde Steuerklima im Kanton Zug müsste dagegen mit besonderer Sparsamkeit erklärt werden. Dies gehört jedoch ins Reich der Märchen. Kein anderer Kanton kennt so hohe Verwaltungsausgaben pro Kopf wie Zug, während jene des Juras deutlich unter dem nationalen Durchschnitt liegen. Der wahre Grund der Disparitäten liegt anderswo, nämlich in der Ausstattung mit Ressourcen: Je reicher ein Kanton und eine Gemeinde, desto tiefer die Steuerbelastung. Die Steuern in Zug sind deshalb so niedrig, weil das große Substrat bereits bei einer sehr mässigen Besteuerung zu hohen Einnahmen führt.

Ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass Steuersubstrat und Steuerhöhe einigermassen mit geographischer Lage zu tun haben. Bei den Gemeinden mit der ge-

ringsten Steuerlast handelt es sich um reiche Vororte mit attraktiven (See-)Wohnlagen im Zürcher Ballungsgebiet. Die höchsten Steuern kennen Gemeinden in strukturschwachen Regionen abseits der Wirtschaftszentren. Aus dem Rahmen fallen die Stadtkantone Basel und Genf, die trotz ihres relativen Reichtums hohe Steuern erheben müssen, um die Zentrumslasten zu meistern. Angesichts dieser Tatsachen scheint ein substantieller Finanzausgleich nötiger denn je.

(Daniel Oesch, 3.4.2003)

Steuerparadiese und Steuerhöhlen



Quelle: Eidgenössische Steuerverwaltung (2002).

9.10 Indirekte Steuern wachsen und sind unsozial

Steuern und Sozialabgaben in der Schweiz nehmen immer mehr zu. So die gängige Meinung. Der Bundesrat hat jetzt die Entwicklung der Abgaben- und Steuerbelastung für die letzten dreissig Jahre untersuchen lassen und kommt zu interessanten Resultaten. Die Belastung mit direkten Steuern hat zwischen 1977 und 2000 nicht zugenommen, sondern abgenommen. So sank die Belastung für einen kinderlosen Haushalt mit einem Einkommen von jährlich 50'000 Franken brutto (1977) und teuerungsgangepasst von 91 927 (2000) in dieser Zeitspanne von 14.2 auf 12.6 Prozent. Eine vergleichbare Reduktion lässt sich für alle Einkommensklassen nachweisen. Auch die Gebühren für Wasser, Abfall und Auto haben als Anteil am Bruttoeinkommen abgenommen. Trotz deutlichem Ausbau der zweiten Säule Mitte der 80er Jahren und der Arbeitslosenversicherung in den 90er Jahren hat die Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen ohne Krankenversicherung nur gerade um 1,4% des Bruttoeinkommens zugenommen. Die Belastung mit indirekten Steuern dagegen ist deutlich gestiegen. Dies, durch die Einführung der Mehrwertsteuer und der Erhebung eines zweckgebundenen Prozentes zugunsten der AHV. Die grösste Reduktion des verfügbaren Einkommens resultiert aus der massiven Erhöhung der Krankenkassenprämien. Für obengenannten kinderlosen Haushalt stiegen diese um ganze 3,3 Prozent des Bruttoeinkommens. Hinter diesen Zahlen verbergen sich allerdings grosse Unterschiede. Der Anstieg der Krankenkassenprämien hat insbesondere Familien mit Kindern und Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen überproportional belastet. Bei den zehn Prozent erwerbstätigen Haushalten mit den tiefsten Pro-Kopf-Einkommen verringerte sich das ver-

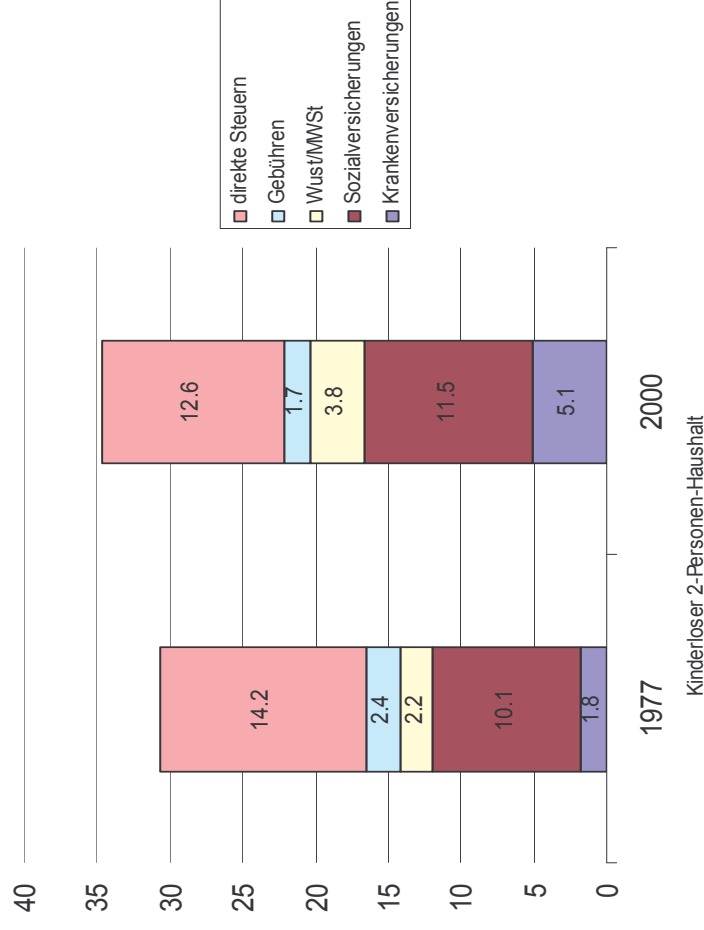
fügbare Einkommen gemäss Berechnungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes um ganze 5.2 Prozent. Dies allein zwischen 1990 und 1998. Bei den zehn Prozent Haushalten mit den höchsten Pro-Kopf-Einkommen hingegen verringerte sich das verfügbare Einkommen in dieser Zeitspanne lediglich um 1.2 Prozent. Das heisst: Die steigenden Abgaben in den 90er Jahren belasteten vor allem Haushalte mit einem unterdurchschnittlichen Pro-Kopf Einkommen.

Was ist zu tun, damit tiefe und mittlere Einkommen nicht noch mehr absinken?

1. Die Krankenkassenprämien müssen mindestens teilweise in Abhängigkeit vom Einkommen erhoben werden.
2. Das Wachstum der Gesundheitsausgaben muss durch bessere Kontrolle der Leistungsanbieter deutlich gedämpft werden.
3. Die direkten Steuern dürfen nicht gesenkt werden, wenn diese Senkungen mittelfristig höhere indirekte Steuern erforderlich machen. Erhöhungen der Mehrwertsteuer dürfen nur zur Finanzierung der Sozialversicherungen erfolgen.

(Serge Gaillard, 7.2.2003)

Abgabentwicklung 1977 bis 2000
in % Bruttoeinkommen von 50 000 Fr. (1977) bzw. 92 000 Fr. (2000)



10. Sozialversicherungen und öffentliche Finanzen

10.1 OECD zeigt: Eine grosszügige Arbeitslosenunterstützung zahlt sich aus!

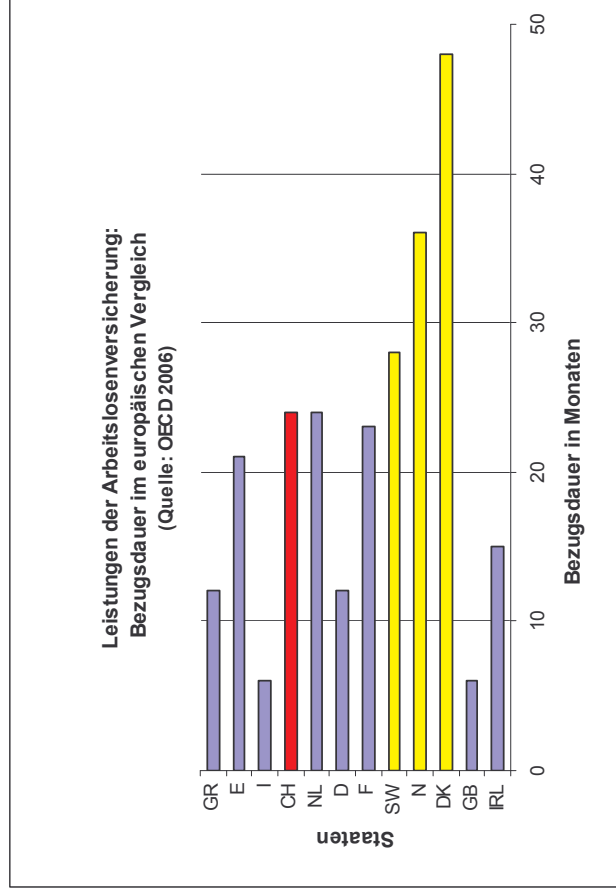
Eine solide Arbeitslosenunterstützung bewirkt einen Anstieg der Produktivität. Zu diesem bemerkenswerten Ergebnis kommt die OECD in ihrem Beschäftigungsbericht 2007.

Die Autoren des Berichts nennen drei Gründe: Erstens fällt es vielen Arbeitnehmenden einfacher, unsichere aber hochproduktive Jobs anzunehmen, wenn sie sich nötigenfalls auf generöse Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (ALV) verlassen können. Zweitens erlaubt eine solide ALV den Erwerbslosen in Ruhe eine Stelle zu finden, die ihren Erfahrungen und Befähigungen entspricht, was zu wichtigen Produktivitätssteigerungen führt. Denn der bestmögliche Einsatz der persönlichen Fähigkeiten ist eine wichtige Voraussetzung für höhere Arbeitsproduktivität. Drittens hat nach der Logik der OECD einen positiven Effekt auf die Produktivität, dass weniger produktive Arbeitskräfte bei fairen sozialen Auffangnetzen schneller entlassen werden.

Als Hauptindikatoren für eine grosszügige Arbeitslosenunterstützung gelten gemeinhin die Länge der Bezugsdauer als auch die Höhe der Arbeitslosengelder. Was die Länge der Bezugsdauer anbelangt, bewegt sich die reiche Schweiz im europäischen Vergleich lediglich im Mittelfeld (siehe Grafik). Vor dem Hintergrund, dass mit Hilfe grosszügiger Arbeitslosenunterstützungen die Produktivität und damit der Wohlstand eines Landes gesteigert werden kann, mutet die Bezugsdauer der Schweiz im europäischen Vergleich gar kleinlich an. Die Erkenntnisse der OECD laufen vielmehr darauf hinaus, den erwerbslosen Personen diejenige Zeit zur Verfügung zu stellen, die in einer

stark arbeitsteiligen Wirtschaft nötig ist, um einen passenden Job zu finden. Umgekehrt ist unter dem Druck so schnell wie möglich eine neue Stelle anzunehmen, die Gefahr gross, dass wertvolle, produktivitätssteigernde Qualifikationen an einer ungeeigneten, schlimmstenfalls prekären Arbeitsstelle verkümmern. Ganz abgesehen von allen Produktivitätssteigerungen gewährt letztlich nur eine grosszügige ALV denjenigen sozialen Schutz, der den Lohnabhängigen auch zustehen sollte.

(Manuela Bruderer, 4.10.2007)



10.2 Staatsinterventionistische Systeme haben Gesundheitskosten im Griff

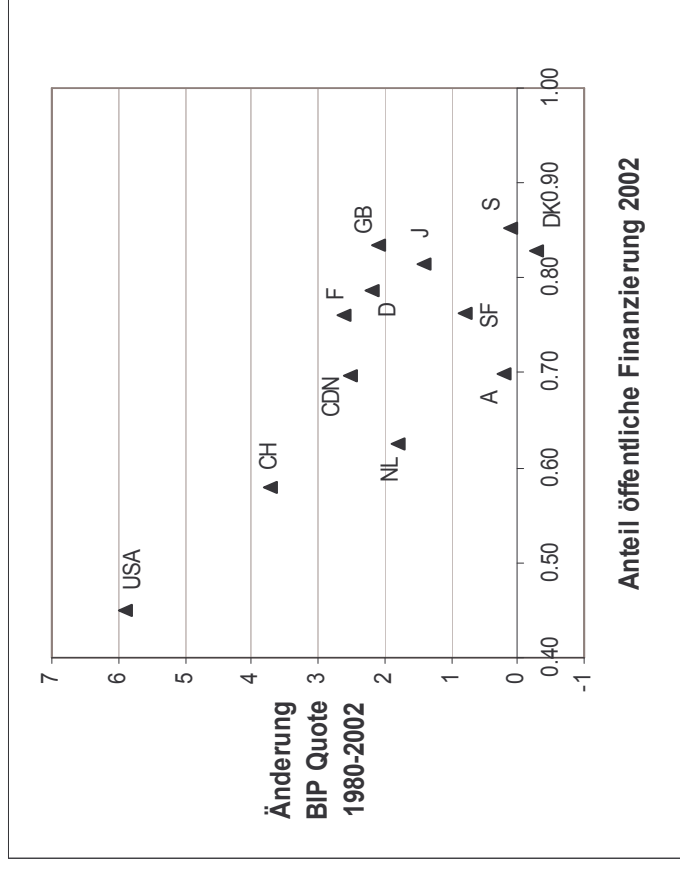
Bundesrat Couchepin hat letzten Sommer Schweden besucht und das schwedische Gesundheitswesen kennen gelernt. Er musste feststellen, dass die Qualität „mit der Schweiz vergleichbar“¹, die Kosten aber deutlich tiefer sind. Insbesondere kommt Schweden mit deutlich weniger Spitalbetten pro Kopf der Bevölkerung aus. Das schwedische Leistungsangebot wird von den regionalen Regierungen geplant und organisiert. Private Anbieter, die nicht im direkten Auftrag des Staates aktiv sind, spielen eine unbedeutende Rolle. Schweden hat die Kostenentwicklung im Griff: Die Gesundheitsausgaben sind in den letzten 25 Jahren nicht stärker gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Wie die Grafik zeigt, lässt sich diese Aussage verallgemeinern. Je stärker der öffentliche Einfluss auf die Planung der Gesundheitsleistungen und je grösser der Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand ist, umso besser haben die Länder die Gesundheitskosten unter Kontrolle. Schweden und Dänemark geben heute etwa den gleichen Anteil am BIP aus wie vor 22 Jahren. In beiden Ländern beträgt dieser rund 9%. Ganz anders in den USA. US-Bürger wenden heute rund 15% des BIP für das Gesundheitswesen aus, rund 6% mehr als vor 22 Jahren, und das mit einer deutlich schlechteren Versorgung als in Schweden. Das zweit schlechteste Resultat punkto Kostenkontrolle weist die Schweiz aus. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP hat um fast 4% zugenommen. Das schweizerische Gesundheitswesen ist heute das zweit teuerste der Welt, Tendenz steigend.

¹ Le Temps vom 14. Juli 2006

Um das Kostenwachstum zu begrenzen, wird die Schweiz nicht darum herum kommen, die Spitalplanung griffiger zu gestalten und festzulegen, wer das Leistungsangebot bei den Spezialärzten plant. Die ständigen Erhöhungen der Krankenkassenprämien haben den Lohnabhängigen in der letzten Zeit jährlich 0,2% bis 0,5% der Kaufkraft entzogen. Dieses Jahr wurde die Zunahme wegen der bevorstehenden Abstimmung über die Einheitskasse durch eine Senkung der Reserven der Krankenkassen künstlich tief gehalten. Entweder übernimmt die öffentliche Hand mehr Verantwortung für die Angebotsplanung oder diese wird den Krankenkassen zufallen.

Bundesrat Couchepin liess sich nicht durch das schwedische Modell überzeugen: „Mir missfällt die Idee, dass ein Beamter am morgen aufsteht und überlegt, was er zur Verbesserung meines Lebens tun könnte.“ Wir würden es hingegen schätzen, wenn sich in Bern einige Beamte die Frage stellen würden, wie die Kostenexplosion begrenzt werden könnte.

(Florian Keller, 26.1.2007)



10.3 Invalidenversicherung in Finanznöten

Die Invalidenversicherung braucht dringend höhere Beiträge. Seit 1995 haben die Ausgaben die Einnahmen jährlich überschritten. Ende dieses Jahres dürfte die Invalidenversicherung eine Schuld von rund 9 Mrd. Franken angehäuft haben. Da das Defizit zur Zeit jährlich rund 1,9 Mrd. Franken beträgt, dürfte die Schuld bis Ende 2008 auf 13 Mrd. Franken angewachsen sein (Grafik).

Was ist der Grund für diese massive Zunahme der Ausgaben? Die Ausgaben sind seit der langen Krise in den neunziger Jahren massiv gestiegen. Es ist viel schwieriger geworden, für Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen Arbeitsplätze zu finden. Leistungsschwächere Personen sind von den Unternehmungen auf die Invalidenversicherung abgeschoben worden. Aber auch viele Sozialämter und IV-Stellen haben resigniert und Personen schneller als früher als invalid erklärt. Die IV selbst hatte zu wenig Möglichkeiten, um diesen Personen geeignete Wiedereingliederungsmöglichkeiten zu geben und wurde oft zu spät eingeschaltet.

In den letzten Jahren wurde wieder Gegensteuer gegeben. Die Zahl der neu gesprochenen Renten hat stark abgenommen. Mit der Gesetzesrevision sollen die Massnahmen zur Wiederintegration von Personen mit psychischen und körperlichen Handicaps verstärkt werden. Der Moment dazu ist gut. Die Wirtschaft läuft wieder besser. Die Unternehmungen haben damit begonnen, ihre Personalbestände wieder auszubauen. Es ist sehr wichtig, dass sie dabei eng mit den regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der IV

zusammenarbeiten und auch Arbeitsplätze für Personen mit Behinderungen zur Verfügung stellen.

Unabhängig davon braucht die Invalidenversicherung aber mehr Geld. 0,6 Lohn- oder Mehrwertsteuerprozent sind nötig, um den Rechnungsausgleich herzustellen. Weitere 0,4 Lohn- oder Mehrwertsteuerprozent sollten erhoben werden, um die Schulden zurückzuzahlen. Damit die Schuldenrückzahlung nicht zu lange dauert, sollte der Bund einen Teil der Schulden übernehmen.

Keine Partei erhöht vor den Wahlen gerne die Lohnabgaben oder die Mehrwertsteuer. Trotzdem kann die IV nicht warten. Es braucht die Zusammenarbeit möglichst aller Parteien, um die Finanzierungsprobleme der IV zu lösen. Es ist erfreulich, dass eine breit abgestützte Parlamentskommission damit begonnen hat, Varianten für die Entschuldung der IV zu prüfen.

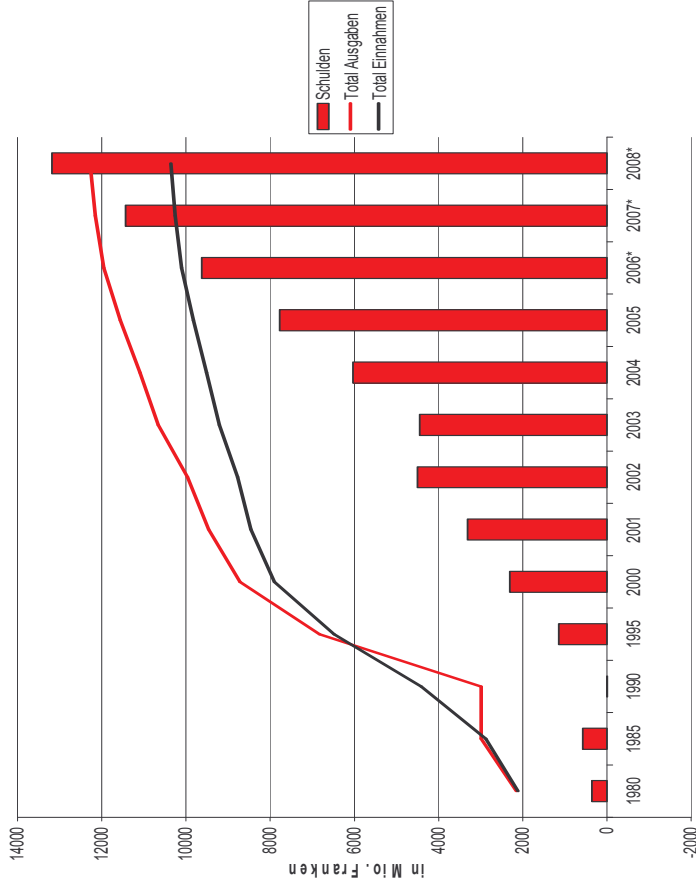
(Serge Gaillard, 3.11.2006)

10.4 Die soziale Ungleichheit vor dem Ruhestand

Während den neunziger Jahren ist die Zahl der Frühpensionierungen in der Schweiz stark angestiegen. 2000 waren 31 Prozent der 60 bis 64 jährigen Männer frühzeitig in Pension gegangen. Bei den Frauen waren es in der Alterskategorie von 57 bis 61 Jahren 19 Prozent. 1990 lagen die Anteile noch bei 19 (Männer) und 15 Prozent (Frauen). Für diese Entwicklung sind zwei Gründe verantwortlich. Einerseits können es sich dank ihrer Pensionskasse immer mehr Leute leisten, vor dem AHV-Alter die Arbeitskleider an den Nagel zu hängen. Andererseits hängt die Zunahme der Frühpensionierungen stark mit der schlechten Arbeitsmarktlage in den neunziger Jahren zusammen. Restrukturierungen und Entlassungen haben viele ältere Beschäftigte zur Aufgabe der Erwerbstätigkeit gezwungen.

Die Beweggründe für die Frühpensionierung unterscheiden sich jedoch stark nach sozialer Schicht. Bei Individuen mit nur obligatorischer Schulbildung ist das mit Abstand wichtigste Motiv für die vorzeitige Pension die schlechte Gesundheit: ein Unfall, eine Krankheit oder die Invalidität. In dieser Kategorie sind 39 Prozent der Frühpensionierungen eine Folge des körperlichen Verschleisses. Im Gegensatz dazu spielen gesundheitliche Gründe bei hoch qualifizierten Beschäftigten nur eine untergeordnete Rolle: Nur 16 Prozent begründen ihre Frühpensionierung damit. Wesentlich wichtiger ist die gute finanzielle Situation. Für einen Viertel der Hochschulabsolventen hat sie den Ausschlag für die Frühpension gegeben. In der Kategorie mit dem tiefsten Ausbildungsniveau werden hingegen nur 11 Prozent der Frühpensionierungen mit der guten finanziellen Situation begründet.

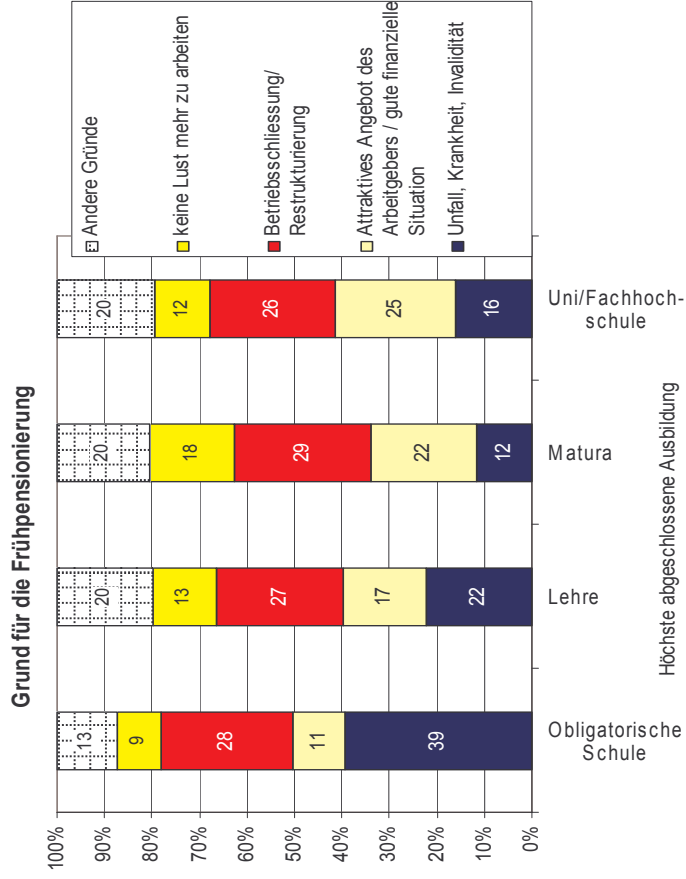
IV-Finanzen 1980-2008



*Schätzungen Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Diese Zahlen zeigen deutlich das Ausmass der sozialen Ungleichheit vor dem Ruhestand: Die Privilegierten auf dem Arbeitsmarkt wählen die Frühpension, weil es ihre gut geöffnete zweite Säule erlaubt. Die wenig privilegierten Beschäftigten beenden ihre Erwerbstätigkeit, weil ihre Gesundheit nicht mehr länger mitmacht.

(Daniel Oesch, 17.2.2006)



Quelle: Jean-Marc Falter und Pascal Candolfi, Universität Genf; Datenbasis: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung 2002.

10.5 Hohe Schulden der Arbeitslosenversicherung

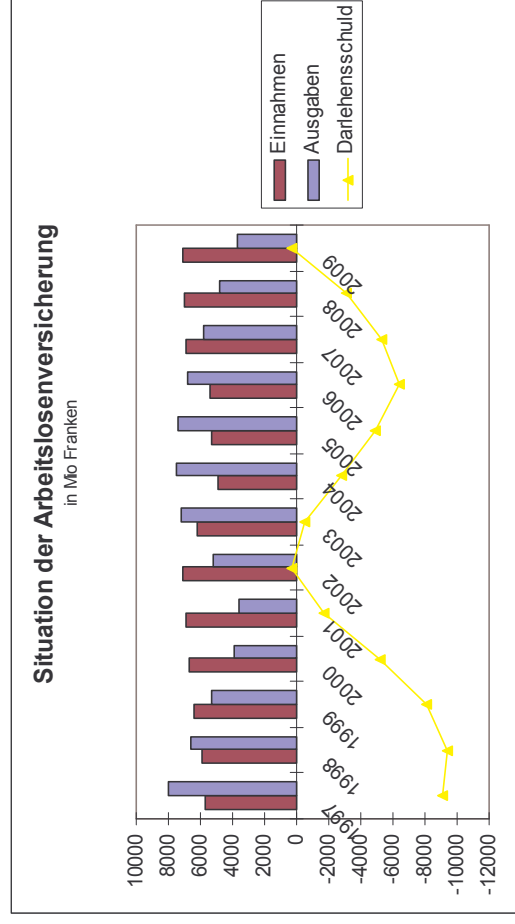
Die Geschichte der Arbeitslosenversicherung ist durch grosse Schwankungen in der Finanzlage gekennzeichnet. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wies die Versicherung Fehlbeiträge von bis zu 9.5 Milliarden Franken aus. Dieses immense Defizit wurde durch die hohe Arbeitslosigkeit in den 90er Jahre verursacht. Nach einer kurzen Erholungsphase geriet die Situation der Arbeitslosenversicherung in den jüngsten Jahren erneut in die roten Zahlen. Per Ende 2005 dürfte die Schuld bereits wieder knapp 4.9 Milliarden Franken betragen. Wie die Grafik zeigt, ist mit einer Entspannung der Finanzlagen im 2006 nicht zu rechnen. Der Grund für die prekäre Situation ist der Anstieg der Arbeitslosenquote von 1.7 im Jahr 2001 auf 3.9 im 2004 sowie eine Reduktion der Lohnbeiträge von 3 auf 2.5 Prozent im Januar 2003 und auf 2 Prozent per Januar 2004.

Schwankungen der Arbeitslosenquote sind unvermeidbar und hängen mit der konjunkturellen Lage zusammen. Dadurch gibt es Perioden, in denen die Arbeitslosenversicherung defizitär ist und solche, in denen sie ein positives Ergebnis erwirtschaftet. Wichtig ist, dass in Zeiten tiefer Arbeitslosigkeit vorhandene Schulden abgebaut werden können. Dies gelang erfolgreich in den Jahren 1998 bis 2002, als die Schuld von 9.5 Milliarden Franken in nur vier Jahren abgetragen wurde.

Falls sich die schweizerische Wirtschaft erholt, ist mit einem langsamen Rückgang der Arbeitslosenquote zu rechnen. Um die Arbeitslosenversicherung wieder ins Lot zu bringen, reicht diese Verringerung der Arbeitslosigkeit alleine noch nicht. Per Januar 2007 müssen einerseits die Lohnbeiträge

um ein halbes Prozent erhöht sowie das Solidaritätsprozent für hohe Einkommen wieder eingeführt werden. Diese Massnahmen sind gemäss Arbeitslosenversicherungsgesetz vom Bundesrat umzusetzen, wenn die Arbeitslosenversicherung eine Darlehensschuld von über 5.5 Milliarden aufweist. Die Grafik zeigt, dass per Ende 2006 einen Fehlbetrag von über 6 Milliarden prognostiziert wird. Mit der Beitragserhöhung ab Januar 2007 kann, sofern die Arbeitslosenquote wie im letzten Aufschwung bis auf 1.6 zurückgeht, die Darlehensschuld der Arbeitslosenversicherung bis im 2009 abgebaut werden. Diese Aussicht auf eine Begleichung der Schuld verdeutlicht, dass eine Leistungskürzung nicht notwendig ist und deshalb auf keinen Fall angestrebt werden darf. Ein Leistungsabbau wäre nicht gerechtfertigt: Die hohen Fehlbeträge sind auf die lange Krise zurückzuführen, nicht auf verbesserte Leistungen.

(Claudia Denss, 20.1.2006)



10.6 Fehlendes Wirtschaftswachstum schafft Finanzierungsprobleme

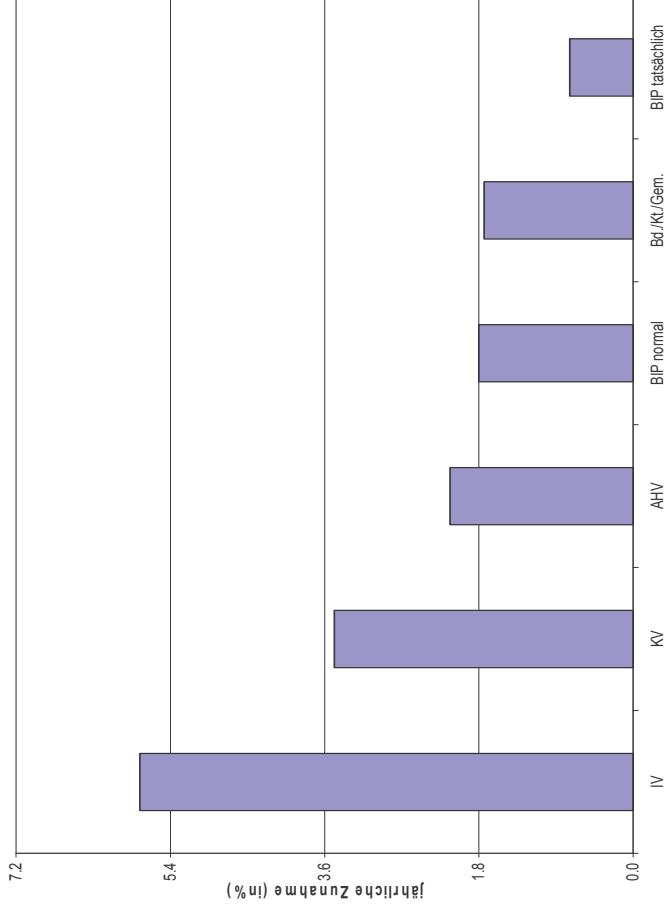
Der Anstieg des Anteils von Sozialversicherungs- und öffentlichen Ausgaben am Sozialprodukt ist ein Dauerthema. In der Tat hat die so definierte Staats- und Sozialversicherungsquote gemäss der Steuerverwaltung zwischen 1990 und 2003 von 33.1% auf 38.6% zugenommen. Interessanterweise gibt es nur wenige Länder, die in dieser Zeit einen vergleichbar starken Anstieg gekannt haben. Dazu gehören Deutschland und Japan. Deutschland wegen der Wiedervereinigung und Japan wegen einer extrem langen wirtschaftlichen Stagnation, wie die Schweiz.

Wie ist es zu diesem Anstieg gekommen? Die öffentlichen Ausgaben sind zwischen 1990 und 2003 jährlich um 1,7% gestiegen (alle Zahlen ohne Teuerung). Besonders hoch ist eine jährliche Zunahme der Ausgaben um 1,7% nicht. Leider ist die Wirtschaft in dieser Periode mit jährlich 0.7% fast nicht gewachsen. Das hat zu einem Anstieg der Staatsquote geführt. Wäre die Wirtschaft in diesen 13 Jahren ebenfalls um 1,7% pro Jahr gewachsen, wäre die Staatsquote stabil auf dem Stand von 1990 geblieben. Und wir hätten auf die unzähligen Erhöhungen von indirekten Steuern und Gebühren verzichten können. Die Schweiz hätte durchaus das Potential für ein solches Wachstum gehabt. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hat zugenommen und die Arbeitsproduktivität ist gestiegen. Gemäss den Berechnungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes könnte die Wirtschaft selbst bei Vollbeschäftigung jährlich noch um 1,8% wachsen. Die lange Stagnation in den neunziger Jahren war auf geldpolitische Fehler (Zinsen und Wechselkurs) zurückzuführen.

Die Zahlen zur Ausgabenentwicklung für die Sozialversicherungen sprechen für sich. Nicht sehr stark gestiegen sind die Rentenzahlungen der AHV. Sie haben jährlich um rund 2% zugenommen. Das ist nur sehr wenig mehr als was die Wirtschaft wachsen könnte. In Zeiten mit normalem Wachstum müssten die Beiträge höchstens alle 10 Jahre leicht erhöht werden. Hingegen geben das jährliche Ausgabenwachstum um 5.8% bei der Invalidenversicherung und von 3.5% bei den Krankenversicherungen zu denken. Selbst bei einem starken Wirtschaftswachstum müssten die Beiträge an diese Versicherungen ständig erhöht werden. Würden die Zahlungen der Invalidenversicherung in diesem Rhythmus weiter steigen, würden sich ihre Ausgaben alle 12 Jahre verdoppeln. Die Grafik zeigt, wo aus finanziellen Gründen Reformen nötig sind: bei der Kranken- und der Invalidenversicherung.

(Serge Gaillard, 23.1.2004)

Wirtschaftswachstum (BIP) und Zunahme der Ausgaben (1990-2002/3)



10.7 Frühpension: Wer es sich leisten kann, geht früher

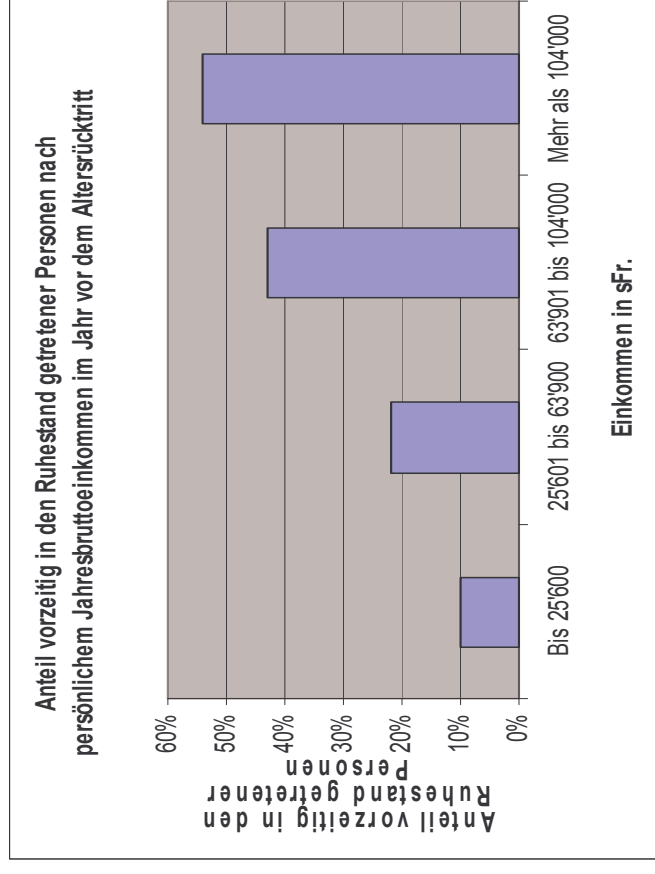
Bundesrat Pascal Couchepin will das Rentenalter auf 67 Jahre erhöhen. Damit soll der steigenden Lebenserwartung Rechnung getragen werden. Couchepin nimmt dabei stillschweigend an, dass der Arbeitsmarkt die notwendigen Jobs für die Personen bereitstellen wird, die länger arbeiten wollen oder müssen.

In den letzten 15 Jahren war das Gegenteil der Fall. In der langen Krise der 90er Jahre haben die Unternehmungen mit guten Pensionskassen versucht, Entlassungen durch Frühpensionierung zu vermeiden. In den Branchen Verkehr und Kommunikation oder Banken und Versicherungen gingen rund drei Viertel der Männer in den letzten zehn Jahren vorzeitig in Pension. In der öffentlichen Verwaltung dem Gesundheitswesen und der Industrie beträgt der Anteil schätzungsweise 50 Prozent. Deutlich tiefer lag der Anteil der Frühpensionierungen in der Bauwirtschaft mit rund einem Drittel bei den Männern und im Gastgewerbe mit rund 14 Prozent aller Beschäftigten. Die tiefen Zahlen in der Bauwirtschaft lassen sich dadurch erklären, dass in den 90er Jahren viele Ausländer die Schweiz verlassen haben, um die Arbeitslosigkeit zu entfliehen. Zudem wurden wegen der fehlenden Frühpensionierungsmöglichkeit viele Menschen in die Arbeitslosigkeit und Invalidität abgedrängt.

Die Zahlen zeigen, dass bei der Frühpensionierung folgender Grundsatz gilt: Wer es sich leisten kann, geht früher. 54 Prozent der Personen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 104 000 Franken sind in den letzten zehn Jahren vorzeitig in Pension gegangen. Von den Personen mit einem

Einkommen zwischen 25 600 und 63 900 Franken waren es nur 22 Prozent. Entscheidend dafür, ob jemand vorzeitig in Pension gehen kann, ist die zweite Säule. Für 61 Prozent der Frühpensionierten ist die zweite Säule die wichtigste Finanzierungsquelle für den Frührücktritt. Diese Statistiken lassen erahnen, wer länger arbeiten müsste, wenn Couchepin seine Pläne realisieren könnte und das Rentenalter auf 67 Jahre erhöht würde: jene mit einer schlechten Pensionskasse. Das sind aber exakt diejenigen, die hart arbeiten, schlechtere Löhne beziehen und häufig noch gesundheitliche Probleme haben.

(Serge Gaillard, 26.9.2003)

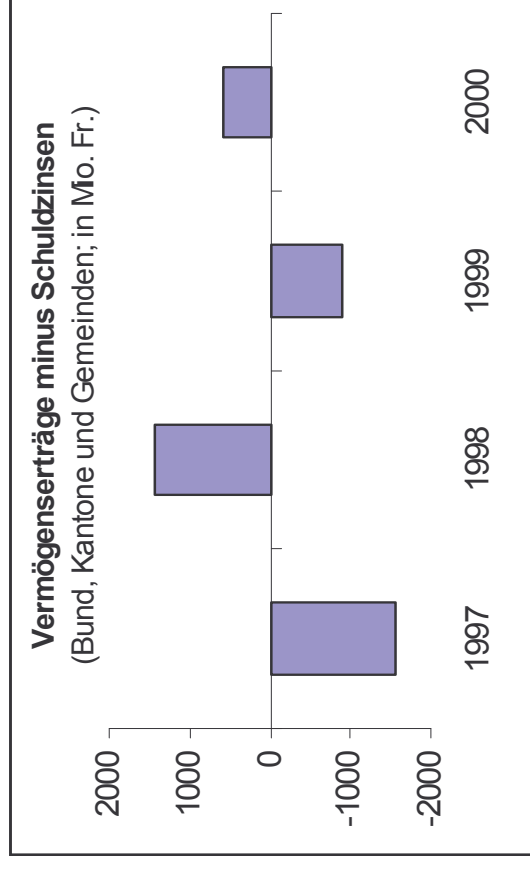


10.8 Übrigens: Die tatsächliche Staatsschuld ist null

Über 200 Milliarden Franken Schulden werden für die öffentlichen Haushalte in der Schweiz ausgewiesen. Das tönt dramatisch. Damit lassen sich Sparprogramme rechtfertigen. Doch wie hoch sind die Schulden tatsächlich? Mit Staatsverschuldung ist in der Regel die Bruttoverschuldung gemeint. Es werden einfach die Schulden addiert. Doch Bund, Kantone und Gemeinden haben nicht nur Schulden, sie besitzen auch Vermögenswerte wie Immobilien, Wertpapiere usw. Die einseitige Betonung der Bruttoverschuldung ist ungefähr gleich unsinnig, wie wenn einem Villenbesitzer vom Zürichberg eine Hypothek als Schuld um die Ohren gehauen würde. Die Berechnung der tatsächlichen Staatsschuld – also Bruttoschuld minus Vermögen – ist allerdings nicht ganz einfach. Das Hauptproblem bildet die Bewertung des Vermögens. Konkret: Zu welchem Kurs wird eine Swisscom-Aktie verbucht? Welchen Wert haben Immobilien? usw. Die Vermögenswerte von Bund, Kantonen und Gemeinden werden ausgesprochen tief bewertet. Ein direkter, realistischer Vergleich von Bruttoschuld und Vermögen ist unmöglich. Die Schuld erscheint deshalb im Vergleich zum ausgewiesenen Vermögen zu hoch. Doch besteht die Möglichkeit, Schulden und Vermögen indirekt zu vergleichen: Man kann nämlich die Schuldzinsen den Vermögenserträgen gegenüberstellen. Was sich zeigt, ist bemerkenswert. Die Schuldzinsen und die Vermögenserträge sind im Mittel gleich hoch, wie die Grafik zeigt – abgesehen von vorübergehenden Schwankungen. Den Schulden stehen entsprechende Vermögenswerte gegenüber. Die tatsächliche

che Staatsschuld ist netto gleich null!

Doch wenn den Schulden ein entsprechendes Vermögen gegenübersteht, warum diese Dramatisierung der Staatsschulden? Eine Erklärung ist: Die Dramatisierung der Staatsschulden erleichtert einen Abbau der öffentlichen Ausgaben, insbesondere der Sozialausgaben. Die Steuerbelastung wird verringert, der Umverteilungsspielraum verengt.



(Daniel Lampart, 10.1.2003)

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS). Öffentliche Finanzen der Schweiz. Neuchâtel 2002.